

Die Versöhnung mit Russland als Auftrag

edition pace 37 | Digitale Erstausgabe

Herausgegeben von Ulrich Frey

In Kooperation mit dem
Lebenshaus Schwäbische Alb



Die Versöhnung mit Russland als Auftrag

Eine Textdokumentation mit
drei Beiträgen von Ulrich Frey,
Werner Krusche und Wolfram Wette

edition pace | 37
Digitale Erstausgabe

Dieser Digitalversion des Online-Regals
www.lebenshaus-alb.de
folgt noch eine ISBN-Buchausgabe

2025

Ulrich Frey (Hg.)

DIE VERSÖHNUNG MIT RUSSLAND ALS AUFTRAG

Eine Textdokumentation mit drei Beiträgen
von Ulrich Frey, Werner Krusche und Wolfram Wette

edition pace (Gründungsreihe) Band 37

Redaktion, Satz & Gestaltung: Peter Bürger

In Kooperation mit dem Lebenshaus Schwäbische Alb
(<https://www.lebenshaus-alb.de>)

Erscheinungsdatum: 26.08.2025

Inhalt

Vorbemerkungen zu diesem Dokumentationsband	9
Ulrich Frey	
KIPP-PUNKTE	
Kampagne der Friedensbewegung: Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas – Hintergründe und Akteure (13. April 2025)	11
1. Allgemeines zu Initiativen der deutschen Friedens- bewegung „Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas“	11
2. Wichtiges über die Sowjetunion (UdSSR)	17
3. Krieg zwischen Russland und Deutschland – und keine Versöhnung	20
4. Welches waren die außen- und sicherheitspolitischen Grundannahmen, von denen die Kampagne ausging? Was gilt heute?	26
5. Was waren die theologischen und friedensethischen Ausgangspositionen? Was gilt heute? Was haben wir gelernt?	32
6. Exkurs zur Historie der Abschreckung	35
7. Fazit	37
Zum Gedenken an Dietrich Bonhoeffer	38
Literatur	39

Wolfram Wette

FRIEDEN MIT RUSSLAND –
EINE IMMER NOCH UNERLEDIGTE AUFGABE

Kontinuitäten und Brüche in den deutsch-russischen
Beziehungen 1941-2025

Vortrag auf der Heidelberger Friedenskonferenz
am 22. Juni 2025, veranstaltet von pax christi Heidelberg
und befreundeten Organisationen

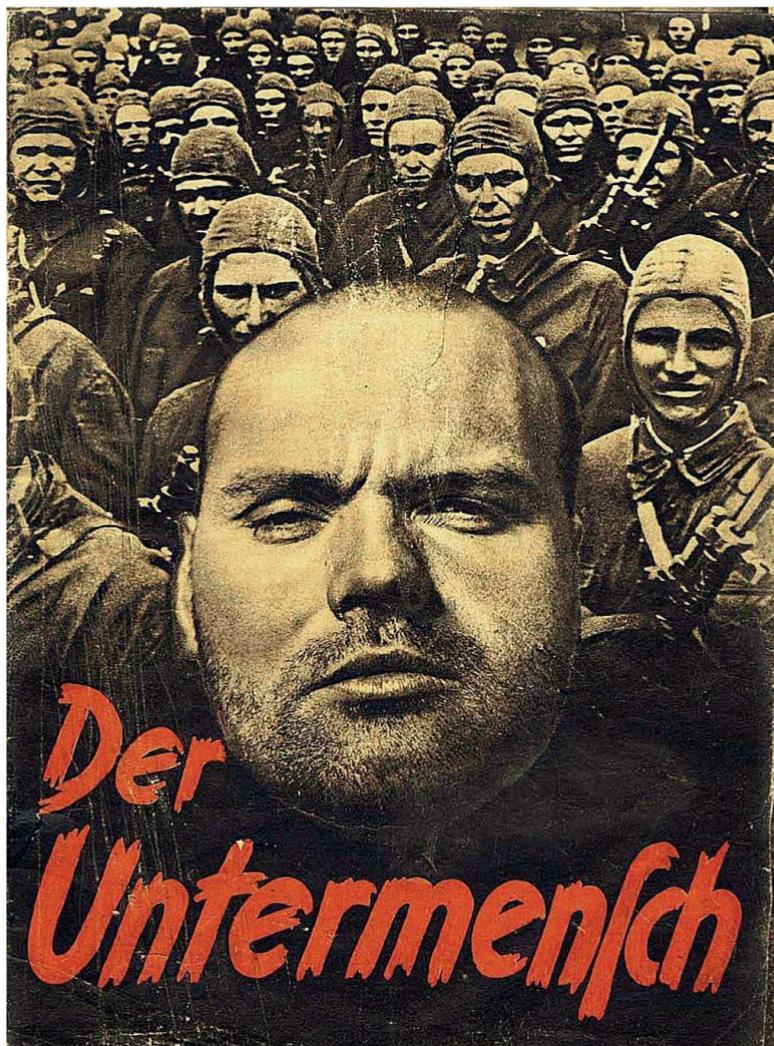
- | | |
|--|----|
| | 41 |
| 1. Einleitung: Erinnerung an ein Heidelberger
Friedensmemorandum von 1989 | 41 |
| 2. Hitler-Deutschlands Krieg gegen die
Sowjetunion 1941-44 | 42 |
| 3. „Jüdischer Bolschewismus – das rassenideologische
Russland-Feindbild | 45 |
| 4. „Die Russen kommen!“ – Ein deutsches
Nachkriegstrauma | 46 |
| 5. Opposition gegen die „Remilitarisierung“
Westdeutschlands in den 1950er-Jahren | 48 |
| 6. Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte
Aufgabe (1989) | 49 |
| 7. Geeintes Deutschland nach 1989 – eine pazifizierte
Gesellschaft | 52 |
| 8. Die russische Aggression vom Februar 2022 und die
deutsche Öffentlichkeit | 53 |
| 9. Zukunftsvisionen: Dauerhafte Verfeindung oder
gemeinsame Sicherheit? | 58 |
| 10. „Ernstfall Frieden“ bleibt die zentrale Lehre aus der
deutschen Geschichte | 61 |

Werner Krusche

SCHULD UND VERGEBUNG – DER GRUND CHRISTLICHEN
FRIEDENSHANDELNS (1984)

- | | |
|--------------------------------|----|
| | 63 |
| Vorwort (von Volkmar Deile) | 63 |
| I. Das Bekenntnis der Schuld | 66 |
| II. Die Verdrängung der Schuld | 71 |

1. Die Ablenkung von der eigenen Schuld („Die Schuld der anderen“)	71
2. Die Privatisierung der Schuld (ihre kirchliche Internalisierung)	74
3. Die Ausblendung von Schuld	78
III. Leben aus der Schuldvergebung	84
1. Die Freisetzung zu neuen Anfängen	85
2. Ermöglichung konkreter Unterscheidung	92
3. Die Ermutigung zur Übernahme von Verantwortung	94
4. Die Bewahrung der Gemeinschaft	97
Über die Autoren der Texte in diesem Dokumentationsband	99



Titelblatt der deutschen Propaganda-Broschüre für den rassenideologischen Vernichtungsfeldzug gegen die Völker der Sowjetunion: Reichsführer SS (Hg.): *Der Untermensch*. Bearbeitet von: SS-Hauptamt – Schulungsamt. SS-Hauptsturmführer König, SS-Obersturmführer Ludwig Pröschold, in Verbindung mit der Graphischen Arbeitsgemeinschaft Jupp Daehler. Berlin: Nordland-Verlag 1942.

*Vormerkungen
zu diesem Dokumentationsband*

Ihren rassenideologischen Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungsfeldzug gen Osten 1941-1944 nannten die Deutschen „Russland-Krieg“. Das Verbindende der drei in diesem Dokumentationsband dargebotenen Texte ist das Anliegen einer Versöhnung mit den Völkern der – ehemaligen – Sowjetunion:

Der Herausgeber ULRICH FREY war von 1972 bis 2000 Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V. (AGDF). Er blickt in einem sehr persönlich gehaltenen Beitrag acht Jahrzehnte nach der Niederwerfung des deutschen Faschismus zurück auf seine Beteiligung an der Kampagne der Friedensbewegung zur „Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion | 1985-1991“. Das Fazit mit Blick auf die Gegenwart fällt ernüchternd aus und verweist auf eine große Herausforderung: „Wegen der [...] Zerrüttung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Russland ist ein Neuanfang nur dann denkbar, wenn nach einer ‚Umkehr‘ und langwierigen friedensbildenden Bemühungen die festen Feindbilder überwunden sind. – Dazu bedarf es der theologischen und gesellschaftspolitischen Arbeit der Kirchen, der Zivilgesellschaft und der Bemühungen der Regierungen.“

Der Historiker und Friedensforscher WOLFRAM WETTE hat auf der Heidelberger Friedenskonferenz am 22. Juni 2025, veranstaltet von pax christi Heidelberg und befreundeten Organisationen, einen bundesweit stark beachteten Vortrag „Frieden mit Russland – eine immer noch unerledigte Aufgabe“ gehalten.¹ Sein Beitrag beginnt mit einem Verweis auf den Ende der 1980er Jahre an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) erarbeiteten Buchband „Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe“ und passt auch deshalb durchaus in die vorliegende – ansonsten sehr kirchlich ausgerichtete – Textdokumentation. Wider das vorherr-

¹ Wir dokumentieren den Vortrag in diesem Band mit freundlicher Erlaubnis von Prof. Dr. Wolfram Wette.

schende Gefühl der Vergeblichkeit ermutigte Wolfram Wette seine Heidelberger Zuhörerschaft und alle Menschen des Friedens mit folgendem Appell: „Um einem sich ausbreitenden Fatalismus entgegenzutreten, können wir für unsere grundlegenden Einsichten werben: Krieg ist kein unabwendbares Schicksal, sondern Menschenwerk, das Ergebnis schlechter Politik. Frieden ist generell möglich und machbar! Kriegsverhütung muss das erste Ziel staatlicher Politik bleiben! Verhandeln ist immer besser als Schießen! Diplomatie verlangt nicht Sympathie, sondern Empathie, also die Fähigkeit, sich in die andere Seite hineinzusetzen, die ganz anders denkt als man selbst!“

Der dritte Beitrag – eine im Vollsinn des Wortes historisch zu nennende Quelle – stammt von Bischof WERNER KRUSCHE (1917-2009), der als Soldat 1942 in der Sowjetunion schwer verwundet wurde und später als evangelischer Theologe eine ‚Aussöhnung der Deutschen mit den Völkern der ehemaligen Sowjetunion‘ als einen bedeutsamen Schwerpunkt seines Wirkens betrachtet hat. Sein Vortrag „*Schuld und Vergebung – Der Grund christlichen Friedenshandelns*“², gehalten am 19. Juni 1984 bei einem Kongress der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kiel, konfrontierte das kirchliche Publikum erstaunlich früh mit einer sehr unbequemen Zeitdiagnose: „Zu einem Bekenntnis unserer Schuld gegenüber den Kommunisten und dem Sowjetvolk, also gegenüber denen, die dem Nationalsozialismus den entschiedensten Widerstand geleistet beziehungsweise im Kampf gegen ihn die schwersten Opfer gebracht hatten, ist es [...] nie gekommen. [...] Die Ausblendung der besonderen Schuld gegenüber dem zur Vernichtung bestimmt gewesenen Sowjetvolk ist der verhängnisvollste und folgenschwerste Vorgang in der deutschen Nachkriegskirchengeschichte.“

Zum Antikriegstag 2025 | Redaktion der Reihe *edition pace*

² Wir dokumentieren den Vortrag – nebst Vorwort von Volkmar Deile – nach der Auflage vom März 1985, mit Erlaubnis der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, die den Druck (zuerst 1984) federführend herausgegeben hat.

Ulrich Frey

Kipp-Punkte

Kampagne der Friedensbewegung: Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas – Hintergründe und Akteure¹

1. ALLGEMEINES ZU INITIATIVEN DER DEUTSCHEN FRIEDENSBEWEGUNG „VERSÖHNUNG MIT DEN VÖLKERN DER SOWJETUNION UND DEN VÖLKERN OSTEUROPAS“

Ich war von 1985 bis 1991 als Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) – als einer von vielen Akteuren² – verantwortlich an der Kampagne der Friedensbewegung „Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“ beteiligt. Jetzt möchte ich evaluieren, was daraus geworden ist. Meine Familie und auch ich haben das ambivalente Verhältnis zwischen Russland und Deutschland mit fast all seinen Tiefen erlebt. Erwachsen daraus ist das Bemühen, durch Engagement in zivilgesellschaftlichen Initiativen und im politischen Leben zu einem Ausgleich beider Länder und möglichst auch zur Versöhnung zwischen den Völkern nach den Schrecknissen des Zweiten Weltkrieges beizutragen.

Wir erlebten zwei historische Stereotypen: zum ersten gegenseitige Anstrengungen, den anderen zu unterwerfen, zum zweiten ideologisch verfestigte Feindbilder (DIEDRICH 1989: 39). Das erste Stereotyp gipfelte in dem Diktat-Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 mit dem bolschewistischen Russland und später mit dem am

¹ Dieser Zeitzeugenbericht ist etwas ausführlicher für Leserinnen und Leser geschrieben, die die Jahre 1984 bis 2025 nicht selbst erlebt haben. Vgl. auch WETTE 1989: 87-116.

² In der „Liste von Referentinnen und Referenten und Material zum Thema Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“ vom 4.10.1987 hat die AGDF das Ausmaß der Beteiligung bundesweit dokumentiert. (Ordner AGDF I 1966 – 1993, 1987/5).

22. Juni 1941 begonnenen gnadenlosen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion („Unternehmen Barbarossa“). Schon am 30. März 1941 hatte Hitler in einer Rede vor Befehlshabern der Wehrmacht einen rassenideologischen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion ohne Bindung an kriegsrechtliche Normen angekündigt. Das zweite Stereotyp waren die zerstörerischen, menschenfeindlichen Ideologien des Antibolschewismus / Antikommunismus und des Antisemitismus, die sich als Feindbild ausweislich der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und des Widerstandes gegen eine Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion tief in das politische Bewusstsein der Deutschen eingefressen hatten.

Das Drängen auf Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion war eine späte, aber nicht zu späte Reaktion auf die deutsche Schuld aus dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Als erster wies Altbischof Dr. Werner Krusche, früherer Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, auf das Versäumnis hin. Er sagte bei dem Kieler Friedenskongress der EKD und der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche „Gottes Friede den Völkern“ 1984:

„Die Ausblendung der besonderen Schuld gegenüber dem zur Vernichtung bestimmt gewesenen Sowjetvolk ist der verhängnisvollste und folgenschwerste Vorgang in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Eine Kirche, die diese besondere Schuld nicht sehen konnte und wollte, hatte und hat einer antikommunistisch emotionalisierten Politik mit ihren Folgewirkungen nichts entgegenzusetzen.“³

Dem Impuls folgten in großer Breite verfasste Kirchen und zivilgesellschaftliche christliche und säkulare Initiativen, u. a.: die badische Landeskirche 1985 (Arbeitsgruppe „Ausöhnung mit dem Osten“), die Ev. Kirche von Westfalen 1985 (Votum der Synode, Arbeitsgruppe „Solidarische Kirche Lippe und Westfalen“), die Ev. Kirche im Rheinland 1986 (Synode), Ev. Kirche in Hessen und Nassau 1987,

³ FRIEDENSAUSSCHUSS DER EV.-REF. KIRCHE IN NWD, Werkmappe zur Friedenswoche 1987. Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion, S. 3; vgl. AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE u.a.m. (Hrsg.) 1985.

EKD 1986 (Synode), Evangelische Akademien (z. B. Mülheim/Ruhr 1987, Pforzheim – Hohenwart 1987, Iserlohn 1987, Hofgeismar 1987, Tutzing 1988), Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) Hannover 1987, Deutscher Ev. Kirchentag in Frankfurt / Main 1987, Friedenskonsultationen der landeskirchlichen Friedensausschüsse und Christlichen Friedensdienste Baden 1987, Ökumenische Friedenswoche 1987, Arbeitsgruppe Sowjetunion im Koordinationsausschuss der Friedensbewegung (KA) 1989/1990, Darmstädter Signal, Friedensdienste der AGDF.

Die AGDF war an vielen dieser Initiativen beteiligt. Maßgeblich und verantwortlich hat sie an der ersten Deutsch-Sowjetischen Friedenswoche (24.-31.5.1989) unter dem Motto „Das Denken modernisieren – Frieden gemeinsam schaffen“ in der Arbeitsgruppe „Sowjetunion im Koordinationsausschuss der Friedensbewegung“ (KA) mitgewirkt. Zum Inhalt hatte sie ein Expertenseminar in Bonn mit 150 Aktiven, Politikern und Wissenschaftlern aus der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Der Anspruch war, einen Beitrag zur „Volksdiplomatie“ zu leisten. Die Friedenswoche mit dem Sowjetischen Friedenskomitee (SFK), vorbereitet von Kurt Faller (VVN), Martin Gräbner (Grüne), Gerd Pflaumer (Gustav-Heinemann-Initiative GHI) und Ulrich Frey (AGDF) in Moskau⁴, fand gemäß Vereinbarung mit dem SFK im zeitlichen Zusammenhang mit dem Staatsbesuch von Michail Sergejewitsch Gorbatschow (Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU seit 1985) am 12. bis 15. Juni 1989 statt.

Gorbatschow hatte entscheidenden Anteil an dem Aufschwung der deutsch-sowjetischen Friedensarbeit durch seine Politik im Sinne von „Glasnost“ („Offenheit“) und „Perstroika“ („Umbau“, vgl. Ulrich FREY 1989). Ein Jahr später folgte die zweite Deutsch-Sowjetische Friedenswoche (31. August bis 8. September 1990).⁵ Hierzu flogen 120 Aktive aus bundesdeutschen Friedensgruppen und erstmals auch aus der DDR sehr unterschiedlicher Herkunft zu 16 gastgebenden lokalen Gruppen in Republiken im europäischen Teil der Sowjetunion. Die Gäste aus der DDR hatten wir nach der

⁴ Vgl. Ordner AGDF I 1966 – 1993, 1989/6.

⁵ Details sind nachzulesen in dem Reader zur Vorbereitung auf eine Reise in die Sowjetunion „Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“, verfasst von Bernd LÜLSORF (AGDF 1990, 79 Seiten).

noch frischen ersten demokratischen Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 spontan zur Teilnahme an diesem gesamtdeutsch wichtigen „Unternehmen Frieden“ eingeladen. Tatkräftig unterstützt haben die Arbeit vor Ort in Moskau Kristian Golla (Friedenskooperative) und Bernd Lülsdorf, Zivildienstleistender der AGDF. Am Ende der Reise fanden in Moskau ein Seminar und ein Erfahrungsaustausch statt.

In Erinnerung geblieben sind viele Ereignisse und Begegnungen, so ein denkwürdiger ökumenischer Gottesdienst am Hauptsitz der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) im neu eingeweihten Danilow-Kloster, den die deutsche Gruppe und die Verantwortlichen der ROK gemeinsam vorbereiteten und feierten. Den für einen orthodoxen Gottesdienst notwendigen Chor bildeten die friedensbewegten Deutschen aus der BRD und der DDR. Wir übten unsere Lieder während der Busfahrt zum Danilow-Kloster. Unser Zivildienstleistender Bernd Lülsdorf, ein studierter katholischer Theologe, predigte. Die liturgischen Teile sprach ich. Der Lohn waren am Ende brüderliche Umarmungen mit den russischen Geistlichen. Das war der einzige ökumenische Gottesdienst mit der orthodoxen Kirche in meiner nicht armen Ökumene-Praxis. Tiefe russische, auf die eigene Person bezogene Religiosität erlebte ich in einem Gottesdienst einer baptistischen Gemeinde.

Ein anderer emotionaler Höhepunkt war die Gedenkfeier bei den Panzersperren an der Fernstraße 105 Moskau – Leningrad zwischen dem Flughafen Moskau-Scheremetjewo und dem Moskauer Stadtgebiet, wenige Kilometer vor Moskau. Dort rauschte der Verkehr achtlos vorbei, nicht unser Bus. Vermutlich bis hierhin waren die deutschen Panzerspitzen der Heeresgruppe Mitte der Wehrmacht bis zum 5. Dezember 1941 vorgedrungen. Ich wollte an diesem historischen Ort eine Erinnerung zelebrieren. Auf meine Anregung hin richtete das Sowjetische Friedenskomitee (SFK) einen freundlichen Empfang für uns alle an den Panzersperren aus. Nach russischem Brauch wurden uns Brot und Salz als Willkommensgruß gereicht. Das war wegen der deutschen Schandtaten eine überraschende und nicht erwartbare Geste, die einen tiefen Eindruck hinterließ. In meiner Danksagung betonte ich, dass wir ohne Waffen und mit dem Wunsch nach Versöhnung hier standen.

Beide Friedenswochen fanden in der Zeit statt, als Sergej Gorba-

tschow als Chef der KPdSU mit der „Perestrojka“ und mit „Glasnost“ die verkrustete Sowjetunion zu reformieren versuchte. Wir wurden Zeugen dieser Arbeit bei Beobachtungen im Stadtbild, in Gesprächen mit unseren offiziellen sowie privaten Gastgebern, in Kirchen, bei Literatur-Lesungen z. B. mit Tschingis Aitmatow, bei einem Zirkusbesuch und den vielen Gesprächen bei den lokalen Gastgebern in den Republiken. Bei den Gesprächen mit Offiziellen und Wissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften, z. B. L. G. Istjagin, und dem Arbatow-Institut für USA- und Kanadastudien fiel mir auf, dass die Lehren des Marxismus-Leninismus im Laufe meiner insgesamt sieben Besuche in der Sowjetunion seit 1977 (World Conference of Religious Leaders der Russisch-Orthodoxen Kirche) immer weniger dominierten. Inhaltlich ging es schließlich im Wesentlichen um den Humanismus.

Mit einigen der kooperierenden „Sowjetmenschen“ entwickelten sich nach mehreren Begegnungen Ansätze für persönliche freundschaftliche Beziehungen, die aber nach dem Ende der Austausch abbrechen. Von den Nazis wurden wir ausdrücklich unterschieden. Die Gastfreundschaft war sehr herzlich und wurde mit viel Wodka bei Trinksprüchen begossen. Den Kampf gegen den Alkohol-Missbrauch verlor Gorbatschow allerdings. Beim Besuch eines Wochenmarktes überraschten mich rechtsradikale Buttons und Sprüche. Die Abreise wäre fast wegen täglicher organisatorischer Probleme gescheitert, weil die vom SFK bestellten Busse nicht kamen. Unsere 120 Reisenden saßen auf gepackten Koffern und warteten ungeduldig. Sie wollten nach Hause. Der Flieger würde nicht warten. Ich drängte Karen Gontscharow, meinen Partner beim SFK für das Management der Reise, für schnelle Abhilfe zu sorgen. Er telefonierte lautstark mit den Verantwortlichen. Noch gerade rechtzeitig standen dann die Busse vor der Tür.

Vorbereitet wurde diese Reise der 2. Deutsch-Sowjetischen Friedenswoche durch eine kleine Kontaktgruppe von Werner Koepker (Gustav-Heinemann-Initiative) und mir beim Sowjetischen Friedenskomitee (SFK) in Moskau und Leningrad. Ich erinnere mich an unsere kompetente jüdische Fremdenführerin. Sie zeigte uns u. a. die Schätze der Eremitage. Sie brachte uns, was wichtiger war, die grausame Belagerung von Leningrad durch die Deutschen an 872 Tagen (8. September 1941 bis 27. Januar 1944) näher. Wir wurden

still auf dem Friedhof Piskarjowskoje. Hier liegen 450.000 Zivilisten und 50.000 Soldaten in Massengräbern. Von geschätzten 1,1 Millionen Toten in Leningrad sind 900.000 verhungert. Die Einschließung und Blockade von Leningrad sollten auf Hitlers Befehl die Stadt vernichten. Das war eines der schlimmsten Kriegsverbrechen des Weltkrieges.

Die Reise unter der Leitung von Prof. Dietrich Goldschmidt (Vorsitzender der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste) war ein Erfolg. Die Bereitschaft, gemeinsam mit den Deutschen in Frieden zu leben, teilten unsere Gastgeber ausdrücklich. Viele Teilnehmende berichteten später von fortgesetzten schriftlichen und gegenseitigen Besuchen. Einige Städtepartnerschaften entstanden. Es war eine der wenigen Möglichkeiten, mit Menschen in der Sowjetunion zu sprechen, die im „Westen“ in der Regel nur durch den Schleier des ideologischen Antikommunismus wahrnehmbar waren, jedoch den Krieg als existenziellen Einbruch in ihr Leben hatten erdulden müssen. Den Bezug auf die schwierigen Zeiten markierten unsere Gesprächspartner bezeichnender Weise mit Worten wie: „Das Leben zeigt ...“ Über konkrete Details des Krieges oder der Stalin-Zeit erzählten unsere Gastgeber von sich aus nichts oder nicht viel.

In diesen Abschnitt gehören auch andere einschlägige Unternehmungen. Zu erinnern ist an eine Kontaktreise nach Moskau auf Einladung der EKD 1983 (?) mit den in der Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ von 1982 (4. Auflage) genannten Organisationen. In lebhafter Erinnerung ist der Besuch des Museums zum „Großen Vaterländischen Krieg“ in Minsk, der kritische Diskussionen unter uns auslöste. Ich begleitete als Vertreter der AGDF im Kuratorium der *Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte* (IBB) bei mehreren Besuchen in Minsk/Belarus den Bau und die Einweihung (1994) der IBB „Johannes Rau“. Die IBB widmete sich dem ökumenischen Dialog, der nachhaltigen Entwicklung und dem Lernen aus der Geschichte, ferner der Einrichtung der Geschichtswerkstatt (2003) über die Juden in Minsk, der Einrichtung der Gedenkstätte des in Europa bisher kaum bekannten Vernichtungslagers Trostenez (2014) („Auschwitz“ in Belarus) und im Wald von Blagowschtschina für Juden aus Europa sowie der Gedenkstätte Chaytyn bei Minsk. Als Mitglied des Vorstandes der Martin-Niemöller-Stiftung (MNS) war ich beteiligt an der Unterstützung des Dorfes

Peremoha (übersetzt: ‚Sieg‘)⁶, das Deutsche – wie viele andere Dörfer – verheert hatten. Frauen und Männer wurden von dort zur Zwangsarbeit in das Deutsche Reich verbracht. Die MNS unterstützte den Wiederaufbau des Dorfes und hielt im Austausch den Kontakt zu den Bewohnerinnen und Bewohnern.

Einige Aspekte der langjährigen Arbeit sollen nun unter dem Gesichtspunkt der Evaluierung vertieft werden. Sie beeinflussten während des Krieges und danach unser gesellschaftliches Handeln.

2. WICHTIGES ÜBER DIE SOWJETUNION (UdSSR)⁷

Wer heute von der „Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas“ spricht, muss einen langen Weg in die deutsch-russische Geschichte zurücklegen, um zu verstehen, was sich hinter dieser Formel verbirgt.

Geburtshelfer der Sowjetunion waren preußisch-deutsche Führungseliten, die den Ersten Weltkrieg entfacht hatten, den ersten industriellen und totalen Krieg des 20. Jahrhunderts, um „den Griff nach der Weltmacht“ zu versuchen. Dazu musste das russische Reich besiegt werden. Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, in den 20er Jahren deutscher Botschafter im revolutionären Russland und Entwickler der deutsch-sowjetischen Beziehungen, hatte schon 1915 gesagt: „Der Sieg und als Preis der erste Platz in der Welt ist aber unser, wenn es gelingt, Russland rechtzeitig zu revolutionieren ...“ (vgl. Rolf-Dieter MÜLLER 1989: 70). Dazu verhalf die kaiserliche Regierung dem russischen Emigranten Wladimir Iljitsch (Uljanov) Lenin aus Zürich und seinen bolschewistischen Genossen (der kleinen Partei der Bolschewiki) mit deutscher Unterstützung und Geld zur Rückkehr in das damalige Petrograd, wo er die russische Revolution mit einem Putsch gegen den Diktator Kerenski und der Bildung einer Regierung der Volkskommissare begann.

⁶ Eine ausführliche Information findet sich in der Broschüre der MARTIN-NIEMÖLLER-STIFTUNG „Die Arbeit der Martin-Niemöller-Stiftung“ unter dem Titel „Streiten für den Menschen“, 2002, S. 18-30.

⁷ Vgl. u. a. Rolf-Dieter MÜLLER 1989: S. 70 ff. und Dietrich GOLDSCHMIDT (Hg.) 1989; S. 70 ff.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) erwuchs als eine föderale Union aus nationalen sozialistischen Republiken und Regionen. Sie entstand am 30. Dezember 1922 nach der Oktoberrevolution (25. Oktober / 7. November 1917) und dem Sieg der sozialistischen Bolschewiki im Bürgerkrieg über die bürgerlichen Menschewiki. Der Gründung waren seit 1917 blutige Kämpfe zur Überwindung des „Völkergefängnisses“ vorausgegangen, als das Lenin das untergegangene Zarenreich bezeichnet hatte. Staaten und Regionen der UdSSR wurden nach der russischen Föderation, der größten Republik der UdSSR: Armenien, Aserbaidschan, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Lettland, Litauen, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenien/Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrussland/Belarus. Sie kooperierten unter dem Leitwort der „Völkerfreundschaft“ (Stalin), waren aber in ihrer Gesamtheit kein zentralistischer Staat.

Die Bolschewiki lösten nach ihrem Sieg in der Zeit des „Kriegskommunismus“ (1918 – 1921) zunächst die zaristischen Kader gewaltsam zugunsten der bolschewistischen „Räte“ auf. Diese Phase war von radikaler Zwangswirtschaft gekennzeichnet. Industrie, Großgrundbesitz und Banken wurden verstaatlicht, die Wirtschaft – Produktion und Verteilung von Gütern – zentralisiert. Terror des Einparteiensstaates unter der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) (Bolschewiki) war das häufigste Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele. Die Bolschewiki kämpften alle Widerstände z. B. der Bauern gegen Enteignungen nieder. An der Wolga starben 5 Millionen Menschen an Hunger. Als der Kriegskommunismus letztlich scheiterte, führte Lenin im Zuge der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) privatwirtschaftliche Reformen durch. Im politischen Bereich wurde die Opposition ausgeschaltet. Der skrupellose Einsatz von Terror blieb aber die Norm.

Das bolschewistische Russland war kein Vertragspartner des Friedensvertrages von Versailles vom 28. Juni 1919. Das Deutsche Reich führte 1915 – 1918 einen gesonderten Krieg gegen Russland. Im Diktat-Frieden von Brest-Litowsk am 3. März 1918 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei, Bulgarien und der Sowjetunion verzichtete Sowjetrußland u. a. auf Gebiete in Polen. (Die Ukraine und Finnland wurden als selbständige Staaten anerkannt. Die baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland

wurden aus der Sowjetunion gelöst und wieder selbständig, aber durch den späteren Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, ausgehandelt von Molotow und Joachim von Ribbentrop, erneut Republiken der Sowjetunion.) Der erzwungene Frieden von Brest-Litowsk 1918 „bestärkte den Drang zu einer kriegerischen Durchsetzung deutscher Weltmachtansprüche“ (MÜLLER 1989, S. 72). Zar Nikolaus II. dankte am 15. März 1917 ab, wurde gefangen gesetzt und am 16. Juli 1917 mit seiner Familie erschossen.

Am 21.1.1924 starb Lenin. Josef Wissarionowitsch Stalin machte dann die KPdSU gegen den testamentarisch festgelegten Wunsch Lenins, Leo Dawidowitsch Trotzki (ermordet 1940) als seinen Nachfolger zu installieren, zu seinem diktatorisch gewandelten politischen Instrument. Er verheimlichte Lenins Testament und setzte sich als dessen „legitimen Nachfolger“ durch. Stalin bewirkte durch eine „Revolution von oben“ eine stärkere strukturelle Veränderung des Staates als die Oktoberrevolution. Er schaltete Trotzki und alle ihm ‚gefährlich‘ erscheinenden Genossen aus. Zwischen 1922 und 1924 tauschte er 16.000 Funktionäre in Partei und Verwaltung („Apparatschicks“) gegen Personen seines Vertrauens aus. 1928 beendete Stalin die NÖP und führte den 1. Fünfjahresplan zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft ein. Die Landwirtschaft wurde unter großen menschlichen Opfern kollektiviert. In der Ukraine verhungerten 1932/1933 mindestens 3,5 Millionen Menschen (Holodomor).

Ein Höhepunkt der Stalin’schen Diktatur waren die Schauprozesse gegen die „trozkistische“ Opposition (1936 – 1938). Zwischen 1936 und 1942 wurden vermutlich zehn bis zu elf Millionen vermeintliche Gegner Stalins liquidiert oder zur Haft in den Straflagern des GULAG verurteilt. Von 6.000 Stabsoffizieren der Armee „verschwanden“ 1.500. Stalin ließ alle 1919 gewählten Mitglieder des Politbüros bis 1930 als „unzuverlässig“ hinrichten. Zahlreiche vor den Nazis geflohene Kommunisten und andere quartierte Stalin im Hotel „Lux“ in Moskau ein, wo sie in ständiger Angst lebten. Am 5. März 1953 starb Stalin. Seine Nachfolger als Erste Sekretäre der KPdSU waren Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1953 – 1964), Leonid Iljitsch Breschnew (1964 – 1982), Jurij Wladimirowitsch Andropow (1982 – 1984) und Konstantin Tschernenko (1984 – 1985).

Der letzte Generalsekretär der KPdSU war ab 1985 Michail Sergejewitsch Gorbatschow. Das politische Klima während seiner Zeit

– einer Phase der Entspannung zwischen den Großmächten und Europa – begünstigte die Bemühungen um eine Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion. Gorbatschow vollzog eine radikale Kehrtwende der sowjetischen Politik mit den Schwerpunkten „Glasnost“ (Öffentlichkeit) und „Perestrojka“ (Umbau). In der Folge brachen nationale Konflikte aus. Einige Sowjetrepubliken erklärten ihre Selbstständigkeit und ihre nationale Sprache zur Amtssprache anstelle des Russischen, u. a. die baltischen Staaten. Im Juli 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf. Am 24. August 1991 trat Gorbatschow vom Amt des Generalsekretärs der KPdSU zurück. Am 8. und 21. Dezember 1991 beschlossen Russland, Weißrussland, die Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie formal das Ende der Sowjetunion. Am 25. Dezember 1991 trat Michail Gorbatschow offiziell als sowjetischer Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte zurück. Er übertrug die Kontrolle über die sowjetischen Atomwaffen an Russland. Am 31. Dezember 1991 löste sich die Sowjetunion formell auf. Boris N. Jelzin wurde am 12. Juni 1991 zum Präsidenten der RSFSR gewählt. Am 31. Dezember 1999 trat er zurück und übergab die Amtsgeschäfte des Ministerpräsidenten an Wladimir Putin.

3. KRIEG ZWISCHEN RUSSLAND UND DEUTSCHLAND – UND KEINE VERSÖHNUNG

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles am 28. Juni 1919 zum Abschluss des Ersten Weltkrieges befriedete Deutschland nicht. Er wurde von der Mehrheit der Deutschen als ein Diktatfrieden gewertet. Propagiert wurde der „Kampf gegen Versailles“ sowie gegen die „Erfüllungspolitik“ (Teilabrüstung auf ein Hunderttausend-Mann-Heer ohne schwere Waffen, Degradierung Deutschlands zu einer europäischen Mittelmacht). Auch die Siegermächte, insbesondere Frankreich, sann auf Revision. Eine gesamteuropäische Konferenz unter Einschluss Russlands zur Schaffung einer stabilen Friedensordnung und der Rahmenbedingungen für einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufstieg waren aber nötig. Wegen des Widerstandes der Sowjetunion und der deutschen Seite platzte die

geplante Konferenz in Genua. Stattdessen schlossen die Sowjetunion und Deutschland am 16. April 1922 den Vertrag von Rapallo, der die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten, die Anerkennung der Grenzen und den Verzicht auf Reparationen brachte.

Der Vertrag bewirkte einerseits Misstrauen der europäischen Mächte wegen des deutschen Sonderweges und deutete andererseits ein späteres Zusammengehen mit Russland an. Die Sowjetunion benötigte die Hilfe des deutschen Kapitals und Militärs gegen die Nöte aus dem „Kriegskommunismus“. Reichskanzler Gustav Stresemann (Deutsche Volkspartei) erreichte in der Folgezeit mit der Politik der „Ost-West-Balance“ eine Verständigung zwischen Ost und West über die Grundzüge des deutsch-russischen Verhältnisses. In der Konferenz von Locarno (5.-16. Oktober 1925) erreichten Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei eine umfassende Einigung über die Sicherheit der Grenzen und ein Schiedsabkommen. Der deutsch-sowjetische Freundschaftsvertrag vom 24. April 1926 (Berliner Vertrag) ermöglichte im Hintergrund die Vertiefung von militärischen und rüstungswirtschaftlichen Geheimkontakten. Die Reichswehr kooperierte bis zur Machtübernahme Hitlers 1933 bei der Aufrüstung der Roten Armee (MÜLLER 1989: 78ff.). Am 8. September 1926 nahm der Völkerbund das Deutsche Reich als Mitglied auf.

Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich sanken 1937/1938 auch wegen der „Säuberungspolitik“ Stalins gegen das Offizierskorps der Roten Armee auf einen Tiefpunkt. Hitler war zu einem Angriff auf die Sowjetunion entschlossen, um „Lebensraum im Osten“ zu gewinnen. Die „Appeasement-Politik“ der Westmächte nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren 1938 brachten Hitler nicht vom Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August 1939 ab, verhandelt von Stalins Stellvertreter Außenminister Wjatscheslaw Molotow und Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop. In dem geheimen Zusatzprotokoll fixierten die Minister die beiderseitigen Interessen in Ost-Mitteleuropa: Beide Staaten wollten sich Polen aufteilen, Russland die baltischen Staaten annekieren. Am 1. September 1939 fielen deutsche Truppen in Polen ein. Hitler wollte Polen brutal zerstören. Ein

großer Teil Westpolens wurde dem Deutschen Reich zugeschlagen. Die Mehrheit der Bevölkerung vertrieben die Deutschen in das Protektorat des „Generalgouvernements“. Die Polen sollten „als führerloses Arbeitsvolk“ und als „Wanderarbeiter“ grobe Arbeiten verrichten. Die Juden sollten ausgerottet werden.

Die Leitung der Sowjetunion ließ Tausende Angehörige der polnischen Eliten Polens bei Katyn umbringen (HELLBECK 2025: 145).

Am 22. Juni 1941 griff die Wehrmacht unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ mit drei Millionen Soldaten an einer Frontlinie von 2900 Kilometern mit Artillerie und Kampfflugzeugen ohne Kriegserklärung und ohne vorherige Propaganda die Sowjetunion an, um die Rote Armee zu vernichten. Die Wehrmachtspropaganda verunglimpfte sowjetische Menschen als „Untermenschen“. Die sowjetische Bevölkerung sollte vertrieben, versklavt und getötet werden. Der Kriegsgerichtsbarkeitserlass der Wehrmachtsführung forderte von den Soldaten, Gegner auch bei passivem Widerstand zu erschießen. Verbrechen deutscher Soldaten blieben straffrei, wenn der Täter sowjetfeindliche Motive geltend machte. Hitler führte den Krieg als ein Kräftemessen zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus: „Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf ...“. Die politischen Kommissare der Roten Armee personifizierte Hitler als die Träger des „jüdischen Bolschewismus“. Der berüchtigte „Kommissarbefehl“, Kommissare bei Gefangennahme rücksichtslos zu erschießen, verstieß gegen geltendes Kriegsrecht und zirkulierte nur mündlich (Christian STREIT 1989: 106).

Stalin wurde im Vorfeld durch sowjetische Agenten über deutsche Angriffspläne informiert, glaubte ihnen aber nicht. Als der Angriff überraschend erfolgte, ließ Stalin seinen Stellvertreter Wjatscheslaw Molotow die Nachricht per Radio verbreiten. Intern wertete die sowjetische Führung Hitlers „Kreuzzug“ (Molotow) als existenzielle Bedrohung der UdSSR. Stalin erhob den Krieg gegen die deutschen Faschisten im Einklang von Führung und Gesellschaft zum „Großen Vaterländischen Krieg“. Er sprach erst am 3. Juli 1941 zum Volk von „Leben und Tod des Sowjetstaates“ (Jochen HELLBECK 2025: S. 271). Als die Deutschen in der Nacht vom 14. zum 15. Oktober 1941 die russische Verteidigungslinie von Moschaisk

durchbrachen, ordnete die sowjetische Führung tags darauf die sofortige Evakuierung des größten Teils der Regierung ins Landesinnere an und bereitete die Zerstörung von Fabriken, Bürogebäuden und Lagerhäusern vor. Die verängstigten Einwohner Moskaus drängten sich zu Tausenden auf den Bahnhöfen. Vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen wartete ein Sonderzug mit dampfender Lokomotive, um Stalin und sein Gefolge in den Ural zu evakuieren. Stalin entschied aber, in Moskau zu bleiben. Er befahl auch, die Vorbereitungen für die übliche Parade am 7. November auf dem Roten Platz fortzusetzen (Jochen HELLBECK 2025: 283ff).

Chatyn, ein kleines Dorf im Gebiet Minsk, ist ein Beispiel dafür, wie der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, auf die Partisanen reagierte, die die Wehrmacht durch ihre Aktionen beträchtlich herausforderten. Deshalb überfiel am 22. März 1943 das Schutzmannschafts-Bataillon 118 und das SS-Sonder-Bataillon „Dirlewanger“ als Vergeltung für Partisanen-Angriffe das Dorf. Sie plünderten es und trieben die 149 Einwohner in eine Scheune, die sie in Brand setzten. Nur der Schmied Kaminskij und drei Kinder überlebten das Morden im Feuer. 185 Betonblöcke erinnern an Dörfer, die in ähnlicher Weise wegen der ‚Partisanen-Angriffe‘ vernichtet wurden. Chatyn ist heute eine nationale Gedenkstätte in Belarus (Jochen HELLBECK 2025: 347ff.; vgl. auch Wolfram WETTE 2002: 128f und 130ff.).⁸

Am 5. Dezember 1941 begann die sowjetische Gegenoffensive als ein harter Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen Faschisten (Jochen HELLBECK 2025: 283ff.).⁹ Nach der Niederlage der Deutschen in der Schlacht um Stalingrad 1942/1943 wusste Hitler, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war (Wolfram WETTE 2002: 188f.). In den letzten Kriegstagen waren die Befehle „zur Verteidigung des Reiches“ solche zur Zerstörung. Hitler ordnete mit dem „Nerobefehl“ vom 19. März 1945 die „Taktik der verbrannte Erde“ auf dem Gebiet

⁸ Informationen über die Ermordung von sowjetischen Zivilisten und dem Niederbrennen von Ortschaften „im rückwärtigen Heeresgebiet“ durch die so genannten Sicherungsdivisionen unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung. Besonders hart betroffen waren die Juden („Jude gleich Partisan“).

⁹ Vgl. Nach Sönke Neitzel war der deutsche Feldzugsplan bereits im Herbst 1941 gescheitert, weil die Masse der Roten Armee nicht wie geplant in der ersten Phase des Krieges vernichtet worden war (NEITZEL 2020, S. 145).

der Sowjetunion und auf deutschem Gebiet an. Ca. 1.700 kleinere Städte und 70.000 Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht (Wolfram WETTE 2002: 191; ARBEITSGEMEINSCHAFTEN SOLIDARISCHE KIRCHE WESTFALEN UND LIPPE u. a. 1987: 25f.; EVANGELISCHE AKADEMIE BADEN (Hg.) 1987). Doch die militärische Niederlage kam unausweichlich. Am 7. Mai 1945 erfolgte in Reims die deutsche Gesamtkapitulation. Sie wurde am 9. Mai 1945 im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst wiederholt. Das bedeuteten endlich die Tage der Befreiung von der NS-Diktatur für Polen und die Sowjetunion, aber auch für die Deutschen.

Die Legende, die Wehrmacht habe sich nicht an den deutschen Verbrechen beteiligt („saubere Wehrmacht“), widerlegten Historiker und die beiden Wehrmachtsausstellungen (1995 – 1999 und 2001 – 2004), letztere in Bezug auf den Holocaust, Plünderungen, Massenmorde und die Vernichtung von Kriegsgefangenen. Manfred Messerschmidt (Militärgeschichtliches Forschungsamt) charakterisierte den „Angriffskrieg gegen die Sowjetunion“ als ein „von der „Wehrmacht-, Heeres-, Luftwaffen- und Marineführung mitgeplantes kriminelles Ereignis“, das „den absoluten Tiefpunkt der deutschen Militärgeschichte darstellt.“ (Wolfram WETTE 2002: 245ff. und 264 ff.) Der letzte Wehrmachtsbericht des Großadmirals Karl Dönitz, Hitlers Nachfolger als Staatsoberhaupt, vom 9. Mai 1945 kolportierte die Legende, die deutsche Wehrmacht sei „am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen“ (W. WETTE 2002: 204f.).¹⁰

Bilanz des Todes: Himmlers „Generalplan Ost“ sah die Deportation von Millionen Russen aus den eroberten Gebieten nach Sibirien und dafür die Ansiedlung von Deutschen aus dem Reich in russischen Kolonien vor. Die Russen sollten versklavt, nicht wie Juden ausgerottet werden. Die Zahl der menschlichen Opfer des Krieges auf sowjetischer Seite wird auf 25 – 40 Millionen geschätzt. Die Mehrheit der Opfer – 15,2 Millionen Menschen – waren sowjetische Zivilisten. Während der Belagerung von Leningrad (8. September 1941 – 27. Januar 1944) starben 900.000 Menschen. Teile der russischen Bevölkerung mussten in Deutschland Zwangsarbeit leisten.

¹⁰ Zusammen mit der „Generalsdenkschrift“ (November 1945) diente der Wehrmachtsbericht der Verteidigung der Angeklagten im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess.

300.000 polnische Kriegsgefangene waren Zwangsarbeiter in Deutschland, im Frühsommer 1940 über eine Million. Polen (schon ab 1939/1940) (Wolfram WETTE 2002: 104f.) und die Sowjetunion waren die Schauplätze eines gnadenlosen rassenideologischen Vernichtungswahns gegen die Juden mit dem Ziel der „Endlösung der Judenfrage“ (Holocaust). 2,6 Millionen Juden in Sowjetrußland wurden 1941 umgebracht. Von den 3,3 Millionen Juden in Polen überlebten die Ermordung durch Gas, Arbeit und Hunger nur 380.000. Die Vernichtung der europäischen Juden in dem rassenideologischen Krieg war eine moralische Katastrophe, wie es sie in der gesamten bisherigen Geschichte nicht gegeben hatte (vgl. Wolfram WETTE 1989: 93).

Noch nach den Juden rangierten in der Rangordnung der Unterdrückung die sowjetischen Kriegsgefangenen. 5,7 Millionen Rotarmisten gerieten in deutsche Gefangenschaft. 3,3 Millionen (= 57 %) starben dort an Unterernährung, epidemischen Krankheiten, der Kälte und Erschöpfung ohne jeglichen Schutz durch die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907 und gegen die Grundsätze des allgemeinen Kriegsvölkerrechts. 2,4 Millionen Gefangene mussten als Zwangsarbeiter in der deutschen Kriegsindustrie schuften (Christian STREIT 1989, 102ff.; ARBEITSGEMEINSCHAFTEN SOLIDARISCHE KIRCHE WESTFALEN UND LIPPE u. a. 1987: 25f.). In Polen starben im Krieg geschätzt 240.000 Soldaten und 5.360.000 Zivilisten. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft starben geschätzt 1,1 Millionen deutsche Soldaten, an der Ostfront fanden 2,7 Millionen Soldaten den Tod, also knapp über die Hälfte der insgesamt 5,3 Millionen im Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommenen deutschen Soldaten (Wolfram WETTE 2002: 182; Jochen HELLBECK 2025: 319f.). Ca. 600.000 Zivilisten starben in Deutschland, u. a. im Luftkrieg.

Der Kriegszustand zwischen Deutschland und der Sowjetunion und Polen endete erst durch den „Zwei und Vier-Vertrag“ vom 12. September 1990 in Moskau („Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“) zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten. Er regelte die vollständige Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Der Vertrag beendete die Jahrzehnte lang virulente „querelle allemande“ im Herzen Europas. Die DDR war als Staat anerkannt. Die Oder-Neiße-Linie war als Grenze zu Polen festgelegt, was gegen den Widerstand zahlreicher

Deutscher, insbesondere der Heimatvertriebenen, den endgültigen Verlust ehemals deutschen Territoriums bedeutete. Die Versöhnung mit Polen war damit völkerrechtlich erfolgreich.

4. WELCHES WAREN DIE AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHEN
GRUNDANNAHMEN, VON DENEN DIE KAMPAGNE AUSGING?
WAS GILT HEUTE?

Die Entspannungspolitik lieferte die außen- und sicherheitspolitischen Grundannahmen, von denen die Kampagne „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion“ ausging. Entspannung bedeutet allgemein den Abbau von Spannungen in internationalen Beziehungen zur Verringerung von Kriegsrisiken ohne Konflikte unterschiedlicher Art. Die Leitidee waren eine friedliche Koexistenz und die Idee der „Gemeinsamen Sicherheit“. Die EKD trug zur Entspannungspolitik vorbereitend in der Bundesrepublik durch die Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu einen östlichen Nachbarn“ (Ostdenkschrift, Oktober 1965) bei (AKTION SÜHNEZEICHEN / KRUSCHE 1985: 21). Die katholischen Bischöfe in Polen schrieben im November 1965 in ihrer „Botschaft an ihre deutschen Amtsbrüder“ u. a.: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“, worauf die deutschen Bischöfe im Dezember 1965 diplomatisch antworteten. Die SPD setzte später die Idee der „Gemeinsamen Sicherheit“ an die Stelle der „Einseitigen Sicherheit“. „Das augenblickliche Gleichgewicht des Schreckens muss durch ein Gleichgewicht der Vernunft und durch ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit ersetzt werden.“ (BRANDT2009: 181)

Olof Palme erarbeitete mit seiner „Unabhängigen internationalen Kommission für Abrüstung und Gemeinsame Sicherheit“ im Auftrag der II. UNO-Sondervollversammlung von 1980 bis 1982 die „Konzeption der Gemeinsamen Sicherheit“. Reformanstrengungen von Gorbatschow („Perestroika“, „Glasnost“) und die Friedensbewegung verstärkten diese Politik (Sönke NEITZEL 2020: 344ff.; vgl. auch Erhard EPPLER 1996: S. 48)¹¹. Entspannungspolitik war erfolg-

¹¹ Sönke NEITZEL 2020: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Propyläen, S. 344ff.; S. 48; vgl. auch den Hinweis auf die

reich zur Abwendung der weltweiten atomaren Vernichtung im Ost-West-Konflikt im Kalten Krieg nach 1945, besonders nach der Kubakrise 1963. Ein deutsches Beispiel war das 1987 publizierte Grundsatzpapier von SPD und SED „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Sozialdemokraten und Kommunisten erkannten darin die „Existenzberechtigung“ des jeweils anderen „Gesellschaftssystems“ an (Helga GREBING u. a. 2009: 64; vgl. auch Erhard EPPLER 1996: 174). Bis 1979 vereinbarten die USA und die UdSSR Verträge zur Errichtung eines Rüstungskontrollsystems (z. B. Verbot von Nuklearwaffenversuchen in der Atmosphäre, Atomwaffensperrvertrag, Begrenzung der Zahl der strategischen Waffen und Abwehrsystemen SALT I, Begrenzung der strategischen Waffensysteme SALT II). Der deutsche Beitrag zur Entspannungspolitik realisierte sich in der „Ostpolitik“ von Willy Brandt. Egon Bahr, außenpolitischer Berater von Willy Brandt, skizzierte sie unter dem Kürzel „Wandel durch Annäherung“. Dazu verhalfen die Gewaltverzichtsverträge mit Polen und der UdSSR (1970). Damit respektierte die BRD die bestehenden Grenzen, ohne sie anzuerkennen. Das Viermächteabkommen regelte 1971 den Zugang nach Westberlin. Diese Verträge führten zum ersten Höhepunkt der Entspannungspolitik, der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ab 1973. Am 18. September 1973 traten die Bundesrepublik und die DDR folglich den Vereinten Nationen bei. Die Schlussakte der KSZE, unterzeichnet am 1. August 1975 von 35 Vertretern aus Ost und West, beendete den Ost-West-Konflikt und regelte Fragen zum Gewaltverzicht, zur Unantastbarkeit der Grenzen, Sicherheit und Menschenrechten und zur Zusammenarbeit (Peter RUDOLF / Gottfried NIEDHART 2015: 127ff.).

Es folgte ab 1983 die aufregendste Zeit der deutschen Nachkriegsgeschichte. Sie öffnete den national und international diplomatisch schwierigen Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Wichtige Stationen waren die gewaltfreie Dresdener De-

Forschungen von Thomas Risse, mit weiteren Literaturangaben in dem Aufsatz von Ulrich FREY: Welche Rolle spielte die Friedensbewegung für den Fall der Mauer 1989 und das Ende der Blockkonfrontation? https://www.friedenspfarramt.elk-wue.de/fileadmin/mediapool/gemeinden/E_friedenspfarramt/B02_Friedensethik_Gewissensbildung/2010-04-06_Frey-Rolle_der_Friedensbewegung.pdf (Zugriff 27.3.2025).

monstration für den Frieden 1983 mit etwa 100.000 Teilnehmenden, Gorbatschows Weigerung, sowjetische Soldaten zur Repression in der DDR einzusetzen (1989), die massenweise Besetzung von Botschaften der Bundesrepublik durch DDR-Bürger z. B. in Prag zur Erzwungung der Ausreise, „Montagsdemonstrationen“ („Wir sind das Volk“) ab 1989. SED-Generalsekretär Erich Honecker trat 1989 zurück. Egon Krenz folgte im Amt. Die SED öffnete die Mauer in Berlin und zur Grenze der Bundesrepublik am 9. November 1989. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) und die DDR waren am Ende.

Die ersten freien demokratischen Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 bescherten den 16 Millionen Deutschen in der DDR einen Regimewechsel. Der „Zwei und Vier-Vertrag“ der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte von Moskau vom 12. September 1990 „über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ stellte die endgültige innere und äußere Souveränität des vereinten Deutschlands her. Am 3. Oktober 1990 trat die DDR nach dem damals gültigen Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik bei. Die sich durchsetzende Qualifizierung als „Wiedervereinigung“ statt „Vereinigung“ stieß bei historisch kritisch Denkenden, insbesondere in der DDR, auf Ablehnung. Es ging um die Frage, in welchem Format die Vereinigung vollzogen werden sollte: in einer föderalen Struktur unter Fortexistenz der DDR oder in nationaler Einheit. Große Teile der evangelischen Kirchen in der DDR plädierten vergeblich für eine fortbestehende DDR. Das in der Präambel des Grundgesetzes niederlegte Wiedervereinigungsgebot wurde obsolet; die Präambel und Artikel 23 wurden geändert. Zur Debatte stand – leider ebenfalls vergeblich – eine neue Verfassung anstelle des 1949 als vorläufig angenommenen Grundgesetzes.

Die „Charta von Paris für ein neues Europa“, am 21. November 1990 von 32 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada beschlossen, löste Hoffnungen auf ein „Gemeinsames Europäisches Haus Europa“ aus (Details vgl. Corinna HAUSWEDELL 1997: 105ff). Das war die Metapher von Gorbatschows „Neuem Denken“ für ein „Konzept einer friedlichen Welt“ (Corinna HAUSWEDELL 1997: 107ff.). Die Hoffnungen blieben unerfüllt. Eine europäische Friedensordnung von Vancouver bis Wladiwostok kam nicht zustande. Immerhin gelangen die unbefristete Verlängerung des Atomwaffen-

sperrvertrages (NPT) (1995), die Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte (1997) und die Gründung des NATO-Russland-Rates (2002).

Die Charta erodierte. Gründe für das Scheitern waren u. a. der russische Afghanistankrieg 1979-1989, schwere antidemokratisch wirksame politische Auseinandersetzungen (z. B. Putschversuch nationalkommunistischer Kräfte gegen Jelzin 1993) und Wirtschaftsprobleme durch die Privatisierung der Wirtschaft in Russland, Kriege und Bürgerkriege im zerfallenden Jugoslawien, die Kündigung oder Nichtratifizierung wichtiger Abrüstungsverträge sowie die die Osterweiterung der NATO, die Erweiterung der EU nach Osten und der Versuch, die Ukraine der westlichen Einfluss-sphäre einzugliedern.

Tatsächlich ist das Verhältnis zwischen Russland und dem OSZE-Europa, insbesondere zu Deutschland, heute zerrüttet. Gegenseitiges Vertrauen wurde seit 1990 kontinuierlich zerstört, z. B. durch die Osterweiterung der NATO, den Ukraine-Konflikt ab 2014, die Annexion der Krim und die Affäre Nawalny. Dimitry Trenin, langjähriger Direktor des Carnegie-Moscow-Center und russischer Experte für Außenpolitik, stellte fest: „Russland erwartet nichts mehr von Europa und fühlt sich deshalb auch nicht verpflichtet, auf Europas Standpunkte oder Interessen Rücksicht zu nehmen.“¹² In Russland hat sich seit 2013 ein starkes antiwestliches Feindbild durchgesetzt, das politisch ideologisch verfestigt ist. Im Jahr 2014, als Russland die Krim annektierte und ab dem Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges am 24.2.2022 gegen die Ukraine haben Putin und Patriarch Kyrill I. (Russisch-Orthodoxe Kirche) die „Russische-Welt“-Ideologie als Hauptbegründung für die völkerrechtswidrige Invasion vom 24.2.2022 propagiert. Diese Lehre besagt, dass es eine transnationale russische Sphäre oder Zivilisation gibt, die „Heiliges Russland“ oder „Heilige Rus“ genannt wird. Sie umfasst vom Anspruch her Russland, die Ukraine und Weißrussland (und manchmal Moldawien und Kasachstan) sowie ethnische Russen und russischsprachige Menschen in der ganzen Welt. Sie geht davon aus, dass diese „russische Welt“ ein gemeinsames politisches Zentrum

¹² <https://www.ipg-journal.de/ipg/autorinnen-und-autoren/autor/dmitri-trenin/> (Zugriff nicht mehr möglich).

(Moskau), ein gemeinsames geistiges Zentrum (Kiew als „Mutter aller Rus“), eine gemeinsame Sprache (Russisch), eine gemeinsame Kirche (die russisch-orthodoxe Kirche unter dem Moskauer Patriarchat) und einen gemeinsamen Patriarchen (den Patriarchen von Moskau) hat, der – dem Konzept der „symphonia“ entsprechend – mit einem gemeinsamen Präsidenten/Nationalen Führer (Putin) zusammenarbeitet, um diese russische Welt zu regieren und eine gemeinsame, unverwechselbare Spiritualität, Moral und Kultur aufrecht zu erhalten.

Gegen diese „Russische Welt“ steht der korrupte Westen, angeführt von den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Nationen, der vor dem „Liberalismus“, der „Globalisierung“, der „Christenfeindlichkeit“, den in Schwulenparaden propagierten „Rechten von Homosexuellen“ und dem „militanten Säkularismus“ kapituliert hat. Gegenüber dem Westen und denjenigen Orthodoxen, die dem ‚Schisma‘ und dem ‚Irrtum‘ verfallen sind (wie der Ökumenische Patriarch Bartholomäus I. und andere orthodoxe Ortskirchen), stehen das Moskauer Patriarchat und Wladimir Putin da als die wahren Verteidiger der orthodoxen Lehre, die sie im Sinne einer traditionellen Moral, eines rigorosen und unflexiblen Traditionsverständnisses und der Verehrung des Heiligen Russlands verstehen und akzentuieren. Bei einer Reise auf die Krim im Jahre 2017 pries Putin den Zaren Alexander III. (1881-1894) für seinen Einsatz für „nationale Traditionen“. Der Zar habe fest daran geglaubt, „dass es für eine große Nation entscheidend ist, ihre Identität zu wahren, dass jede Bewegung vorwärts unmöglich ist ohne Respekt für die eigene Geschichte und Kultur und die eigenen spirituellen Werte.“¹³

Das in der russischen Bevölkerung in den 1990er Jahren noch vorhandene Vertrauen in Deutsche und Deutschland ist verschüttet, aber hoffentlich in der Generationenfolge nicht verloren. Die Aktionen besonders der Friedensbewegung von 1985 bis 1991 unter dem Motto „Frieden mit den Völkern der Sowjetunion“ als Antwort auf das Leid der Bevölkerung im Vernichtungskrieg schienen seitens der Politik vergessen zu sein. Aus der Zeit gefallen sind offizielle

¹³ Vgl. zum Vorstehenden Uwe HALLBACH: Kirche und Staat in Russland. Nationale und außenpolitische Akzente von Orthodoxie, SWP-Studie 2019/S 08, <https://www.swp-berlin.org/publikation/kirche-und-staat-in-russland-1> (ohne Seitenzahlen) (Zugriff 28.3.2025).

Besuche von Vertretern der Friedensbewegung in Moskau. Stattdessen wurde die „Alternative für Deutschland“ in Person des stellvertretenden Vorsitzenden der AfD, Tino Chrupalla, vom russischen Außenminister Sergej Lawrow empfangen. Initiativen für eine mutige, pragmatische Realpolitik im Sinne einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur und darüber hinaus sind nicht absehbar. Egon Bahrs Formel für Entspannung könnte für die Zukunft übersetzt werden als „Russland nehmen, wie es ist“¹⁴.

Bei der Münchener Sicherheitskonferenz 2025 erklärte der Vizepräsident der USA, J. D. Vance, unmissverständlich die grundsätzliche Differenz der USA zu den Europäern u. a. in Sachen Demokratie und Migration. Zwischen Europa und den USA tat sich eine militärische, wirtschaftspolitische und wertemäßige Spaltung mit geopolitischen Anklängen auf. Die Politik nach dem Slogan „Make America great again“ (MAGA) des Präsidenten Donald Trump zerstört die herkömmliche Weltordnung. Trump zielte z. B. auf eine engere Kooperation der USA mit dem Russland des Präsidenten Wladimir Putin zum Nachteil der Europäischen Union und der Ukraine. Er erhob Ansprüche auf Kanada, das zu Dänemark gehört, und forderte maßgeblichen Einfluss in Palästina. Trump kündigte u. a. das Klimaabkommen und löste die USAID (Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung) auf. Er führt sich weltweit als ein extrem narzisstischer, kapitalistischer, von milliardenschweren Oligarchen umgebener ideologisch verdächtiger „Dealmaker“ und lügnerischer Politiker. Zu befürchten ist eine Zerstörung der US-amerikanischen Demokratie. Welche Folgen der Präsident bis zum voraussichtlichen Ende seiner zweiten Amtszeit 2029 zu verantworten haben wird, das können sich die demokratisch gesinnten Menschen in den USA, Europa und weltweit gegenwärtig nur mit drängender Besorgnis fragen. Die Entwicklung der USA, von Russland, China und Europa lässt große geopolitische Probleme erahnen.

¹⁴ Materialien und Impulse für solche „neue Entspannungspolitik“ finden sich unter anderem auf der Website der „Initiative Neue Entspannungspolitik JETZT“ (<https://neue-entspannungspolitik.berlin/>)

5. WAS WAREN DIE THEOLOGISCHEN
UND FRIEDENSETHISCHEN AUSGANGSPOSITIONEN?
WAS GILT HEUTE? WAS HABEN WIR GELERNT?

Die Fragen von Schuld und Vergebung waren zentrale theologische und friedensethische Themen der Kampagne Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion. Eingangs meines Versuches zu einer Evaluierung (1. Abschnitt) zitierte ich Werner Krusches Erinnerung an die „besondere deutsche Schuld“. Das betrifft die schuldhafte Verstrickung der einzelnen Täter und Verantwortlichen sowie die in der Gemeinschaft ihrer Kirche (AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE u.a.m. (Hg.): Werner KRUSCHE 1985: 5). Beides ist Gegenstand der folgenden Überlegungen. Beides betrifft mich persönlich.

Wir Deutschen müssen uns ehrlicherwise eingestehen: „Ein Fühlen der wirklichen Schuld im Sinne des Erinnerns und Vergewärtigens hat es in Westdeutschland fast nicht gegeben, weder gegenüber den Juden noch gegenüber den Völkern der Sowjetunion“ (Sophinette BECKER: 1989: 358). Nicolai Portugalow, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, vermisste einen „Kniefall“ „aus der deutschen Seele heraus“ gegenüber der UdSSR. Damit habe Willy Brandt „in der Sturm- und Drangperiode in der Ostpolitik“ (Nicolai PORTUGALOW 1989: 415) 1970 vor dem Ehrenmal des jüdischen Ghettos in Warschau ein Zeugnis abgelegt.

Werner Krusche stellt unser alltägliches Verständnis von Schuld in Frage. Er hält theologisch nichts davon, Schuld auf die „allgemeine menschliche Schuldhaftigkeit“ zu reduzieren. „Schuld wird nur da wirklich erkannt, wo sie christologisch begriffen ist. Wirkliche Schuldanerkennung ist nur da zu gewinnen und auszuhalten, wo der verkündigt, geglaubt und angerufen wird, der in die Solidarität der Schuld eingetreten ist und die Schuld der Welt vollständig und bedingungslos auf sich genommen und sie so aus der Welt geschafft hat“. „Schuld anerkennung gibt es nur auf Grund der Gnade Christi.“ Das gilt für den einzelnen peccator (Sünder) und „die Gemeinschaft der peccatores“ in den Kirchen (vgl. AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE u.a. (Hg.): Werner KRUSCHE 1985: 7), meiner Einschätzung nach auch allgemein politisch in der mit ihr systemisch verbundenen Gesellschaft.

Der Rat der Evangelischen Kirche bekannte den Vertretern des

Ökumenischen Rates der Kirchen unter dem Eindruck der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges am 18./10. Oktober 1945 im Stuttgarter Schuldbekennnis: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden ... Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet und nicht brennender geliebt haben.“ Martin Niemöller, einer der Autoren des Stuttgarter Schuldbekennnisses, urteilte zwölf Jahre später, es habe „keine konstitutive, sondern lediglich eine deklamatorische Bedeutung gehabt“ (vgl. AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE u.a. (Hg.): Werner KRUSCHE 1985: 8f). Die eigene geschichtlich-politische Schuld der Deutschen wurde in Nachkriegsdeutschland im aufkommenden Ost-West-Gegensatz auf die „Schuld der anderen“ (der alliierten Staaten, Helmut Thielecke) abgewälzt und aufgerechnet, ausgeblendet und auch kirchlich individuell „privatisiert“ und „entpolitisiert“.

Das lud den Ost-West-Gegensatz politisch auf: Nationalsozialismus und Kommunismus wurden folglich in gleicher Weise als „totalitäre Systeme“ (Totalitarismustheorie) gewertet. Der kirchlich und gesellschaftlich schlummernde Antikommunismus erwachte. Der „gottlose und menschenfeindliche Kommunismus“ (vgl. AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE u. a. (Hg.): Werner KRUSCHE 1985: 17) „musste mit der westlichen Politik bekämpft werden“. Die Verbrechen in Auschwitz verloren ihre leitende Bedeutung. Dem entgegen forderte das Stuttgarter Schuldbekennnis – gegen die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus – die „Umkehr“ gegen die Feindschaft, Hass und Vernichtung anderer Völker und Menschen. Erst das „Darmstädter Wort“ des Bruderrates der EKD vom 8. August 1947 präziserte das „schuldhafte Versagen der Kirche mit dem Geständnis „Wir sind in die Irre gegangen“ in vier Aspekten (Traum der besonderen weltgeschichtlichen Sendung, Bündnis der Kirche mit den das Alte konservierenden Mächten, weltanschauliche Frontenbildung: Kampf des Guten gegen das Böse, Blindheit gegenüber der marxistischen Frage nach der Verantwortung zum Zusammenleben der Menschen im Diesseits). Der Rat der EKD übernahm das Darmstädter Wort aber nicht, weil es die Kirche ‚politisierte‘ (vgl. AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE u.a. (Hg.): Werner KRUSCHE 1985: 10-18; Joachim PEREL 1997: 37- 39; Erhard EPPLER 1996: 27- 31 und Erhard EPPLER 1989: 508-521).

Theologisch leuchtete die Ökumenische Versammlung Dresden – Magdeburg – Dresden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1989) (BEK) die „Umkehr in den Schalom“ aus und bestätigte gleichzeitig das „Darmstädter Wort“ (1947): „Wir bekennen, dass wir in unserer eigenen Geschichte den Kriegen, denen wir im Namen des Evangeliums des Friedens und auch von den Maßstäben der Lehre vom gerechten Krieg her wehren müssen, nicht mit der gebotenen Konsequenz widerstanden haben. Stattdessen haben wir uns tief in Militarismus, Nationalismus, die Legitimation von Krieg und Gewalt und das Freund-Feind-Denken verstrickt ..., haben wir nicht nur unsere Schuldgemeinschaft, sondern auch die konkrete unterschiedliche Schuld des einzelnen ... vor Augen. ... Nur das Eingeständnis eigener Schuld vor Gott ermöglicht Umkehr, nur das Bekenntnis der Schuld vor den Opfern der Gewalt ... eröffnet den Weg der Versöhnung, nur die Erkenntnis der Irrwege schließt die Zukunft auf.“ (KIRCHENAMT DER EKD 1991: 26f.) „Die Umkehr führt ... prophetisch in die Zukunft. Umkehr führt so aus plattem Fortschrittsoptimismus ... ebenso heraus wie aus lähmender Zukunftsangst.“ (KIRCHENAMT DER EKD 1991: 26f.)

Kann die Kirche auch Schuld auf sich laden, wenn sie im Zeitalter der atomaren Massenvernichtungsmitteln die Verwendung von Atomwaffen und die atomare Abschreckung als „noch für vertretbar“ erklärt? Das fragte Werner Krusche drei Jahre nach der Denkschrift von 1981 in seinem Kieler Vortrag 1984 über „*Schuld und Vergebung*“ (vgl. AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE u.a. (Hg.): Werner KRUSCHE 1985: 22; vgl. auch KIRCHENAMT DER EKD (Hg) 1989: 58ff.). Die deutsche Schuld an den Völkern der Sowjetunion führt also auch zu den aktuellen Problemen der Atomwaffen. Die theologischen und friedensethischen Positionen in den deutschen evangelischen Kirchen waren vom Anfang an bis heute umstritten. Im Zentrum der Argumentation stand das politische und militärische System der atomaren Abschreckung, welches die Friedensbewegungen in der Bundesrepublik und in der DDR strikt ablehnten: „Wir erteilen Geist, Logik und Praxis der auf Massenvernichtungsmitteln gegründeten Abschreckung eine Absage. Eine wirkliche Friedensordnung, die die Sicherheitsinteressen der Völker und Staaten und Staatengemeinschaften gewährleistet, muss auf das untaugliche und unverantwortbare Mittel von Massenvernichtungswaffen

endgültig verzichten.“ (KIRCHENAMT DER EKD (Hg.) 1989: 59)

Das widersprach deutlich der theologischen und friedensethischen Position der westdeutschen EKD. Diese hatte im Jahre 2001 auf ihre Friedensdenkschrift von 1981 verwiesen, die „auch die Nuklearwaffen in die Aufgabe der Entwicklung einer internationalen Friedensordnung im Sinne einer für Christen ‚noch möglichen Handlungsweise‘ einband“ (KIRCHENAMT DER EKD (Hg.) 2001: 12f.). Die Differenz, mit der die Position des BEK der Position der EKD für das vereinigte Deutschland nachgeordnet wurde, war das Argument eines „situationsbedingten Dilemmas“: „Heute kann und muss darum in der evangelischen Kirche die Verständigung darüber möglich sein, dass eine am Vorrang der politischen Friedensaufgabe orientierte Position, die die Existenz der nuklearen Abschreckung als Mittel auf dem Wege akzeptierte, und eine Position der Absage an die nukleare Abschreckung sich nicht überhaupt als unversöhnliche Gegensätze ausschließen, sondern – durchaus situationsbedingt – Ausdruck des Dilemmas waren, in das wir durch die militärische Ausgestaltung der Ost-West-Konfrontation gestellt waren.“¹⁵ So gingen die Gliedkirchen der EKD und die Kirchen des Bunds Evangelischer Kirchen in der DDR (BEK) getrennte Wege. Der Versuch von Helmut Domke, Joachim Garstecki und Hans Miseswitz, früher maßgeblichen Vertretern des BEK und mit breiter Unterstützung aus West- und Ostdeutschland, durch den kirchlichen Aufruf vom 1. Februar 2021 „*Ein Nein ohne jedes Ja zur atomaren Abschreckung*“ eine Wende der EKD-Position zu erreichen, fand kein Gehör mehr.¹⁶

6. EXKURS ZUR HISTORIE DER ABSCHRECKUNG

Es begann zur Zeit des Kalten Krieges mit den Heidelberger Thesen (1959) zu den Atomwaffen. These VIII der Denkschrift von 1959 lautete: „Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als

¹⁵ <https://nein-zur-atomaren-abschreckung.de/> KIRCHENAMT DER EKD (Hrsg.): Schritte auf dem Weg des Friedens, a.a.O., S. 13.

¹⁶ <https://neue-entspannungspolitik.berlin/aufruf-an-die-kirchen-atomwaffen-verbot-erfordert-nein-zur-atomaren-abschreckung/> (Aufruf 13.04.2025).

eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen“ (KIRCHENKANZLEI DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND (Hg.) 1982: 83). Die EKD-Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ (1981) bestätigte diese Aussage unter der Voraussetzung, dass „alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung auszubauen und wirksame Schritte zur Senkung des Rüstungsniveaus zu unternehmen“ (KIRCHENKANZLEI DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND (Hg.) 1982: 58). Im Zuge der Debatte um das Leitbild des „gerechten Friedens“ in Ablösung der „Lehre vom gerechten Krieg“ revidierte der Rat der EKD in seiner Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007) die ethische Bewertung der Atomwaffen: „Die Tauglichkeit der Strategie der nuklearen Abschreckung ist jedoch in der Gegenwart überhaupt fraglich geworden. Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden“ (RAT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND (Hg.) 2007: 103). Die Denkschrift macht die Anwendung einer „rechtserhaltenden (militärischen) Gewalt“ stattdessen von der Beachtung von Prüfkriterien einschließlich des „äußersten Mittels“ (ultima ratio) abhängig (RAT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND (Hg.) 2007: 68ff.).

Die Kundgebung der Synode der EKD 2019 *„Schritte auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“* in Dresden forderte nur noch die „völkerrechtliche Ächtung und das Verbot der Atomwaffen“, beließ es aber bei der Abschreckung wie 1981 geschrieben. Das „noch“ der Heidelberger Thesen von 1959 gilt also weiterhin (vgl. Ines-Jacqueline WERKNER 2019: 153; Erich VAD 2024: 38).¹⁷ Die Friedensbewegung mischt sich indes weiterhin in die öffentliche Diskussion mit Demonstrationen, Konferenzen und Aufrufen zu Abrüstung, Gerechtigkeit und Klimaschutz ein. Das Motto *„Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“* ist weit verbreitet.

Zu nennen sind u. a. das internationale ökumenische friedenskirchliche Netzwerk „Church and Peace“. Es ruft angesichts aktu-

¹⁷ Zur Debatte um die Figur der „rechtserhaltende Gewalt“ hat Renke Brahms vorgeschlagen, diese um eine „rechtserzwingende Gewalt“ zu erweitern (BRAHMS 2023: 149f.); zu empfehlen sind die Aufsätze in dem Band von Klara BUTTING und Gerard MINNAARD (Hg.) 2024.

eller Entwicklungen zu klarer Orientierung an Gerechtigkeit und Frieden auf. Ein „dauerhafter und gerechter Frieden setzt die Achtung von Rechtsstaatlichkeit, internationalem Recht und den Einsatz für Klimagerechtigkeit voraus“.¹⁸ „Ohne Rüstung Leben“ hat gemeinsam mit mehr als 45 Organisationen eine neue Kampagne „*Friedensfähig statt Erstschlagsfähig*“ gegen neue Mittelstreckenwaffen in Europa begonnen.¹⁹

7. FAZIT

1. Die Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion ist bisher nur ansatzweise unter den sicherheits- und friedenspolitischen Bedingungen der Entspannungspolitik gelungen, in Belarus z. B. durch die Projekte der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte (IBB) in Minsk und Trostenez und in Russland durch die Städtepartnerschaft Pskow – Neuss (bis 2022). Die Versöhnung mit Polen gelang bezüglich der Grenzen durch den „Zwei und Vier-Vertrag“ der vier Siegermächte, der BRD und der DDR (1990).
2. Wegen der gegenwärtigen Zerrüttung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Russland ist ein Neuanfang nur dann denkbar, wenn nach einer „Umkehr“ und langwierigen friedensbildenden Bemühungen die festen Feindbilder überwunden sind.
3. Dazu bedarf es der theologischen und gesellschaftspolitischen Arbeit der Kirchen, der Zivilgesellschaft und der Bemühungen der Regierungen.

13. April 2025

¹⁸ <https://www.church-and-peace.org/2025/03/church-and-peace-ruft-angesichts-aktueller-entwicklungen-zu-klarer-orientierung-an-gerechtigkeit-und-frieden-auf/> (Aufruf 11.04.2025).

¹⁹ OHNE RÜSTUNG LEBEN, „Informationen“ Nr. 191/2025-1, Stuttgart.

ZUM GEDENKEN AN DIETRICH BONHOEFFER

*„Von guten Mächten wunderbar geborgen
erwarten wir getrost, was kommen mag.
Gott ist bei uns am Abend und am Morgen
und ganz gewiss an jedem neuen Tag.*

*Noch will das alte unsre Herzen quälen,
noch drückt uns böser Tage schwere Last.
Ach Herr, gib unsern aufgeschreckten Seelen
das Heil, für das du uns geschaffen hast.*

*Und reichst du uns den schweren Kelch, den bitteren
des Leids, gefüllt bis an den höchsten Rand,
so nehmen wir ihn dankbar ohne Zittern
aus deiner guten und geliebten Hand.*

*Doch willst du uns noch einmal Freude schenken
an dieser Welt und ihrer Sonne Glanz,
dann wolln wir des Vergangenen gedenken,
und dann gehört dir unser Leben ganz.*

*Lass warm und hell die Kerzen heute flammen,
die du in unsre Dunkelheit gebracht,
führ, wenn es sein kann, wieder uns zusammen.
Wir wissen es, dein Licht scheint in der Nacht.*

*Wenn sich die Stille nun tief um uns breitet,
so lass uns hören jenen vollen Klang der Welt,
die unsichtbar sich um uns weitet,
all deiner Kinder hohen Lobgesang.“²⁰*

Dietrich Bonhoeffer wurde am 9. April 1945
als persönlicher Gefangener Hitlers im
KZ Flossenbürg gehängt.

²⁰ Aus einem Brief vom 19.12.1944 aus dem Gefängnis an seine Verlobte und Familie. (EG Nr. 652).

LITERATUR

- AGDF (Hg.) 1990: Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion, Bonn.
- AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE u.a.m. (Hg.) 1985: Werner Krusche: Schuld und Vergebung. Der Grund christlichen Friedenshandelns, Berlin.
- ARBEITSGEMEINSCHAFTEN SOLIDARISCHE KIRCHE WESTFALEN UND LIPPE u.a. 1987: Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion. Eine Thesenreihe, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn.
- BECKER, Sophinette 1989: Der Umgang der Deutschen in der Bundesrepublik mit Krieg und Verbrechen in der Sowjetunion, in: Dietrich Goldschmidt (Hg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.
- BRAHMS, Renke 2023: Allein der Frieden. Friedenstheologische und friedenethische Perspektiven, Leipzig.
- BRANDT, Willy 2009: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982 – 1992, Dietz (Bonn).
- BUTTING, Klara / MINNAARD, Gerard (Hg.) 2024: Der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft. Biblische Grundlagen, Uelzen, Erev-Rav.
- DIEDRICH, Hans-Christian 1989: Eine Geschichte voller Widersprüche. „Russen“ und Deutsche vom Mittelalter bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Goldschmidt, Dietrich (Hrsg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.
- EPPLER, Erhard 1989: Die Totalitarismustheorie und ihre Wirkung auf unser Verhältnis zur Sowjetunion. In: Dietrich Goldschmidt (Hg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.
- EPPLER, Erhard 1996: Komplettes Stückwerk. Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik. Insel-Verlag, Berlin.
- EVANGELISCHE AKADEMIE BADEN 1987: Konsultation der landeskirchlichen Friedensausschüsse und der christlichen Friedensdienste in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Baden 17.-19. März 1987: Friede mit der Sowjetunion. Beiträge zur Aussöhnung, Herrenalber Protokolle 43.
- FREY, Ulrich 1989: Weshalb eine bundesdeutsch-sowjetische Friedenswoche? In: Rundbrief Koordinationsausschuss der Friedensbewegung, Sonderausgabe „Das Denken modernisieren, Frieden gemeinsam schaffen“, Ordner AGDF I 1966 – 1993, 1989/2.
- GOLDSCHMIDT, Dietrich (Hg.) 1989: Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.
- GREBING, Helga u.a. 2009: Einleitung. In: Willy Brandt: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982 – 1992, Dietz (Bonn).
- HAUSWEDELL, Corinna 1997: Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und friedenwissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Nomos, Baden-Baden.
- HELLBECK, Jochen 2025: Ein Krieg wie kein anderer. Der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Eine Revision, S. Fischer, Frankfurt/M.

- KIRCHENAMT DER EKD (Hg.) 1991: Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Dresden – Magdeburg – Dresden, Texte 38, Hannover.
- KIRCHENAMT DER EKD (Hg.) 2001: Schritte auf dem Weg des Friedens. Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik. Ein Beitrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 3. um eine Aktualisierung ergänzte Auflage, Hannover.
- KIRCHENKANZLEI DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND (Hg.) 1982: Frieden wahren, fördern und erneuern. Gütersloh.
- MARTIN-NIEMÖLLER-STIFTUNG (Hg.) 2002: Die Arbeit der Martin-Niemöller-Stiftung. „Streiten für den Menschen“, Wiesbaden, S. 18-30.
- MÜLLER, Rolf-Dieter 1989: Von Brest-Litowsk bis um „Unternehmen Barbarossa“. In: Goldschmidt, Dietrich (Hrsg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.
- NEITZEL, Sönke 2020: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Propyläen, Berlin.
- PERELS, Joachim 1997: Der Bruch mit der blinden Treue zur Obrigkeit. Wir haben ... die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen. In: Martin-Niemöller-Stiftung e.V. u.a. (Hg.): Irrwege verlassen. 50 Jahre nach dem Darmstädter Wort. Dokumentation der Tagung vom 10.-12. Oktober 1997 in Berlin-Dahlem, Wiesbaden.
- PORTUGALOW, Nicolai 1989: Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion. In: Goldschmidt, Dietrich (Hg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.
- RAT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND (Hg.) 2007: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, Gütersloh.
- RUDOLF, Peter / NIEDHART, Gottfried 2015: Entspannung / Entspannungspolitik. In: Nohlen, Dieter / Grotz, Florian (Hg.): Kleines Lexikon der Politik, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- STREIT, Christian 1989: Sowjetische Kriegsgefangene – Massendeportationen – Zwangsarbeiter, in: Dietrich Goldschmidt (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, GTB-Sachbuch.
- VAD, Erich 2024: Ernstfall Deutschland. Ein Handbuch gegen den Krieg, Westend.
- WERKNER, Ines-Jacqueline 2019: Neue friedensethische Herausforderungen. In: Kirchenamt der EKD: Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens. Ein friedens theologisches Lesebuch, Leipzig.
- WETTE, Wolfram 1989: Der Krieg des Deutschen Reiches gegen die Sowjetunion. In: Goldschmidt, Dietrich (Hg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.
- WETTE, Wolfram 2002: Die Wehrmacht. Feindbilder Vernichtungskrieg Legenden, Büchergilde Gutenberg.

Wolfram Wette

Frieden mit Russland – eine immer noch unerledigte Aufgabe

Kontinuitäten und Brüche in den
deutsch-russischen Beziehungen 1941-2025

Vortrag auf der Heidelberger Friedenskonferenz am 22. Juni 2025,
veranstaltet von pax christi Heidelberg
und befreundeten Organisationen

1. EINLEITUNG: ERINNERUNG

AN EIN HEIDELBERGER FRIEDENSMEMORANDUM VON 1989

„Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe“ heißt der Titel eines Buches, das hier in Heidelberg – an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) – Ende der 1980er-Jahre, also vor fast vier Jahrzehnten, erarbeitet wurde. Zu den Herausgebern zählten unter anderem Erhard Eppler, Dietrich Goldschmidt, Wolfgang Huber und Klaus von Schubert. An dem umfangreichen Band beteiligten sich 31 Autorinnen und Autoren mit ihrer fachkundigen Expertise. Sie beschäftigten sich mit der politischen Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, mit der Haltung der Christen und der Kirchen zu diesen Beziehungen, mit dem deutsch-sowjetischen Krieg 1941-1945, mit der Verarbeitung der Kriegserlebnisse in den beiden Ländern sowie mit der Rolle der antibolschewistischen bzw. antikommunistischen Ideologie.

Abschließende Abhandlungen dieses Buches beschäftigen sich mit der Vision von „Gemeinsamer Sicherheit und friedlicher Existenz“, die damals in Russland wie in Deutschland (Ost und West) als ein großes Zukunftsversprechen Anklang fand. Das Gemeinschaftswerk erschien 1989 im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn. Vier Jahre zuvor hatte der große Reformator Michael Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU in Moskau das politische Steuer übernom-

men. Er begrüßte die Ost- und Entspannungspolitik der deutschen Bundesregierung sowie die politische Arbeit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) (1973-1995).¹

An dieses Werk über Frieden mit der Sowjetunion als einer „*unerledigten Aufgabe*“, das 1989 veröffentlicht wurde, möchte ich heute, 83 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, erinnern und anknüpfen. Der leicht abgewandelte Titel meines Vortrages lautet: „*Frieden mit Russland – eine immer noch unerledigte Aufgabe*“. Wie damals, so möchte ich auch heute zunächst auf den deutsch-sowjetischen Krieg 1941-1945 eingehen, der für die Beziehungen beider Länder noch immer von großer Bedeutung ist.

2. HITLER-DEUTSCHLANDS KRIEG GEGEN DIE SOWJETUNION 1941-44

Schon bald nach der Machtübertragung auf Hitler im Januar 1933 forcierte die Nazi-Regierung die geheime Aufrüstung der Reichswehr, die 1935 den Namen Wehrmacht erhielt. Begleitet wurde die Aufrüstung von einer mehrjährigen NS-Friedenspropaganda, die nichts anderes darstellte als eine systematische Irreführung der nationalen und internationalen Öffentlichkeit. Im Kern ging es darum, die Kriegsvorbereitungen der NS-Regierung zu verschleiern. Mit dem damit erneut eingeschlagenen Kriegskurs wurde die militaristische und kriegerische Traditionslinie der preußisch-deutschen Politik wieder aufgenommen. Gleichzeitig erfuhr sie eine Ausweitung in neue geopolitische und rassenideologische Dimensionen.

Vordergründig propagierte die Nazi-Regierung in den 1930er-Jahren die Revision des Versailler Friedensvertrages. Tatsächlich verfolgten Hitler und seine Gefolgschaft jedoch viel weitergehende Ziele, nämlich *erstens* die Eroberung von Lebensraum im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung, und *zweitens* die Vernichtung des europäischen Judentums im Zuge des großen Lebensraum-Krieges.

Im Kontext dieser Ziele geriet die Sowjetunion ins Zentrum der

¹ Siehe: de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_%C3%BCber_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa

deutschen Kriegspolitik. Diese folgte einem rassenideologischen Leitmotiv, das von vorneherein alle völkerrechtlichen Grenzen sprengte, nämlich dem Gedanken der *Vernichtung*. Es hat lange gedauert, bis das Wissen über den besonderen Charakter des – in Deutschland so genannten – „*Russland-Krieges*“ in der deutschen Nachkriegsbevölkerung ankam. Einen maßgeblichen Beitrag zur historischen Aufklärung leistete zunächst das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg und hernach die Ausstellungen „*Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945*“, die im Hamburger Institut für Sozialforschung erarbeitet und in den Jahren 1995-2005 gezeigt wurden. Erst jetzt erfuhren Millionen von Menschen in Deutschland von den erschreckenden, aber bislang verschwiegenen Wahrheiten über den deutschen Krieg gegen die Sowjetunion.

Ich rekapituliere in aller Kürze die wichtigsten Erkenntnisse über den sogenannten *Russlandkrieg*: Es handelte sich um einen von langer Hand geplanten deutschen Überfall, also um einen eindeutigen Aggressionskrieg.² Dem Überfall folgte ein mehrjähriger Krieg auf dem Territorium der Sowjetunion. Völlig zu Recht ist dieser Gewaltkonflikt als ein „*Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg*“ charakterisiert worden.³ Seiner Intensität nach bildete er das eigentliche Zentrum des Zweiten Weltkrieges. Schon aus diesem Grund ist es gerechtfertigt, ihn heute, am 84. Jahrestag des 22. Juni 1941, ins Zentrum unserer Betrachtungen zu stellen.

Die Propagandisten des NS-Staates versuchten den deutschen Überfall mit einer altbekannten Kriegslüge zu verschleiern. Sie behaupteten, mit dem deutschen Angriff sei man lediglich einem geplanten Krieg Sowjetrusslands gegen Deutschland zuvorgekommen. Das war die sogenannte Präventivkriegs-Lüge.⁴ Sie verfolgte

² „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente. Hrsg. von Wolfram WETTE u. Gerd R. ÜBERSCHÄR. Paderborn (Schöningh) 1984 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart); Taschenbuchausgaben Frankfurt/M. (Fischer) 1991 ff.

³ Zuerst von Ernst Nolte.

⁴ Gerd R. ÜBERSCHÄR/Lev A. BEZYMENSKIJ (Hrsg.): Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese. Darmstadt 2. Aufl. 2011; Bianka PIETROW-ENNKER (Hrsg.): Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion. Frankfurt/M. 2000 u. ö.

primär das Ziel, den Überfall vor der Bevölkerung des eigenen Landes zu legitimieren. Obwohl von der historischen Forschung längst widerlegt, geisterte die Präventivkriegslüge in der Zeit des Kalten Krieges noch immer in manchen unbelehrbaren Köpfen herum. In einigen tut sie es womöglich bis heute.

In Anspielung auf den Hitler-Stalin-Pakt von 1939, der im In- und Ausland zu so vielen Irritationen geführt hatte, zeigte sich der Reichspropagandaminister Joseph Goebbels am Tage der Kriegserklärung an die Sowjetunion zufrieden: „*Es bereitet jedem alten Nazi eine tiefe Genugtuung*“, notierte er, „*dass wir das noch erleben. Das Zusammengehen mit Russland war eigentlich ein Flecken auf unserem Ehrenschild. Der wird nun abgewaschen. Wogegen wir unser ganzes Leben gekämpft haben, das vernichten wir nun auch.*“⁵ Also: Nicht nur bekämpfen, sondern „*vernichten*“. Hinter den Wolken der Propaganda blitzte die mörderische Wahrheit auf.

Die Bilanz dieses Krieges ist furchtbar. Wahrscheinlich wird sie gerade deswegen bis heute vielfach verdrängt. Auf der deutschen Seite forderte der Krieg mehr als 3 Millionen Menschenleben – nämlich die von Soldaten der Wehrmacht. Auf sowjetischer Seite wurden gar 27 Millionen Menschen getötet. Ihr Leben verloren etwa 9 Millionen Soldaten der Roten Armee, darunter etwa 3,5 Millionen russische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam, sowie etwa 12 Millionen Zivilisten, unter diesen etwa 3 Millionen Juden (in den Sowjetrepubliken Weißrussland, der Ukraine und Russland), mehr als 2 Millionen in Deutschland eingesetzte Zwangsarbeiter und mehr als 1 Million Hungertote infolge der Belagerung von Leningrad durch die deutsche Wehrmacht. Die genannten Zahlen sind, bedingt durch die Quellenlage, ungenau und umstritten, werden aber gleichwohl von den meisten Historikern inner- und außerhalb Russlands akzeptiert.⁶

Man muss versuchen, sich die Wirkungen dieses rassenideologisch motivierten Krieges klarzumachen: In der Sowjetunion gab es kaum eine Familie, die keinen Toten zu beklagen hatte. Anders als bei uns, wo dieser Krieg nach 1945 weithin verdrängt und vergessen

⁵ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke FRÖHLICH, Bd. 4, München, New York 1987, Eintrag vom 16.6.1941, S. 650.

⁶ Siehe den Wikipedia-Eintrag: *Opfer der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg*.

wurde, erinnert sich in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion noch heute jede Familie an ihn. Die Sowjetunion führte einen Verteidigungskrieg, von Stalin zum „Großen Vaterländischen Krieg“ erklärt. Die Rote Armee eroberte schließlich Berlin. Wer die Chronologie beachtet, kommt an der ernüchternden Erkenntnis nicht vorbei: Es war Deutschland, das durch den Überfall auf die Sowjetunion die Rote Armee an die Elbe gebracht hat!

3. „JÜDISCHER BOLSCHEWISMUS – DAS RASSENIDEOLOGISCHE RUSSLAND-FEINDBILD

Seit dem Beginn des Russlandkrieges hämmerte die Nazi-Propaganda den Deutschen und ihren europäischen Verbündeten das Feindbild „jüdischer Bolschewismus“ ein. Was hatte es mit diesem Feindbild auf sich? Wie kam es zustande? In Nazi-Kreisen wurde behauptet, der unterschiedliche Entwicklungsgrad Deutschlands und Russlands lasse sich rassenbiologisch erklären: Die höherwertige germanische Rasse, hieß es, stehe der minderwertigen slawischen gegenüber. Hitler selbst glaubte, Slawen seien generell zur Staatsbildung unfähig und würden daher von anderen beherrscht. So habe der „jüdische Bolschewismus“ in der Revolution von 1917 in Russland seine Fremdherrschaft errichtet.⁷ Hitler behauptete, die Träger des bolschewistischen Systems der Sowjetunion seien großenteils Juden, woraus sich für ihn ergab, dass sich der deutsche Vernichtungskrieg gegen Juden und Bolschewisten richten müsste.

Diese Vorstellungen sollten dann auch Eingang in die Befehle an die deutschen Waffenträger finden. Aufschlussreich ist es, zur Kenntnis zu nehmen, mit welcher Diktion die Strategie und Propaganda des Vernichtungskrieges damals den einfachen Wehrmachtssoldaten nahegebracht wurde. In einem Mitteilungsblatt der Wehrmachtpropaganda vom Juni 1941 stehen die folgenden ungeheuerlichen Sätze. Ich zitiere: „*Es geht darum, das rote Untermenschentum, welches in den Moskauer Machthabern verkörpert ist, auszulöschen. Das deutsche Volk steht vor der größten Aufgabe seiner Geschichte. Die Welt*

⁷ Wolfram WETTE: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden. Frankfurt/M. 2002, S. 26.

wird erleben, dass diese Aufgabe restlos gelöst wird.“⁸ Diese extrem menschenfeindliche Botschaft wurde befehlsgemäß allen „Soldaten der Ostfront“ verlesen. Nach dem Kriege wollte sich dann kaum mehr jemand an diese Indoktrination erinnern.

Wir Deutschen von heute sollten uns der Mühe unterziehen, uns in die Mentalität und das Erfahrungswissen der Menschen im post-sowjetischen Russland unserer Tage hineinzudenken und zu versuchen, ihre Sicherheitsbedürfnisse zu verstehen. Dabei kann es hilfreich sein, an den Russlandfeldzug Napoleons von 1812 zu erinnern, an den Ersten Weltkrieg, der zumeist auf russischem Territorium ausgefochten wurde, und der – was Russland angeht – mit dem brutalen, von den Deutschen erzwungenen Diktatfrieden von Brest-Litowsk vom März 1918 sein Ende fand –, und natürlich, wie geschehen, an den deutsch-sowjetischen Krieg von 1941-1945.

4. DIE RUSSEN KOMMEN!“ – EIN DEUTSCHES NACHKRIEGSTRAUMA

Das Feindbild „*jüdischer Bolschewismus*“ verschwand mit dem Kriegsende 1945 nicht einfach aus der Vorstellungswelt der Deutschen. Vielmehr konnte es in neuem Gewande alsbald wieder aufstehen. Der von den Nazis rassistisch definierte Begriff „*jüdisch*“ entfiel, und statt vom „*Bolschewismus*“ redete man jetzt von „*Kommunismus*“. Der Feind blieb der Gleiche: Die Sowjetunion – und ihre angeblichen Handlanger im Inneren des eigenen Landes, die man als „*Fünfte Kolonne Moskaus*“ denunzierte. Im Hinblick auf die Verwendung des traditionsbelasteten Feindbildes gab es also keine „*Stunde Null*“, sondern vielmehr eine wirkmächtige Kontinuität.

Das alte antibolschewistische bzw. antikommunistische Zerrbild⁹ führte zu einer neuerlichen Vergiftung der internationalen Beziehungen. Feinddenken versperrte einmal mehr den analytischen Blick auf das nationale Interesse und das Sicherheitsbedürfnis der

⁸ Mitteilungen für die Truppe, hrsg. vom Oberkommando der Wehrmacht/WFSt/WPr (Ile), Nr. 112, Juni 1941. Bibliothek des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg, heute: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften, Potsdam.

⁹ Bernd STÖVER: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991. München 2007, S. 68 f.

Sowjetunion. Tatsächlich wollte sich das Land nicht erneuten deutschen oder westlichen Angriffen ausgesetzt sehen. Die Politik Moskaus konnte durchaus als defensiv verstanden werden.¹⁰ Allerdings zeigte die sowjetische Führung immer wieder, dass sie ihren Herrschaftsbereich auch gewaltsam zu sichern gedachte. Ich erinnere an die Gewaltaktionen in der DDR, in Ungarn und in der Tschechoslowakei. Sie waren Wasser auf die Mühlen der westlichen Propaganda.

In Westdeutschland wurden in den 1950er-Jahren Bedrohungsängste geschürt. Die antikommunistische Propaganda jener Zeit stellte die propagandistische Begleitmusik zum Kalten Krieg dar.¹¹ Aber es steckte mehr hinter der Parole „*Die Russen kommen!*“, nämlich die – kaum je öffentlich geäußerte – Furcht, die angeblich auf Rache sinnenden Russen hätten womöglich die Absicht, den Deutschen das antun, was die Soldaten der Wehrmacht und der SS im Vernichtungskrieg von 1941-1945 den Russen tatsächlich angetan hatten. Also: Sie könnten Gleiches mit Gleichem vergelten. Wir haben es mit dem klassischen Fall einer politischen Projektion zu tun, einer Übertragung des Wissens um die eigenen Untaten auf die vermuteten Absichten des vormaligen Feindes. Diese Erkenntnis hat in der historisch-politischen Literatur bislang noch nicht die nötige Aufmerksamkeit gefunden.

Die propagandistisch erzeugte Russenfurcht diente insoweit auch der Schuldabwehr. So gelang es den Anhängern der Politik der Wiederbewaffnung, in die Rolle des – potentiellen – Opfers einer möglichen sowjetischen Aggression zu schlüpfen. Wir erkennen das tradierte Muster: Die Bösen, das sind die Russen, und wir sind die Bedrohten, die Guten. So hatte es schon die NS-Propaganda von 1941 behauptet.

Betrachtet man die heutige antirussische Propaganda des Westens über die angeblichen kriegerischen Absichten Putin-Russlands, so kann man einige Parallelen zur Kalter-Krieg-Propaganda der 1950er-Jahre entdecken.

¹⁰ So auch das Memorandum „Frieden mit der Sowjetunion“ (wie Anm. 17).

¹¹ Reiner ALBERT / Gottfried NIEDHART: Vom System- zum Machtkonflikt: Die Sowjetunion in der westdeutschen Bedrohungswahrnehmung. In: Arnold Sywottek (Hrsg.), *Der Kalte Krieg – Vorspiel zum Frieden?* Münster u. a. 1994, S. 69-101.

5. OPPOSITION GEGEN DIE „REMILITARISIERUNG“ WESTDEUTSCHLANDS IN DEN 1950ER-JAHREN

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht setzten in machtpolitischer Hinsicht die alliierten Siegermächte die Fakten.¹² Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 beschrieben sie ihre zentralen politischen Ziele. Ich zitiere: *„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen [...] Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“*¹³ Anders als in Versailles 1919 sollte es diesmal an die Wurzeln des Problems gehen.

Parallel zur alliierten Entmilitarisierungspolitik – aber keineswegs in deren Schlepptau – breitete sich in Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren eine eigenständige Antikriegsstimmung aus. Sie ging über die traditionsreiche *„Nie wieder Krieg!“*-Forderung hinaus und richtete sich radikaler gegen alles Militärische.¹⁴ In der Öffentlichkeit wurde jetzt die Parole *„Nie wieder deutsche Soldaten!“* verbreitet. Sie fand beträchtliches Gehör. Der frankophile sozialdemokratische Politiker Carlo Schmid (SPD) rief 1946 aus: *„Wir wollen unsere Söhne nie mehr in die Kasernen schicken!“* Und der CSU-Politiker und spätere Bundesminister für Verteidigung, Franz-Josef Strauß, machte 1947 mit dem markigen Spruch auf sich aufmerksam: *„Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen!“*¹⁵

¹² Siehe Wolfram WETTE: *Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur.* Frankfurt/M. (Fischer) 2011, Kap. Nachkriegsdebatten 1945-1955, S. 21-22.

¹³ Vgl. das „Abkommen von Potsdam“ vom 2. August 1945, unterzeichnet von Stalin, Truman und Attlee. – Text in: DEUERLEIN, *Potsdam 1945* (1963), S. 353.

¹⁴ Vgl. Wolfram WETTE: *Militärpolitik in Deutschland nach dem 8. Mai 1945.* In: *Geschichte, Politik und ihre Didaktik*, 24. Jg. 1996, S. 11; siehe auch Detlef BALD: *Von der Wehrmacht zur Bundeswehr. Kontinuität und Neubeginn.* In: Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hrsg.), *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem.* Stuttgart 1983, S. 387.

¹⁵ Beide Zitate nach Dieter GEBHARDT: *Militär und Krieg im Geschichtsunterricht nach 1945.* In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 2/1990, S. 81-100, hier: S. 82.

1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat eine vorläufige Verfassung, in der Friedensbewahrung und Friedensgestaltung als zentrale Staatsziele festgeschrieben wurden.¹⁶ Das Grundgesetz stellte in mancher Hinsicht das Antiprogramm zu dem extrem gewalttätigen Zeitalter der Weltkriege dar, für das Deutschland eine wesentliche Mitverantwortung trug. In der Kontinuität der „*Nie wieder Krieg!*“-Bewegung der frühen Weimarer Republik opponierte nun eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik aktiv gegen die Wiederbewaffnung, die in ihren Augen eine „*Remilitarisierung*“ darstellte. Die Opposition fand mit ihren Protesten großen Zuspruch in der Gesellschaft der westdeutschen Bundesrepublik. So musste die Regierung Adenauer ihre Politik gegen den Willen dieser Mehrheit durchsetzen.

6. FRIEDEN MIT DER SOWJETUNION – EINE UNERLEDIGTE AUFGABE (1989)

Damit ist das politische Klima beleuchtet, in dem die – eingangs erwähnte – Heidelberger Gruppe von Politikern, Historikern, Theologen und Sozialpsychologen in den ausgehenden 1980er-Jahren ihre Arbeit aufnahm. Uns verband damals die Überzeugung, dass nach Jahren erfolgreicher Entspannungspolitik der konfrontative Konflikt des Kalten Krieges entschärft werden konnte. Wir hofften auf eine Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, auch zwischen Deutschland und Polen. Nach meiner Erinnerung hatten wir seinerzeit das deutliche Gefühl, uns beeilen zu müssen, weil – zumindest nach unserer Beobachtung – die politische Entspannung mit raschen Schritten voranging. Einerseits hofften wir, dass die politische Aufgabe der Organisation eines Friedens mit der Sowjetunion gelingen würde. Andererseits befürchteten wir, mit unserem ambitionierten Beitrag zur politischen Bewusstseinsbildung womöglich zu spät zu kommen, weil die politischen Ereignisse wo-

¹⁶ Dieter S. LUTZ: Krieg und Frieden als Rechtsfrage im Parlamentarischen Rat 1948/49. Baden-Baden 1982.

möglich schneller als wir mit unserer Arbeit zu einer Erledigung dieser großen politischen Aufgabe geführt haben könnten.

Das Herausbergremium verabschiedete seinerzeit ein Memorandum mit dem Titel *„Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe“*. Dort heißt es: *„Fünfzig Jahre, nachdem die Regierung des Deutschen Reiches den Zweiten Weltkrieg entfesselte, ist es an der Zeit, unser Verhältnis zur Sowjetunion, ihren Völkern und Bürgern zu überdenken.“* (S. 11) Jetzt sei Bewegung in die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gekommen – im Sinne der *„Entwicklung zu gemeinsamer Sicherheit“*. Um diesen *„neuen Anfang“* zu unterstützen, müssten die Deutschen – ich zitiere – *„die Last der Schuld der Jahre 1933-1945 [...] gegenüber der Sowjetunion samt ihrer Vorgeschichte und ihrem Nachwirken auf sich nehmen und ein tieferes Verständnis für die Geschichte der Sowjetunion und den gegenwärtigen Umbruch in diesem großen Land gewinnen“* (ebda.).

Weshalb forderte das Memorandum die Bevölkerung unseres Landes auf, eigene Schuld anzuerkennen und Verständnis für die Geschichte der Sowjetunion – einschließlich deren Sicherheitsbedürfnissen – aufzubringen? Die Antwort lautet, dass es in Teilen der Bevölkerung an der Bereitschaft zu eben diesem Verständnis nach 1945 über Jahrzehnte hinweg gefehlt hatte. Die Friedens- und Entspannungspolitik der 1970er-Jahre wurde von einer Bevölkerungsmehrheit des westdeutschen Teilstaates getragen. Aber eine starke Minderheit blieb skeptisch bis ablehnend. Viele verweigerten sich noch immer der Anstrengung, sich in die Vorstellungswelt der Menschen in der Sowjetunion zu versetzen, deren Land vor nicht allzu langer Zeit von einem deutschen Aggressions- und Vernichtungskrieg überzogen worden war. Noch Jahrzehnte später hielten Teile der deutschen Bevölkerung an ihren alten antirussischen Feindbildern fest.

In Russland selbst wurde diese Haltung stets mit großem Befremden wahrgenommen. Das teilte uns damals – 1989 – der russische Deutschland-Kenner und hochrangige sowjetische Politiker Nikolai Portugalow (1928-2008) mit. Die Deutschen, sagte er, hätten eine große, *„nicht-anerkannte und unbereute Schuld“* auf sich geladen. Und weiter: *„Die Ungeheuerlichkeit des Vorgangs, dass gerade die Deutschen unermessliches Leid über unser Land gebracht hatten, ist nicht nur an dem materiellen Schaden zu messen, auch nicht nur an den Toten, den*

*Verkrüppelten, an der Verwüstung, der verbrannten Erde und dergleichen mehr. Der Vorgang, schon der Wille, die Sowjetunion zu vernichten, ist ungeheuerlich. Das hätten wir in unserer Geschichte wohl vielleicht von Tartaren erwartet, im frühen Mittelalter, aber doch nicht von den Deutschen!*¹⁷

Nikolai Portugalow war als Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und als Berater von Parteichef Michail Gorbatschow auf sowjetischer Seite führend an der Wiedervereinigung Deutschlands beteiligt.¹⁸ Er gehörte zu jenen Russen, die trotz des Zweiten Weltkrieges auf eine deutsch-russische Symbiose hofften, und leistete dazu unter anderem mit der Übersetzung von Werken von Bertolt Brecht und Heinrich Böll in die russische Sprache einen eigenen Beitrag. Hat dieser Brückenbau wirklich zur Aussöhnung beigetragen? Noch in den späten 1980er-Jahren gab es hierzulande Warnungen, Russland sei eine Bedrohung für den Frieden. In den Köpfen der Gegner der Befriedung des deutsch-russischen Verhältnisses lebten die alten Feindbilder fort.

Als sich das Ende des Kalten Krieges ankündigte, war die Idee eines „*Friedens mit der Sowjetunion*“ dann jedoch mehr als eine idealisierende Zukunftsmusik. Wie eingangs bereits erwähnt, beeilte sich damals hier in Heidelberg besagte Gruppe von Politikern und Historikern, die jüngere deutsch-russische Geschichte aufzuarbeiten.¹⁹ Die Chancen, im Prozess der Entfeindung voranzukommen, waren seinerzeit insbesondere mit dem Namen des sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow verknüpft.²⁰

Es gab auch Ereignisse, die belegen, dass der Prozess der Verständigung auch in der deutschen Gesellschaft angekommen war:

¹⁷ Nikolai PORTUGALOW: Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion. In: *Frieden mit der Sowjetunion. Eine unerledigte Aufgabe*. Hrsg. von Dietrich Goldschmidt, Sophinette Becker, Erhard Eppler, Wolfgang Huber, Horst Krautter, Hartmut Lenhard, Wolfgang Raupach, Klaus von Schubert und Wolfram Wette. Gütersloh 1989 (= Gütersloher Taschenbücher/ Siebenstern 582) 1989, S. 402-418, hier: S. 405 u. 411; siehe auch das in diesem Band einleitend abgedruckte Memorandum der Herausgeber, S. 11-20.

¹⁸ de.wikipedia.org/wiki/Nikolai_Sergejewitsch_Portugalow

¹⁹ *Frieden mit der Sowjetunion. Eine unerledigte Aufgabe* (wie Anm. 17), mit dem in diesem Band einleitend abgedruckte Memorandum „*Frieden mit der Sowjetunion*“ der Herausgeber, S. 11-20.

²⁰ Memorandum (1989) (ebda.)

Als es im Winter 1990/91, zur Zeit der Präsidentschaft von Boris Jelzin, in Sankt Petersburg und anderen Regionen Russlands zu einer Hungersnot kam, zeigte die deutsche Zivilgesellschaft eine bemerkenswerte Hilfsbereitschaft.²¹ Der Osteuropahistoriker Manfred Hildermeier meint, mit seinen Hilfssendungen habe Deutschland „*seinen Dank für den Fall der Berliner Mauer bezeugen*“ können.²² Es könnte allerdings auch sein, dass dabei die deutsche Erinnerung an den Vernichtungskrieg der Wehrmacht in der früheren Sowjetunion ebenso eine mobilisierende Rolle gespielt hat.

7. GEEINTES DEUTSCHLAND NACH 1989 – EINE PAZIFIZIERTE GESELLSCHAFT

Die Friedens- und Entspannungspolitik der 1970er-Jahre verbesserte nicht nur die deutsch-polnischen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Sie wirkte zugleich auch positiv in die deutsche Gesellschaft hinein. Unter der stets präsenten Drohung eines möglichen Nuklearkrieges entwickelte sich in Deutschland jetzt schrittweise eine Friedenskultur. Sie korrespondierte auf der politischen Ebene mit dem Regelsystem der Europäischen Union, nämlich der Verpflichtung der Staaten auf gewaltfreien Konfliktaustrag im Innenverhältnis der EU.

Eine solche Umkehr vollzog sich, wenngleich in unterschiedlicher Weise, in beiden deutschen Staaten. Zug um Zug bildeten sich pazifizierte Gesellschaften heraus. Die Menschen lernten, dass sich Frieden lohnt, dass Frieden die Voraussetzung für Wohlstand darstellt und dass der Frieden diesen Wohlstand auch zu sichern ver-

²¹ Siehe die Berichte der Organisation Deutsche Lebensbrücke e.V. über ihre humanitäre Hilfe in Russland: 30 Jahre Russlandhilfe [https://blog.lebensbruecke.de/start/30-jahre-russlandhilfe]

²² Manfred HILDERMEIER: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München: Beck-Verlag 1998, S. 1042. Ich danke Heiko Haumann, Universität Basel, für diesen Hinweis. Auch Gabriele KRONE-SCHMALZ geht auf die damalige Hungersnot ein, die in Deutschland hernach schon bald wieder vergessen wurde. Siehe DIES.: Eiszeit. Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist. München: Beck 5. Aufl. 2018, S. 13 f. Weitere Informationen in dem Wikipedia-Eintrag „Zerfall der Sowjetunion“: de.wikipedia.org/wiki/Zerfall_der_Sowjetunion

mag. Kurz: Dass ein gutes Leben auch ohne die „Kornkammer Ukraine“ möglich ist, dass sich selbst auf engerem Raum ohne Krieg gut leben lässt. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989 erschien die Vorstellung, die deutsche Gesellschaft müsse „kriegstüchtig“ sein, als abwegig und völlig aus der Zeit gefallen.

Das sah man nicht nur in Deutschland so. Anerkennend schrieb beispielsweise der amerikanische Historiker und Deutschlandkenner James Sheehan im Jahre 2008 in seinem Buch über „Europas langen Weg zum Frieden“: Auf diesem Kontinent, besonders in Deutschland, habe sich nach 1945 der „Aufstieg des zivilen Staates“ vollzogen.²³ Die militaristischen Tendenzen seien immer mehr zurückgedrängt worden zugunsten der wachsenden Mentalität der Friedfertigkeit.²⁴ Dies ist eine Sicht, die auch von Analysen der deutschen Historischen Friedensforschung gestützt wird.²⁵ Wir Älteren dürfen also sagen: Zu unseren Lebzeiten konnten mehrere Generationen von Deutschen und Europäern ein Leben ohne Krieg führen. Frieden auf dem Kontinent – verstanden als Abwesenheit von Krieg – wurde als Selbstverständlichkeit erlebt.

8. DIE RUSSISCHE AGGRESSION VOM FEBRUAR 2022 UND DIE DEUTSCHE ÖFFENTLICHKEIT

Von solcher Friedensmentalität war die Befindlichkeit einer Mehrheit der Deutschen zur Zeit des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 geprägt. Das erklärt den Schock, der in Deutschland besonders heftig gewesen zu sein scheint. Lange hatte man hierzulande nämlich verdrängt, dass es sich bei der Parole „Nie wieder Krieg!“ um eine spezifisch deutsche Parole handelte, deren Reichweite insoweit begrenzt war. Die Siegermächte der beiden Weltkriege hatten 1945 keinen vergleichbaren Schwur abgelegt. Sie

²³ James SHEEHAN: Kontinent der Gewalt – Europas langer Weg zum Frieden. München 2008, S. 266 u. 220.

²⁴ Wolfram WETTE: Ernstfall Frieden. Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914. Bremen 2017, S. 416 f.

²⁵ Siehe den Sammelband von Thomas KÜHNE (Hrsg.): Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Zum Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945. Münster/Hamburg/London 2000 (= Jahrbuch für Historische Friedensforschung, Bd. 9).

hielten den kriegerischen Konfliktaustrag weiterhin für einen normalen Bestandteil ihrer Machtpolitik. Putins Krieg brachte uns die ungebrochene Tradition der kriegerischen Politik nicht nur Russlands, sondern auch der anderen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ins Bewusstsein zurück.

Kaum jemand hatte die Fernsehbilder, die an der Grenze zur Ukraine zusammengezogene russische Truppen zeigten, als konkrete militärische Kriegsvorbereitung gedeutet. Man beschwichtigte sich mit der Annahme, es handle sich um eine Drohkulisse zur Unterstützung weiterer diplomatischer Aktivitäten, die zur Reduzierung vorhandener Spannungen führen sollten. Mehr konnte und wollte man sich hierzulande nicht vorstellen. Als sich die Hoffnung auf eine Deeskalation der Krise nicht bewahrheitete, bereitete sich in der deutschen Gesellschaft ein diffuses Gefühl der Angst aus.

Getrieben von dieser Angst kam es nach der „*Zeitenwende*“-Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz²⁶ in Teilen der deutschen Bevölkerung zur Reaktivierung kriegerischer Reflexe. Sie führten zu dem Ruf nach Unterstützung der Ukraine nicht nur durch humanitäre Hilfeleistungen, sondern auch durch Lieferung von Waffen. Allenthalben fragte man sich, ob gerade eine friedliche Welt zusammengebrochen war. Man fragte auch, warum unsere Regierung und unsere Geheimdienste die russische Aggressivität – aber auch die fehlende Verhandlungsbereitschaft von USA und NATO – nicht früher erkannt beziehungsweise falsch eingeschätzt hatten.

Mit dem Schock korrespondierte im Westen eine eindeutige Schuldzuweisung. Die Russen, hieß es entsprechend den Vorgaben der US-Propaganda, hätten im Februar 2022 gleichsam aus heiterem Himmel, überraschend, einen „*unprovokierten Angriffskrieg*“ begonnen. Es dauerte einige Zeit, bis sich einzelne Experten getrauten, die Frage zu stellen, ob man nicht den Blick weiter in die Vergangenheit richten sollte, um mögliche längerfristige Ursachen dieses Krieges in den Blick zu bekommen. Dabei geriet u.a. der Befund ins Blickfeld, dass der sowjetische Präsident Gorbatschow nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer

²⁶ Die Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers am 27.2.2022 in: bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356

Paktes die mündliche Zusicherung hochrangiger westlicher Politiker erhalten hatte, die NATO werde sich nicht nach Osten hin ausdehnen.²⁷ Eine kritische Minderheit in Deutschland thematisierte nun die Geschichte der NATO-Osterweiterung und damit die systematische Nicht-Beachtung russischer Sicherheitsinteressen durch die USA und die NATO-Führung seit den 1990er-Jahren.

Mein eigenes Fazit zur Vorgeschichte dieses Krieges lautet: Im politischen Kampf um die Ukraine prallten die unterschiedlichen geostrategischen Machtinteressen der Atommächte USA und Russland stärker aufeinander. Sie korrespondierten mit der innerukrainischen Konfliktkonstellation: In der Westukraine unterstützten die USA die prowestliche Aufstandsbewegung des Maidan. Die Bekämpfung der Autonomiebestrebungen der russischsprachigen Ostukraine durch die Kiewer Regierung führte seit 2014 – also bereits acht Jahre vor Beginn des eigentlichen Ukraine-Krieges – zu einem innerukrainischen Bürgerkrieg, in den sowohl der Westen als auch Russland involviert waren. So betrachtet, lässt sich der Ukraine-Krieg als Zusammenprall konträrer geopolitischer Interessen der Großmächte Russland und USA deuten.

Die Version der unprovokierten russischen Aggression²⁸ prägt die öffentliche Meinung in Deutschland bis heute. Sie kanalisiert die Meinungsbildung und erschwert die Erforschung der tieferliegenden Ursachen dieses Krieges. Die Bewertung des politischen Gewichts der Vorgeschichte fällt bislang noch unterschiedlich aus. Aber die Behauptung, der russische Angriff sei „unprovokiert“ gewe-

²⁷ Bestätigt vom damaligen deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Siehe dazu den Vortrag von Günter VERHEUGEN: Warum ist es zum Ukraine-Krieg gekommen – und welche Wege führen wieder hinaus? Vortrag in Bremen am 10. Juni 2025 in Bremen. Im Internet: [youtube.com/watch?v=asiEy60RuvC](https://www.youtube.com/watch?v=asiEy60RuvC). Viele Zeitzeugeninterviews aus dieser schwierigen Phase der russischen Geschichte bei der Literaturnobelpreisträgerin Svetlana ALEXIJEWITSCH: *Second-hand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus*. München 2013.

²⁸ Es wird von Russland bestritten. So vor kurzem noch einmal der russische Botschafter Sergej J. Netschajew in der ARD-Doku von Anne Will und Julia Friedrichs „Angst vor Krieg – Die Deutschen in der Zeitenwende“; 7.5.2025, 20.15-21 Uhr. Netschajew sagte: „Wir haben diesen Krieg nicht angefangen.“ Im Internet nachzulesen unter: Anne Will trifft in ARD russischen Botschafter: Beunruhigende Antwort | Express. <https://www.express.de/politik-und-wirtschaft/anne-will-trifft-in-ard-russischen-botschafter-beunruhigende-antwort-1000758>

sen, lässt sich in Kenntnis der Geschichte der NATO-Osterweiterung wohl nicht mehr halten.

Die inzwischen vorliegenden Informationen über die längerfristigen Ursachen dieses Krieges könnten helfen, in die Realität zurückzufinden. „Kopflösungen“ bieten beispielsweise die Autoren Patrik Baab, Jacques Baud, Gabriele Krone-Schmalz, Harald Kujat, Erich Vad, Michael von der Schulenburg, Jeffrey Sachs, John J. Mearsheimer, Emmanuel Todd und Günter Verheugen, um nur einige aus dem Lager der Minderheit zu nennen, die es wagte, sich gegen den Mainstream zu stellen.²⁹

Seit Beginn des Ukraine-Krieges steht das Kulturgut „deutsche Zivilgesellschaft“ unter massivem Druck. Mit „Zeitenwende“ und „Kriegstüchtigkeit“ meinen die Protagonisten der Aufrüstungspolitik ja nicht nur das deutsche Militär, die Bundeswehr. Ihr Ziel lautet vielmehr, die gesamte Gesellschaft für „den Krieg“ zu ertüchtigen.³⁰ Begründet wird dieser bellizistische Kurs mit der – spekulativen, aber politisch natürlich höchst brisanten – Behauptung, Putin-Russland habe womöglich die Absicht, sich in einigen Jahren nach der Ukraine auch das Baltikum und andere europäische Länder einzuverleiben. Da ist meines Erachtens genuines Feindbilddenken am Werk. Es speist sich aus einer Dämonisierung des Kremlchefs als Verkörperung des Bösen, nämlich angenommener immanenter russischer Aggressivität. Mich erinnert es zugleich an das Bedrohungsszenario der 1950er-Jahre, als in Westdeutschland – wie erwähnt – die Parole „Die Russen kommen“ herumgeisterte.

Allerdings trägt heute Putins Gewaltpolitik in der Ukraine dazu bei, dem westlichen Feindbild Nahrung zu geben. Bekanntlich hat der russische Präsident niemals behauptet, ein Pazifist zu sein. Er weiß genau, dass die wesentlichen Kraftquellen Russlands das Militär und die riesigen Rohstoffe des Landes sind, primär Gas und Öl für den Export. Für Putin stellt die militärische Gewalt ein legitimes und normales Mittel der Politik dar. Dieses Politikverständnis prak-

²⁹ Eine Sammlung der Argumente von deutschen Kritikern des Regierungskurses bietet der Band von Hermann THEISEN/Helmut DONAT (Hrsg.): *Bedrohter Diskurs. Deutsche Stimmen zum Ukraine Krieg*. Bremen: Donat-Verlag 2024 (= Geschichte und Frieden, Bd. 52).

³⁰ Zum historischen Kontext siehe Wolfram WETTE: *Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur*. Frankfurt/M. (Fischer-TB) 2008.

tizierte er im zweiten Tschetschenienkrieg (1999-2009)³¹, im Georgienkrieg (2008) und im Syrienkrieg (seit 2015)³².

Das instrumentelle Verhältnis zur kriegerischen Gewalt ist jedoch kein Alleinstellungsmerkmal Russlands. Putin und mit ihm die russische Führungselite agieren nicht anders als die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Außerdem versäumten die Russen es nicht, auf das schlechte Vorbild der völkerrechtswidrigen Kriege der USA und ihrer Verbündeten etwa gegen Serbien („Kosovo-Krieg“ 1999), gegen den Irak (2003) oder gegen Libyen (2011) hinzuweisen.

Mit der militärischen Machtpolitik nach außen korrespondiert in Russland neuerdings wieder eine autoritäre Innenpolitik. Die politische Macht wird immer stärker zentralisiert, demokratische Freiheitsrechte werden beschnitten und Oppositionelle mit scharfen Repressionen eingeschüchert. Damit knüpft die Innenpolitik Putins an die autoritäre, machtsstaatliche, zentralistische Tradition Russlands an, die bis in die Zeit des Mittelalters zurückgeht.³³

Im Westen wird vermutet, die russische Kriegspolitik gegen die Ukraine stelle auch eine exemplarische Kampfansage gegen westliche, demokratische Ordnungsvorstellungen dar.³⁴ Diese würden, heißt es, eine Magnetwirkung für russische Oppositionelle entfalten und könnten das Land destabilisieren. Welches Gewicht diese Systemkonkurrenz im Vergleich mit anderen kriegsverursachenden Faktoren hat, ist schwer einzuschätzen. Erhellende Meinungsumfragen dazu gibt es nicht. Aktuell scheint Putin fester denn je im Sattel zu sitzen.

Kritiker der deutschen Ukrainepolitik monieren seit Jahren, dass unsere Regierung keine eigenen Friedensinitiativen entwickelt hat und lediglich wie ein Vasall im Schlepptau der US-amerikanischen

³¹ de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Tschetschenienkrieg . Zitat aus dem Eintrag: Russisch-Tschetschenischer Konflikt – Wikipedia: „Anfang 2000 wurde die Stadt Grosny durch die Kampfhandlungen fast völlig zerstört und Tschetschenien unter russische Kontrolle gebracht.“ Siehe allgemein: https://de.wikipedia.org/wiki/Kaukasus_krieg_2008

³² Siehe: de.wikipedia.org/wiki/Russischer_Militäreinsatz_in_Syrien

³³ Siehe dazu Hans-Heinrich NOLTE: Geschichte Russlands. 4. Aufl. Stuttgart 2024 (Erstaufgabe 1998), S. 465 f., 475-480.

³⁴ Exemplarisch Gustav SEIBT: Realismus, im Ernst? Gilt nun wieder das Recht des Stärkeren? In: Süddeutsche Zeitung Nr. 79, 8.4.2025, S. 9.

Regierung agierte. Tatsächlich hat die Bundesregierung es widerspruchslos hingenommen, dass die führende Macht des Westens bereits im April 2022 erfolgversprechende Friedensverhandlungen (siehe das Istanbuler Kommuniqué vom April 2022) zwischen Russland und der Ukraine zurückpfiff. So stellt sich erneut die Frage: Wird diese Politik dem Auftrag unseres Grundgesetzes hinreichend gerecht; „in einem vereinigten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“?³⁵

9. ZUKUNFTSVISIONEN: DAUERHAFTES VERFEINDUNG ODER GEMEINSAME SICHERHEIT?

Der Versuch eines Blickes in die Zukunft ist durch den Regierungswechsel in den USA nicht eben erleichtert worden. Ich möchte gleichwohl nicht auf eine Zukunftsvision verzichten, mir die möglichen Optionen auszumalen:

Erstens sehe ich die negative Version: Sie ist angesichts der aktuellen, eskalierenden Entwicklungen des Jahres 2025 die wahrscheinlichste. Sie lautet: Weitgehender Rückzug der USA aus Europa, ungebremste Aufrüstung in Europa, auch in Deutschland, unter der Losung „Kriegstüchtigkeit“, weitere Eskalation des Ukraine-Krieges. Sollte es unter dem neuen Druck der USA gelingen, den heißen Krieg zu Lasten der Ukraine zu beenden, bekommen wir wahrscheinlich einen neuen Kalten Krieg. Es entsteht ein neuer Eiserner Vorhang, der die Feindkonstellation zementiert. Militär, Aufrüstung und Feinddenken beherrschen weiterhin die Politik, die Volkswirtschaften und das Denken der Menschen. Sie produzieren eine stete Kriegsgefahr, auch die Gefahr eines Atomkrieges.

Zweitens gibt es eine positive Zukunftsvision, die uns ermutigen und Hoffnung geben kann: Sie muss nicht neu erfunden werden. Vielmehr kann sie an ältere Erfahrungen anknüpfen, nämlich an die Friedens- und Entspannungspolitik seit den 1970er-Jahren. Der Kern dieses Politikmodells besteht in der Erkenntnis, dass Frieden

³⁵ Siehe die Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Dazu Heribert PRANTL: Friedensgebot. Das Grundgesetz will keinen Staat, der das Militär in das Zentrum der Politik stellt. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 123, 30. Mai 2025, S. 5, mit der ernüchternden Feststellung: „Das Friedensgebot ist eine leere Formel geblieben!“

und Sicherheit in Europa nicht in einem militärischen Gegeneinander gewonnen werden können, sondern nur in einem Miteinander, zumindest im Sinne einer friedlichen Koexistenz.³⁶ So schwer das heute auch vorstellbar ist: Das Miteinander muss Russland auch zukünftig einschließen. Aus der Einsicht in die absolute Priorität der Friedensgewinnung und Friedensbewahrung kann längerfristig Schritt für Schritt neues Vertrauen wachsen. Das ist die grundlegende Voraussetzung für eine positive Entwicklung. Die Ideen der „Gemeinsamen Sicherheit“ und des „Gemeinsamen Hauses Europa“ geben die politische Orientierung vor. Die KSZE-Schlussakte von 1975 und die Charta von Paris vom November 1990 können die völkerrechtlichen Modelle für künftige gesamteuropäische Vereinbarungen sein. Es bündelt die wohlverstandenen Interessen aller europäischen Länder.³⁷

Wir lernen gerade, dass die politischen Interessen der europäischen Länder keineswegs mit denen der USA identisch sein müssen. Vielleicht reift nun auch die Erkenntnis, dass die Politik, die zum KSZE-Prozess geführt hat, also zu Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, kein Fehler war, für den sich die deutsche Politik heute entschuldigen müsste. Vielmehr war sie im Kern richtig, wurde aber nicht konsequent genug betrieben. So betrachtet, hat sich die Parole „*Nie wieder Krieg!*“, die uns viele Jahrzehnte lang eine Orientierung geboten hat, eben nicht erledigt. In unserem Lande gibt es nach wie vor viele Menschen, die nicht dem Bellizismus verfallen sind, sondern sich eine kriegskritische Haltung bewahrt haben.³⁸ Sie warten nur darauf, dass der Kurs der „*Kriegstüchtigkeit*“ abgelöst wird von einem Kurs der konzentrierten Friedensdiplomatie.

Dan Smith, der Direktor des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI, stellte vor kurzem (2. April 2025) fest, dass das Ni-

³⁶ Friedliche Koexistenz meint: unter Ausschluss eines kriegerischen Konflikts.

³⁷ Die Charta wurde am 21. November 1990 als Schlussdokument der KSZE-Sondergipfelkonferenz von 32 europäischen Ländern (einschließlich der Sowjetunion) sowie den USA und Kanada unterschrieben. Siehe: de.wikipedia.org/wiki/Charta_von_Paris

³⁸ Anhaltspunkte für diese Aussage bieten die Umfragen des Markt- und Meinungsforschungsinstituts IPSOS sowie die Russland-Analyse Nr. 437 der Bundeszentrale für politische Bildung vom 26.5.2023 zum Thema: Umfragen: Die Haltung der deutschen Bevölkerung zum Krieg gegen die Ukraine: Waffen, Sanktionen, Diplomatie. | Russland-Analysen | bpb.de

veau der Militärausgaben in Europa derzeit „höher als je zuvor“ sei, und er knüpfte daran die eindringliche Warnung: Die vielen Hundert Milliarden Euro für Militär und Rüstung seien nicht das, „was notwendig ist, um Europa zu einem sicheren Ort zu machen“. Vielmehr seien sie – ich zitiere – „ein deutliches Warnsignal für ein ungesundes und gefährliches System, in dem wir leben“. Der Friedenswissenschaftler zeigte sich „ziemlich besorgt über die Tendenz, dass Politiker in einer Welt mit vielen Problemen nur an eine Sache denken: die eigene Aufrüstung“.³⁹

Von dem Friedensnobelpreisträger Willy Brandt können wir lernen, dass der politische „Wille zum Frieden“ von zentraler Bedeutung ist.⁴⁰ An diesem unbedingten Willen zum Frieden hat es in der Vorgeschichte des Ukraine-Krieges sowohl im Westen als auch in Russland gefehlt. Immer mehr Menschen, die sich mit den Ursachen dieses Krieges auseinandersetzen, beginnen zu begreifen, welche politische Dimension die Erkenntnis hat: Auch dieser Krieg hätte vermieden werden können. Klaus von Dohnanyi hat hierzu das Entscheidende gesagt: „Putin ist der Aggressor, aber die Möglichkeit, den Krieg zu verhindern, lag beim Westen.“⁴¹ Was fehlte, war der Wille zum Frieden. Stattdessen dominierten Machtinteressen geopolitischer und geoökonomischer Natur. Vergessen wir in diesem Zusammenhang nicht die Himmelsrichtungen: Die Expansion, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges schrittweise in Europa vollzog, verlief nicht von Ost nach West, sondern umgekehrt von West nach Ost⁴², bis mit dem – von der US-Regierung forcierten – Bestreben, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, eine „Rote Linie“ überschritten wurde.

³⁹ Sven Christian SCHULZ (Brüssel/Stockholm): Diplomatie als „erste Verteidigungslinie“. Interview mit Dan Smith, dem Chef des Friedensforschungsinstituts SIPRI. In: Badische Zeitung, 2.4.2025, S. 7.

⁴⁰ Siehe das Buch von Willy BRANDT: Der Wille zum Frieden. Perspektiven der Politik. Mit einem Vorwort von Golo Mann. Frankfurt/M. 1973.

⁴¹ So Dohnanyi im Polit-Talk mit Mavbritt Illner im ZDF am 10.3.2022. Siehe: zdf.de/politik/maybrit-illner/krieg-in-der-ukraine-zeitenwende-fuer-deutschland-maybrit-illner-vom-31-maerz-2022-100.html

⁴² So auch Günter VERHEUGEN in seinem Bremer Vortrag am 10. Juni 2025: „Warum ist es zum Ukraine-Krieg gekommen – und welche Wege führen wieder hinaus?“ Im Internet nachzuhören unter: youtube.com/watch?v=asiEy60RuvC

10. „ERNSTFALL FRIEDEN“ BLEIBT DIE ZENTRALE LEHRE
AUS DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

Damit komme ich zum Schluss und beziehe mich dabei auch auf das Manifest der SPD-Linken, das am 10. Juni 2025 veröffentlicht wurde. Wir brauchen eine Intensivierung der diplomatischen Anstrengungen aller europäischen Staaten, um ein Schweigen der Waffen zu erreichen und mit den Russen wieder ins Gespräch zu kommen: Also: „*Schrittweise Rückkehr zur Entspannung der Beziehungen und einer Zusammenarbeit mit Russland [...]*“.⁴³ Dann kann die Arbeit an der Vision einer lebenswerten europäischen Zukunft wieder aufgenommen werden. In den Dokumenten aus der Zeit der Entspannungspolitik ist alles vorgedacht, was wir brauchen.

Auf dem Wege zur Wiederbelebung der KSZE können wir eigene Beiträge leisten: Feindbilder abbauen, die Akteure der anderen Seite entdämonisieren, über die längerfristigen Ursachen des Ukraine-Krieges aufklären, unsere Politikerinnen und Politiker dazu drängen, endlich selbst Friedensinitiativen zu ergreifen und dies nicht den Großmächten USA und Russland zu überlassen. Um einem sich ausbreitenden Fatalismus entgegenzutreten, können wir für unsere grundlegenden Einsichten werben: Krieg ist kein unabwendbares Schicksal, sondern Menschenwerk, das Ergebnis schlechter Politik. Frieden ist generell möglich und machbar! Kriegsverhütung muss das erste Ziel staatlicher Politik bleiben! Verhandeln ist immer besser als Schießen! Diplomatie verlangt nicht Sympathie, sondern Empathie, also die Fähigkeit, sich in die andere Seite hineinzusetzen, die ganz anders denkt als man selbst!

Lassen wir uns also nicht einreden, es gäbe allein und nur die derzeitige Konfrontationspolitik. Wir können wählen! Vielleicht erleben wir sogar eine neue Bewegung „*von unten*“, einen Aufstand der derzeit noch schweigenden Mehrheit in der Bevölkerung – einen Aufstand für eine kooperative Zukunft. Wir müssen heraus aus der Sackgasse des Fatalismus und der lähmenden Angst! Noch einmal müssen wir uns gegen alle Widerstände für die Vision eines

⁴³ *Manifest: Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung*. Unterzeichnet von Ralf Stegner, Rolf Mützenich und etwa 100 anderen. Undatiert, seit 10.6.2025 im Netz.

friedfertigen „*Gemeinsamen Hauses Europa*“ begeistern und uns mit einem langen Atem für sie einsetzen. Die Vision „*Ernstfall Frieden*“ ist nicht passé. Sie bleibt die zentrale Lehre aus unserer Geschichte.

(Stand: 17.6.2025)

Werner Krusche

Schuld und Vergebung

Der Grund christlichen Friedenshandelns

(1984)*

VORWORT

(von Volkmar Deile)

„Schuld und Vergebung – der Grund christlichen Friedenshandelns“ war das Thema eines Referates, das der frühere Magdeburger Bischof Werner Krusche am 19. Juni 1984 beim Kongreß der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche „Gottes Friede den Völkern“ in Kiel hielt. Obwohl das Referat auch einiger kritischer Anmerkungen bedarf, hatte es auf dem Kongreß eine besondere Bedeutung deshalb, weil es neben vielen unkonkreten, wenig zielgerichteten Wortbeiträgen prominenter Kirchenleute, Theologen und Politiker die Mühe nicht scheute, konkret zu sein.

Zwar hatte der Ratsvorsitzende Bischof D. Eduard Lohse in seiner Predigt über Eph. 2,14-18 im Eröffnungsgottesdienst des Kongresses angekündigt „Über Schritte des Friedens nachzudenken und sie so genau als irgend möglich zu beschreiben, wird die Aufgabe des vor uns liegenden Kongresses sein.“ Genau dies leistete der Kongreß aber nicht. Ich weiß nicht genau, warum nicht. Aber der Anspruch einer „von Anfang an kirchenrepräsentativen Bedeutung“ (Bischof Dr. Ulrich Wilckens) hat hier möglicherweise hemmend einem Erfolg des Kongresses im Wege gestanden.

* Textquelle | Werner KRUSCHE: *Schuld und Vergebung – Der Grund christlichen Friedenshandelns* [1984]. Herausgegeben von: Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste, Gustav-Heinemann-Initiative, Ohne Rüstung Leben und Versöhnungsbund. Dritte Auflage. Berlin: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1985. [30 S.]

So begann der Kongreß mit zwei Referaten zur Frage des gerechten Krieges aus völkerrechtlicher und politischer Sicht einer durchaus interessanten, aber in seiner Gewichtung im Kongreßablauf hochgradig übergewichtigen Bedeutung. Die Kirchen haben schon 1948 in Amsterdam das zur Frage des gerechten Krieges Notwendige gesagt: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein.“ Dieses Indiz bestätigt nur den generellen Eindruck, daß eine Zielangabe der veranstaltenden Kirchen für die Arbeit des Treffens eindeutig fehlte. Das Referat W. Krusches hätte dieses leisten können, wenn es zu Beginn des Kongresses vorgetragen worden wäre. Leider wurde es aber erst am letzten, dritten Tag gehalten.

In Werner Krusches Vortrag kam ein wenig zum Vorschein, was sonst im Programm des Kongresses fast völlig fehlte; aktive Wortbeiträge etwa eines Vertreters der Erklärung des Reformierten Moderaments wurden ebenso vermißt wie die aktive Beteiligung von Vertretern der Christlichen Friedensströmungen, die die EKD-Denkschrift von 1981 noch ausdrücklich nennt. Das stimmt nicht für die sicherheitskonservative Gruppe „Sicherung des Friedens“, der freilich viele prominente Persönlichkeiten angehören.

Dem notwendigen Dialog der unterschiedlichen Strömungen im deutschen Protestantismus hat wohl ein bestimmtes Verständnis von „Wissenschaftlichkeit“, das der Kongreß unbedingt zeigen wollte, im Wege gestanden. Schade, eine verpaßte Gelegenheit. Denn es waren eine Reihe wirklich interessanter Personen aus der Ökumene anwesend und da und dort sind wohl auch die Diskussionen in den Arbeitsgruppen wirklich intensiv und vorwärtsweisend gewesen.

Der Vortrag Werner Krusches spricht von einer Tradition theologischen Denkens und Handelns nach 1945, das in der Kontinuität der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, des Stuttgarter Schuldbekenntnisses von 1945 und des Darmstädter Wortes des Reichsbruderrates zum politischen Weg unseres Volkes von 1947 steht. Man hat den Eindruck, daß diese Tradition in den Kirchen der DDR lebendiger ist als in den Gliedkirchen der EKD. Das ist sicherlich auch eine der Voraussetzungen für die größere Klarheit und Eindeutigkeit des Friedenszeugnisses der Kirchen in der DDR, die bis heute anhält. Damit diese Tradition auch bei uns wirken kann, haben eine Reihe von Organisationen, die sich theologisch und

politisch in der Friedensfrage den Kirchen in der DDR stärker verbunden wissen als den eigenen Kirchen, beschlossen, den Vortrag Werner Krusches möglichst schnell zugänglich zu machen.

Volkmar Deile



Deutsche Soldaten in Stalingrad, 15. September 1942 – Aufnahme der Propaganda-Kompanie Geller (commons.wikimedia.org)

Schuld und Vergebung.
Der Grund christlichen Friedenshandelns

I.

DAS BEKENNTNIS DER SCHULD

Im Jahre 1940 – als unser Volk die Siege über Polen und Frankreich feierte (ich selbst hatte beide Feldzüge mitgemacht und hatte nicht das Gefühl, an einem Unrecht beteiligt gewesen und schuldig geworden zu sein) – schrieb Dietrich Bonhoeffer einen Abschnitt seiner Ethik über das Bekenntnis der Schuld.¹ Dabei ging es nicht um Schuld im allgemeinen, sondern um die deutsche Schuld. Schuld kann nie im allgemeinen, sondern immer nur konkret geschichtlich bekannt werden. Die Grundeinsichten Bonhoeffers sind die:

1. Schuld wird nur da wirklich erkannt, wo sie christologisch begriffen ist. Wirkliche Schuldenerkenntnis ist nur da zu gewinnen und auszuhalten, wo der verkündigt, geglaubt und angerufen wird, der in die Solidarität der Schuld eingetreten ist und die Schuld der Welt vollständig und bedingungslos auf sich genommen und sie so aus der Welt geschafft hat. „Schuldenerkenntnis gibt es nur auf Grund der Gnade Christi.“
2. Die so gewonnene Erkenntnis der Schuld macht es möglich, Schuld uneingeschränkt und unabgeschwächt und unter Verzicht auf irgendwelche Erklärungsversuche zu bekennen. Natürlich wußte Bonhoeffer, daß man Schuld auch psychologisch verstehen kann als seelischen Komplex oder juristisch als vorwerfbare Unrechtstat oder moralisch als Versagen gegenüber einer sittlichen Norm, aber alle derartigen Auffassungen von Schuld führen geradezu zwangsläufig dazu, Schuld verstehbar und verständlich zu machen oder entlastende Gründe zu suchen in den besonderen biographischen, geschichtlichen oder

¹ D. BONHOEFFER, Ethik. Zusammengestellt und herausgegeben von E. Bethge, 1953, S. 47 ff. – Dazu E. BETHGE, Schuld bei Dietrich Bonhoeffer (in: Am angegebene(n) Ort. Aufsätze und Reden, 1979, S. 83 ff).

schicksalhaften Bedingungen des einzelnen oder der Gruppe oder im Hinweis auf die Schuldanteile anderer oder auf die allgemeine menschliche Schuldhaftigkeit. Aber gerade so entzieht man sich der wirklichen Schuldkenntnis. Nur der Blick auf die Gestalt Christi befreit dazu, den Blick in die Abgründe der Schuld auszuhalten und sie ganz, total – unter entschiedenem Verzicht auch auf den sublimsten Versuch der Selbstentschuldung – zu bekennen.

3. Es ist zunächst die ganz persönliche Sünde des einzelnen, die hier erkannt und bekannt wird, aber nicht individualistisch, sondern in ihrer Sozialität, in ihren vergiftenden Auswirkungen auf das Leben der Gemeinschaft. „Ich kann mich nicht dabei beruhigen, daß mein Anteil nur ein verschwindend geringer sei; hier wird nicht gerechnet, sondern ich muß erkennen, daß gerade meine Sünde an allem Schuld ist ... Ich bin schuldig des feigen Verstummens, wo ich hätte reden sollen, ich bin schuldig ... der Unwahrhaftigkeit angesichts der Gewalt, ich bin schuldig ... der Verleugnung der Ärmsten meiner Brüder; ich bin schuldig des Abfalls von Christus. Was geht es euch an, ob andere auch schuldig sind? Jede Sünde eines anderen kann ich entschuldigen, nur meine eigene Sünde bleibt Schuld, die ich nie entschuldigen kann.“
4. Das Ich des seine Schuld bekennenden peccator ist das Ich in der Gemeinschaft der peccatores. Im Bekenntnis und mit dem Bekenntnis des einzelnen bekennt die Kirche ihre Schuld. „Die Kirche bekennt, den Namen Jesu Christi mißbraucht zu haben, indem sie sich seiner vor der Welt geschämt ... und es mit angesehen (hat), daß unter dem Deckmantel des Namens Christi Gewalttat und Unrecht geschah. Sie bekennt, die willkürliche Anwendung brutaler Gewalt, das leibliche und seelische Leiden unzähliger Unschuldiger, Unterdrückung, Haß und Mord gesehen zu haben, ohne ihre Stimme für sie zu erheben, ohne Wege gefunden zu haben, ihnen zu Hilfe zu eilen. Sie ist schuldig geworden am Leben der schwächsten und wehrlosesten Brüder Jesu Christi.“
5. Zur Erkenntnis der Schuld gehört auch die Erkenntnis des geschichtlichen Irrweges, der dahin geführt hat. Das Schuldbekenntnis schließt also die Verantwortung für das Mitgehen

dieses geschichtlichen Weges ein. „Die Kirche ist heute die Gemeinschaft der Menschen, die, gefaßt von der Gewalt der Gnade Christi, ihre eigene persönliche Sünde wie den Abfall der abendländischen Welt von Christus als Schuld an Jesus Christus erkennt, bekennt und auf sich nimmt.“ Dabei will die Kirche mit ihrem Schuldbekenntnis auch das Schuldbekenntnis der anderen ermöglichen. „Indem die Kirche die Schuld bekennt, entbindet sie die Menschen nicht vom eigenen Schuldbekenntnis, sondern ruft sie in die Gemeinschaft des Schuldbekenntnisses hinein.“ Das hat mit Kollektivschuld nichts, wohl aber damit zu tun, daß das Bekenntnis geschichtlicher Schuld öffentlich abgelegt sein will und daß ein Volk zur Erkenntnis geschichtlicher Schuld nur kommen kann, wenn die Kirche sie bekannt hat.

6. Nur solch ein konkretes, rückhaltloses, unabgeschwächtes Bekenntnis der Schuld erfährt Vergebung, führt ins Freie, eröffnet Zukunft, schafft Raum für neue Kommunikation. Weil und insofern die Kirche der Ort ist, wo Schuldenerkenntnis wirklich wird im Schuldbekenntnis, ist sie auch „der Ort der persönlichen und gemeinschaftlichen Wiedergeburt und Erneuerung.“

Wie gesagt: es war 1940, als Bonhoeffer das schrieb – als unser Volk noch seine Siege feierte und der Vernichtungskrieg gegen die Völker des Ostens noch nicht begonnen hatte.

Es hat lange gedauert, bis sich die Kirche zu solch einem Schuldbekenntnis bereitgefunden hat. Dazu kam es erst nach dem totalen Zusammenbruch Deutschlands und angesichts der uns von allen Seiten entgegenschlagenden Verbitterung, Empörung und Verachtung. Das später so genannte „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ vom 18./19. Oktober 1945 war zwar nicht „mehr oder weniger abgenötigt“², aber es kam auch nicht spontan.³ Dennoch war es ein präzedenzloser Vorgang in der Geschichte der evangelischen Christen-

² R. SCHEERER, *Evangelische Kirche und Politik 1945-1949*, 1981, S. 219 f. Auch D. KOCH, *Heinemann und die Deutschlandfrage*. 1972, spricht davon, daß die Ratsmitglieder „durch die überraschend auftauchenden Christen aus der Ökumene ziemlich direkt zu dieser Erklärung gedrängt“ worden seien.

³ Vgl. den Brief K. Barths an M. Niemöller vom 28.9.1945, abgedruckt in: M. GRESCHAT (Hg.), *Die Schuld der Kirche. Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schuldklärung vom 18./19. Oktober 1945*, S. 86 f.

heit in Deutschland, als die Mitglieder des neu gebildeten Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) den Repräsentanten der Ökumene bekannten: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden ... Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregime seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“⁴

Vergleicht man dieses Schuldbekenntnis mit den beschämenden Äußerungen der evangelischen Kirchen zur Frage der deutschen Schuld nach dem ersten Weltkrieg⁵, so wird der ganze Unterschied deutlich, wobei sich freilich auch dies zeigt, daß Schuldzuweisung von außen Schuldenerkenntnis erschwert und zur Selbstrechtfertigung führt. Zur wirklichen Schuldenerkenntnis kommt es in der Tat nur angesichts der Gestalt Christi, vor der einem jede Ausflucht vergeht, nicht durch die bloße Konfrontation mit Normen und Fakten.

Das Echo, das das Schuldbekenntnis des Rates der EKD bei den Vertretern der Ökumene ausgelöst hat, zeigt, daß das Bekennen der Schuld in der Tat der Schritt ins Freie ist, neue Gemeinschaft ermöglicht und Wege in die Zukunft eröffnet. In dem Wort von Pierre Maury nach der Entgegennahme dieser Erklärung kommt dies bewegend zum Ausdruck: „Es kann Ihnen nicht leicht gefallen sein, dieses Wort zu sprechen. Nur in Jesus Christus können Sie dazu freigebracht worden sein ... Vor Gott ist es gedacht, geschrieben und vorgelesen. Durch Gnade ist es bei Gott angenommen. Da wir nun diese Zeilen haben, ist es uns leichter, ... die Last (zu tragen), daß das Gift des Hitlerregimes nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt überflutet hat ... Euer Wort nun hilft uns zu der wahren Gerechtigkeit auch Deutschland gegenüber. Sie haben uns geholfen, Ihnen zu helfen.“⁶

⁴ M. GRESCHAT, a.a.O., S. 102; dort auch S. 91 ff. Einzelheiten über die Begegnung des Rates der EKD mit Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen.

⁵ Vgl. Kirchliches Jahrbuch, 46. Jg., 1919, S. 307 ff – G. BESIÉ, Krieg-Frieden-Abrüstung. Die Haltung der europäischen und amerikanischen Kirchen zur Frage der deutschen Kriegsschuld 1914/1933, 1982, S. 97.104.128 f.

⁶ M. GRESCHAT, a.a.O., S. 103.

Mit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis war ein neuer Anfang gemacht. Denn an der Frage, wie unser Volk sich zu seiner Schuld stellen würde, ob es sich zur Übernahme der Verantwortung und damit zur Haftung für seinen langen Irrweg bereithalten würde, entschied sich schlechterdings alles, seine ganze geistige und politische Zukunft. „Wenn eine Schuld der res publica nicht erkannt, verurteilt und in irgendeiner Weise gesühnt wird, dann wird sie zu immer wiederkehrenden Formen des Verhaltens und zerstört die politische Existenz“ (Romano Guardini).⁷ Und welchen Weg unser Volk gehen würde, würde entscheidend davon abhängen, wie und ob die Kirche die mit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis eingeschlagene Richtung einhalten würde.⁸

Einer der Unterzeichner des Stuttgarter Schuldbekenntnisses – Martin Niemöller, der „das Wort von Stuttgart ... als die Freiheits-Charta der Evangelischen Kirche“ bezeichnet hatte – urteilt 12 Jahre nach „Stuttgart“: Mit der im Jahre 1946 einsetzenden Entwicklung sei deutlich geworden, „daß die Stuttgarter Erklärung für die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland keine konstitutive, sondern lediglich eine deklamatorische Bedeutung haben würde ... Das praktische Handeln der Kirche bewegte sich nicht mehr in der Sphäre des Glaubens, sondern im Rahmen des Möglichen.“⁹

Und Gustav Heinemann, der die Stuttgarter Schulderklärung immer wieder als den „Dreh- und Angelpunkt seiner politischen Anschauungen“ bezeichnete, konstatierte 1950: „Dieses Bekenntnis ist, aufs Ganze gesehen, von unseren Gemeinden und unserem Volk nicht aufgenommen worden ... So wurde uns das in Hybris und Katastrophe, in Gericht und Gnade Erlebte aufs Ganze gesehen nicht ein Anlaß zur Umkehr und neuer Besinnung.“¹⁰

⁷ Zit. bei E. BETHGE, a.a.O., S. 84.

⁸ D. KOCH, Heinemann und die Deutschlandfrage, 1972, S. 38: „Die Hauptfrage der deutschen Nachkriegsgeschichte (war) die, was der Rat der EKD, was jeder einzelne, was wir alle aus ‘Stuttgart’ gemacht haben.“

⁹ M. NIEMÖLLER, Wo steht die Kirche 1958? (in: Stimme der Gemeinde 3/58). Vgl. auch Niemöllers Urteil 25 Jahre nach Stuttgart in dem wichtigen Aufsatz von E. BETHGE, Geschichtliche Schuld der Kirche – Anmerkungen zum Stuttgarter Schuldbekenntnis (in: Am gegebenen Ort, S. 117).

¹⁰ D. KOCH, a.a.O., S. 27.426.

Man wird nach fast 40 Jahren um einiges differenzierter urteilen können. Aber „aufs Ganze gesehen“ ist es so: Die evangelische Kirche und das deutsche Volk sind durch das Tor, das durch das Stuttgarter Schuldbekennnis aufgetan worden war, nicht hindurchgegangen und ins Freie gelangt zu einem wirklichen Neuanfang. Die bloße Berufung auf „Stuttgart“ hilft uns also nicht weiter, sondern wir müssen uns der Frage stellen, was wir aus „Stuttgart“ gemacht haben. Dabei will und kann ich mich nicht als Richter aufspielen; wie ich mich damals in kirchenleitender Verantwortung entschieden hätte, ist mir keineswegs sicher.

II.

DIE VERDRÄNGUNG DER SCHULD

Als die Stuttgarter Schulderklärung bekannt wurde, kam es zu empörenden Reaktionen.¹¹ Auch ich habe damals als Student zunächst dagegen aufbegehrt. Es begann der Weg der Schuldverdrängung.

1. *Die Ablenkung von der eigenen Schuld* („Die Schuld der anderen“)

In den letzten Kriegsmonaten hatte Karl Barth seinen Schweizer Landsleuten gesagt, die Deutschen brauchten jetzt nichts nötiger als Freunde, aber Freunde, die ihnen die harte Wahrheit nicht vorenthielten. Man müsse nämlich damit rechnen, „daß die Deutschen es lieben, auf jede politische Anklage alsbald mit einer Gegenanklage ... zu antworten“, so daß schließlich alle Welt, nur nicht die Deutschen selber für das gegenwärtige Unheil verantwortlich wären.¹²

Und so kam es denn auch. Keiner wollte hinter die Stuttgarter Schulderklärung zurück, man beschwor, wir dürften und wollten nicht „in die alte Welt des gegenseitigen Aufrechnens zurückkehren“, aber beiläufig kamen dann doch eben Hinweise auf das Diktat von Versailles, das unser Volk für den Nationalsozialismus em-

¹¹ M. GRESCHAT, a.a.O., S. 110 ff.

¹² Ebd. S. 40.

pfänglich gemacht habe. Es fehlt nicht der Hinweis auf das Schweigen des Auslandes, von wo aus es doch sehr viel leichter gewesen wäre, sich von dem in Deutschland herrschenden Regime zu distanzieren. Aber zu diesen gelegentlichen Rückblicken kamen nun die sehr kräftigen Seitenblicke auf das Unrecht, das die Siegermächte jetzt an den Deutschen begingen: die Demontagen, die Behandlung der Kriegsgefangenen und der Internierten, die mangelhafte Versorgung mit ihren katastrophalen Folgen.

Daß angesichts dieses Leidensdruckes nicht mehr nur – wie in Stuttgart – von der eigenen Schuld gesprochen werden könne, sondern daß jetzt auch von der Schuld der anderen gesprochen werden müsse, schien aus seelsorgerlichen Gründen geboten: die Kirche habe nicht nur die Aufgabe, zur Buße zu rufen, sondern auch die Funktion der Tröstung. Die Kirche gerate in den Verdacht, Sprachrohr der Besatzungsmächte zu sein, sie verliere also ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie einseitig rede und nur die eigene und nicht auch deren Schuld zur Sprache bringe. Das war sicher ehrlich gemeint. Ich weiß nicht, ob ich mich damals nicht auch von dem Hinweis auf das „Trostamt der Kirche“ hätte beeindruckt und verführen lassen.

Es hat damals leidenschaftliche Auseinandersetzungen über die „Schuld der anderen“ gegeben.¹³ In einer Predigt am Karfreitag 1947 hatte H. Thielicke, nachdem er das ganze Unrecht, das den Deutschen durch die Siegermächte angetan wird, ausgebreitet hatte, erklärt: „Ich kann die Schuldbekennnisse der Kirche, unter die ich mich selbst als erster stelle, solange in der Öffentlichkeit nicht mehr hören, wie nicht auch dieses Andere offen gesagt wird.“¹⁴ Mit Äußerungen wie diesen hat er, auch wenn er damit unserem Volk die eigene Schuldeinsicht erleichtern wollte, faktisch zu der „unbußfertigen Selbstrechtfertigung unseres Volkes in stärkster Weise beigetragen.“¹⁵

Nur die eigene Not war konkretisiert worden, nicht aber die eigene Schuld. Die Aufzählung solcher „Gravamina“ stehe im Gegensatz zu der Stuttgarter Erklärung, stellte der Reichsbruderrat An-

¹³ Ebd. S. 165 ff.

¹⁴ H. DIEM, Die Schuld der Anderen. Ein Briefwechsel zwischen H. Thielicke und H. Diem, 1948, S. 10 ff.

¹⁵ Ebd. S. 31.21.

fang 1947 fest, und als eigentlichen Grund nannte der „die Furcht ..., daß die Kirche beim deutschen Volk den Kredit verliert, wenn sie jetzt nicht auch zu dem ‚Unrecht von der anderen Seite‘ redet.“¹⁶

So hatte sich schon ein reichliches Jahr nach Stuttgart unter der Hand aus einem Schuldbekentnis ein Schuldvorwurf gegen die anderen entwickelt; aus sich selber Anklagenden waren Verkläger geworden. Als schließlich der Ost-West-Gegensatz unübersehbar wurde, war von der deutschen Schuld nicht mehr die Rede. Man brauchte die Deutschen wieder. Das Thema war vom Tisch, und die wechselseitigen Schuldvorwürfe der politischen Gegner bestimmten fortan die Tagesordnung.

Die evangelische Kirche – von der katholischen Kirche will ich nicht sprechen – hat in falsch verstandener Seelsorge und aus Angst vor nationalem Kreditverlust, indem sie den Blick von der eigenen Schuld auf die Schuld der anderen ablenkte, sich selbst und damit unser Volk um die Chance eines wirklichen Neuanfangs gebracht. Sie hat den Teufelskreis der gegenseitigen Schuldvorhaltungen nicht durchbrechen helfen können und hatte nichts dagegen einzusetzen, als das sterile, heillose Spiel mit Anklage und Gegenanklage, Maßnahme und Gegenmaßnahme, Drohung und Gegendrohung, zum beherrschenden politischen Stil wurde. Weil die evangelische Kirche „nicht in der Sphäre des Glaubens, sondern im Rahmen des Möglichen“ und das heißt im Bannkreis bisheriger geschichtlicher Erfahrungen blieb, weil man in ihr nur damit rechnete, daß ein einseitiges Schuldbekentnis wie bisher immer von den anderen politisch mißbraucht und zur Rechtfertigung entsprechender Gegenmaßnahmen ausgenützt werden würde¹⁷, m. a. W.: weil man nicht

¹⁶ M. GRESCHAT, a.a.O., S. 292.

¹⁷ vgl. die Passagen bei H. Thielicke (GRESCHAT, a.a.O., S. 167 ff): „Das politische Interesse besteht in der Geschichte immer darin, die Schuldfrage taktisch auszunützen und sich selbst die Freiheit einer richtlichen oder auch scharfrichterlichen Funktion zu verschaffen.“ Immer liegt die „taktische Schlinge“ bereit, „die man meint, mit Recht zuziehen zu dürfen, sobald der Angeklagte bekannt hat ...“ Wir Menschen mischen „Wahrheit und Zweck, Krieg und Moral, Gericht und Berechnung so grauenvoll miteinander ..., so daß es unendlich schwer geworden ist, ... ein schuldbeladenes Herz einfach einmal bloßzulegen. Denn die Augen, unter die es dann zu liegen käme, wären nicht die Augen des göttlichen Richters, der zugleich unser Vater sein will, ... sondern ... die Augen von Menschen, die sich verständnisvoll zunicken würden und deren Gedanken schon fieberhaft darauf

ernstlich mit dem rechnete, dem „alle Macht gegeben ist im Himmel und auf Erden“ (Matth. 28,18), und der mit der kreativen Macht seiner Liebe auch Wandlungen in der Einstellung bei den Trägern politischer Macht bewirken und die politische Vernunft erweitern kann, weil man die Möglichkeit solcher Einbrüche des Reiches Gottes in das Reich der politischen Macht nicht einmal in Erwägung zog, sondern sich das Handeln Jesu Christi auch nur „im Rahmen des Möglichen“ denken konnte, blieb die Welt zukunftslos sich selbst überlassen.

2. Die Privatisierung der Schuld (ihre kirchliche Internalisierung)

Die Abkehr von Stuttgart, die Verdrängung der dort bekannten Schuld, geschah aber nicht nur durch die Ablenkung des Blickes von der eigenen auf die Schuld der anderen, sondern noch auf eine andere, noch folgenreichere Weise. Sie begann mit der – verdächtig eilfertigen – Versicherung (namentlich von lutherischer Seite), man habe in Stuttgart ein Schuldbekenntnis vor Gott und vor christlichen Brüdern, nicht aber vor der Öffentlichkeit abgelegt. Es sei nicht die politische Schuld unseres Volkes, sondern die Schuld der Kirche und der Christen bekannt worden, es sei ein rein geistliches, beileibe nicht politisch gemeintes Wort gewesen, es handle sich um einen rein innerkirchlichen Vorgang. Lilje: „Die erwähnte Erklärung ist keine politische, sondern eine kirchliche Erklärung. Sie ist ... niemals für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen.“ Landesbischof Marahrens zum Bußtag 1945: „Das Bekennen unserer Schuld ... ist ... ein Bekenntnis vor Gott und nicht vor Menschen ... Es kann nicht die Aufgabe unserer Kirche sein, Fragen der politischen Entwicklung und des Völkerrechts zu klären. Sie vermag nicht die Verflechtung von Schuld und Verhängnis im Hintergründe des furchtbaren Geschehens dieser letzten Jahre und Jahrzehnte zu durchschauen.“ Die Kirchenleitung von Schleswig-Holstein: „Von hier aus wird klar, daß hier keine politische Schuld festgestellt wird. Feststellung solcher Schuld ist ein politisch-historisches Urteil ... Sondern es

sinnen, welche Möglichkeiten sich nun für sie ergeben.“

handelt sich um ein streng religiöses Schuldbekenntnis vor Gott, das als solches unanfechtbar ist.“¹⁸

Einen solchen Versuch, das Schuldbekenntnis kirchlich zu verinnerlichen, es zu privatisieren und zu entpolitisieren, hatte Visser't Hooft bereits 1943, als er sich über die Nachkriegsaufgaben des Weltrates der Kirchen äußerte, für unmöglich erklärt.¹⁹ Schuld ist immer zugleich Schuld gegenüber Gott und gegenüber den Menschen, ist zugleich persönliche und politische Schuld, die Verantwortung für den mitgegangenen geschichtlichen Weg und für die unterlassene Warnung vor dem Weitergehen dieses Weges.²⁰

Der einzige den politischen Aspekt der Schuld ansprechenden Satz, der durch Niemöllers Initiative in den Text der Stuttgarter Erklärung ausgenommen worden war – „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden“ –, bedurfte dringend der Konkretisierung. Stattdessen schob sich der Satz der Selbstanklage mit seinen komparativen Formulierungen nach vorn. – „An die Stelle, wo harte Verantwortlichkeit für konkrete Spezifika hätte formuliert werden müssen, schoben sich Kategorien allgemein menschlicher Schwachheiten ... Die Unlust, die Schuld der Kirche als eine geschichtliche und politische in der Folgezeit immer spezifischer zu erkennen und zu verantworten, bedeutete so faktisch eine stille Annullierung von Stuttgart.“²¹

Die Konkretion des „politischen“ Satzes der Stuttgarter Erklärung durfte nicht nur das von unserem Volk verursachte Leiden beinhalten, sondern mußte die Verantwortung für den falschen politischen Weg einschließen, der dahin geführt hatte. Der Nationalsozialismus war ja nicht aus heiterem Himmel über unser Volk gekommen – er war „nicht eine totalitäre Zwischenphase der deutschen Geschichte, ... sondern Endpunkt einer langen nationalen Entwicklung mit ganz bestimmten Ideen und Praktiken“.²² Es hat einzelne Synoden gegeben, die dies ansatzweise erkannt haben, am deutlich-

¹⁸ Die Zitate in der gegebenen Reihenfolge bei M. GRESCHAT, a.a.O., S. 225. 224. 229.

¹⁹ M. GRESCHAT, a.a.O., S. 29.

²⁰ Vg. dazu K. G. STECK, Schuld und Schuldbekenntnis, Ev. Theol. 1947, Heft 7/8, S. 378 ff.

²¹ E. BETHGE, a.a.O., S. 123

²² G. BRAKELMANN, Kirche in Konflikten ihrer Zeit, 1981, S. 165.

sten die Spandauer Bekenntnissynode Juli 1945: „Wir müßten weit zurückgehen in der Geschichte des deutschen Geistes, um darzutun, warum wir uns so leicht haben verführen lassen. Eine Fehlentwicklung von langer Hand her hat uns dahingebraucht, daß wir in der Stunde der Versuchung versagt haben.“²³

Aber das waren vereinzelte Stimmen. Nicht die Konkretisierung der Stuttgarter Erklärung, sondern deren Privatisierung und Entpolitisierung waren der vorherrschende Trend.²⁴ Eberhard Bethge hat pointiert formuliert: „Die geschichtlich-politische Schuld des Unpolitischen ist also konkret die Schuld der Kirche als einer Kirche in Deutschland; das heißt als einer Kirche, die notwendig in der Verquickung mit Deutschlands Schicksalsdaten von 1848, 1870, 1914, 1918, 1933 und 1945 lebt.“²⁵

Diese notwendige Konkretion der Schuld wird in dem „Darmstädter Wort“ des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 8. August 1947 vollzogen²⁶, das sich freilich der Rat der EKD nicht zu eigen gemacht hat. Es gibt kein anderes kirchliches Dokument, das so klar und eindeutig bestimmte Irrungen theologischer und politischer Natur beim Namen nennt wie dieses. Es macht die Schuld als politisch schuldhaftes Versagen einer Kirche fest. Es setzt ein mit dem Wort von der Versöhnung der Welt mit Gott in Christus und erklärt: „Dies Wort wird nicht ... angenommen, wenn wir uns nicht freisprechen lassen von unserer gesamten Schuld, von der Schuld der Väter wie von unserer eigenen, und wenn wir uns nicht durch Jesus Christus, den guten Hirten, heimrufen lassen auch von allen falschen und bösen Werten, auf welchen wir als Deutsche in unserem politischen Wollen und Handeln in die Irre gegangen sind.“ Und dann wird viermal – jeweils eingeleitet mit den Worten

²³ M. GRESCHAT, a. a. O., S. 73. Auch die westfälische Provinzialsynode (Mitte 1946) hat davon etwas erkannt (S. 259). Wichtig auch die vorläufige Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen (Anfang Februar 1946), S. 239.

²⁴ Vgl. Das bittere Fazit, das K. Barth zog, ebd. S. 214.

²⁵ E. BETHGE, a. a. O., S. 127. Vgl. auch das harte Urteil von R. Scheerer, a. a. O., S. 223. Er spricht von dem Versuch einer Leugnung einer konkreten Schuld des organisierten deutschen Protestantismus, insbesondere in seiner politischen Dimension.“

²⁶ G. BRAKELMANN, a. a. O., S. 162 ff. Dort ist der Text abgedruckt und ein ausgezeichneter Kommentar gegeben, an den ich mich im Wesentlichen halte, ohne immer anzugeben, wenn ich zitiere. Vgl. dazu auch D. KOCH, a. a. O., S. 40 ff.

„Wir sind in die Irre gegangen“ – ein solcher Irrweg benannt:

1. Der Traum von einer besonderen deutschen weltgeschichtlichen Sendung, einer einzigartigen Macht- und Kulturrelle der deutschen Nation, mit dem der Weg nationalen Hochmuts, schrankenloser politischer Machtentfaltung eröffnet und das Verlangen nach einem militärisch starken Staat geweckt wurde.
2. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte konservierenden Mächten und die Verneinung der Revolution und damit die Desavouierung aller Freiheitsbewegungen, die Sanktionierung eines hierarchisch-patriarchalisch-autoritären Ordnungsdenkens.
3. Damit zusammenhängend die weltanschauliche Frontenbildung und die theologisch-apokalyptische Überhöhung der Gegensätze als Kampf der Guten gegen die Bösen, des Lichtes gegen die Finsternis.
4. Die Blindheit gegenüber der vom Marxismus gestellten Frage nach der Verantwortung für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits.

Dieses die Stuttgarter Schulderklärung konkretisierende „Darmstädter Wort“ ist kein kirchenoffizielles Dokument geworden. Es wollte, gerade indem es die politischen Verstrickungen der Kirchen aufzeigte, der Kirche heraushelfen aus ihren unerkannten einseitigen politisch-gesellschaftlichen Bindungen zur Freiheit des Evangeliums, das an keine Gesellschaftsordnung gebunden ist. Der die ganze heutige kirchlich-theologische Auseinandersetzung durchziehende und vergiftende Vorwurf der „Politisierung“ der Kirche beziehungsweise ihrer Verkündigung mit seinem Zögerungseffekt zeigt, wie aktuell dieses „Darmstädter Wort“ geblieben ist. Zum Stichwort „Politisierung“ hat H. Diem bissig, aber zutreffend erklärt: „Man bleibt der alten Tradition treu: Wo die Kirche Ja sagte zu der Politik der im Staat herrschenden Mächte, war das keine Politik. Wehrte sie sich aber dagegen, so war das noch immer und ist auch heute wieder ein unbefugter Übergriff in das politische Gebiet.“²⁷

Und zu der immer wieder empfohlenen politischen Zurückhal-

²⁷ Zit. bei D. KOCH, a.a.O., S. 215.

tung hat Gustav Heinemann gesagt: „Wer für den Kurs der Regierung oder der Parlamentsmehrheit ist, kann sich freilich mit Stillschweigen begnügen. Seine politischen Meinungen kommen ja sozusagen von selbst zum Zuge. Nur soll man solches Stillschweigen nicht als ‘unpolitische Haltung’ anpreisen. Das wäre in Wahrheit die allersublimste Form von Politisierung.“²⁸

3. Die Ausblendung von Schuld

Kam es nicht zu einer Konkretisierung der Stuttgarter Erklärung im Blick auf unser schuldhaftes Mitgehen des verderblichen politischen Weges unsers Volkes, so unterblieb auch das Eingeständnis unserer Schuld ausgerechnet gegenüber denen, die am schwersten unter uns gelitten hatten – gegenüber den Juden, den Kommunisten und den Völkern des Ostens.²⁹

Gegenüber den Juden hat die Synode der EKD in Weißensee 1950 dann doch noch dieses Wort gefunden. Sie nahm einstimmig eine Erklärung an, in der es heißt: „Wir sprechen es aus, daß wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist.“ Der Präses der Synode, Gustav Heinemann, nahm in seinem Schlußwort Bezug auf die Stuttgarter Erklärung, die jetzt an dieser Stelle endlich konkretisiert worden sei.³⁰

Zu einem Bekenntnis unserer Schuld gegenüber den Kommunisten und dem Sowjetvolk, also gegenüber denen, die dem Nationalsozialismus den entschiedensten Widerstand geleistet beziehungsweise im Kampf gegen ihn die schwersten Opfer gebracht hatten, ist

²⁸ Zit. bei D. KOCH, a.a.O., S. 293 f.

²⁹ Vgl. Die Rede M. Niemöllers vor den Studenten in Erlangen 1946, zit. bei: M. GRESCHAT, a.a.O., S. 191. Die Bekennende Kirche hatte sich während der Hitlerzeit zwar vorwiegend für die Judenchristen eingesetzt, aber keineswegs nur für sie, vgl. M. NIEMÖLLER, Die evangelische Kirche im Dritten Reich, 1956, S. 376 ff, bes. S. 384 und 386. Dagegen die beschämenden Äußerungen auf Seite 383, 380, 368.

³⁰ D. KOCH, a.a.O., S. 119, 121. Das Kirchl. Jb. 1950, S. 5 bringt den Text des Wortes zur Judenfrage, nicht aber die Ansprache des Präses der Synode.

es indessen nie gekommen. Ein solches Schuldbekenntnis auszusprechen, fiel offenbar ganz besonders schwer, und zwar aus zwei Gründen:

1. Die Sympathie breiter Kreise der evangelischen Kirche für Hitler kam daher, daß man in ihm den Retter vor dem atheistischen Bolschewismus sah. Unter diesem Aspekt sah man dann auch den Krieg gegen die Sowjetunion. Der Geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche schickte am 30. Juni 1941 ein von Landesbischof Marahrens mitunterzeichnetes Telegramm an Hitler, in dem es heißt: „Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im eigenen Land gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengang gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur auf. Die Deutsche Evangelische Kirche ist mit allen ihren Gebeten bei Ihnen und bei unseren unvergleichlichen Soldaten, die nun mit so gewaltigen Schlägen daran gehen, den Pestherd zu beseitigen, damit in ganz Europa unter Ihrer Führung eine neue Ordnung entstehe und aller inneren Zersetzung, aller Beschmutzung des Heiligsten, aller Schändung der Gewissensfreiheit ein Ende gemacht werde.“³¹ Auch wenn die Bekennende Kirche niemals solch ein Telegramm verfaßt hätte, – die in ihm enthaltene Beurteilung des Bolschewismus war nicht nur bei den deutschen Christen zu finden.

2. In der evangelischen Kirche war nicht in den Blick gekommen, daß die Zielsetzung und die Methoden der deutschen Kriegsführung auf den Kriegsschauplätzen im Westen und denen im Osten von qualitativem Unterschied waren: Während sich der Krieg im Westen im Großen und Ganzen im Rahmen „konventioneller“ Kampfführung gehalten hatte, zielte die Kriegsführung im Osten von Anfang an nicht nur auf die militärische Bezwingung des Gegners, sondern hier wurde ein Vernichtungskrieg gegen die slawischen „Untermenschen“ geführt. Wer diesen fundamentalen Unterschied nicht sah, konnte meinen, der Satz aus der Stuttgarter Erklärung, durch uns sei unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden, schließe doch alle ein und reiche aus. Die Ausblendung der besonderen Schuld gegenüber dem zur Vernichtung bestimmt gewesenen Sowjetvolk ist der verhängnisvollste und fol-

³¹ M. NIEMÖLLER, a.a.O., S. 393.

genschwerste Vorgang in der deutschen Nachkriegskirchengeschichte.³² Eine Kirche, die diese besondere Schuld nicht sehen konnte und nicht sehen wollte, hatte und hat einer antikommunistisch emotionalisierten und ideologisierten Politik mit ihren Folgewirkungen nichts entgegenzusetzen.

Als der sehr bald zutage tretende Ost-West-Gegensatz sich immer mehr verschärfte, war von einer deutschen Schuld gegenüber dem Osten keine Rede mehr. Im Gegenteil: durch eine immer maßloser werdende moralische und politische Diskriminierung der Sowjetunion entstand ein Klima, in dem der Gedanke an eine deutsche Schuld diesem „Untier“ gegenüber beinahe absurd erscheinen mußte.

Die Sowjetunion war der Unrechtsstaat par excellence, in dem Freiheit und Menschenwürde mit Füßen getreten wurden, der seine Gewaltherrschaft über ganz Europa ausdehnen will, jederzeit bereit zu einem Überfall auf das militärisch nicht ausreichend gerüstete Westeuropa, nichts anderes als die rote Version des Totalitarismus, ein aggressives Monstrum – der Koreakrieg war der Beweis –, gegen das man sich stark machen muß, um es schließlich kleinzukriegen.³³

Und da es sich dabei um ein atheistisches Monstrum handelte, mußte der Ost-West-Gegensatz nun auch noch religiös aufgeladen werden. Der damalige Bundeskanzler Adenauer erklärte 1950: „In unserer Zeit wird es sich entscheiden, ob Freiheit, Menschenwürde, christlich-abendländisches Denken der Menschheit erhalten bleibt oder ob der Geist der Finsternis und der Sklaverei, ob der antichristliche Geist für eine lange, lange Zeit seine Geißel über die hilflos am Boden liegende Menschheit schwingen wird.“ „Auf der einen Seite steht Sowjet-Rußland mit seinen Trabanten- und Satellitenstaaten, seinen Fünften Kolonnen und den ihm blind gehorchenden kommunistischen Parteien, hochgerüstet, überall in der Welt das Feuer schürend, Religion und Christentum, europäische Sitten und

³² Hierauf hat D. KOCH nachdrücklich hingewiesen, a.a.O., S. 19, 43, bes. S. 124 ff, 266, 470. Sehr wichtig der Vortrag von Prof. ERDMANN „Deutschland und der Osten – zur historischen Einschätzung der gegenwärtigen Lage“, Kirchl. Jb. 1966, bes. S. 43 f.

³³ Belege bei D. KOCH, a.a.O., S. 204, 160 ff. 262. 144 ff. 322. Vgl. den aufschlußreichen Briefwechsel zwischen E. Brunner und K. Barth in: Evangelische Theologie 1948/49 H. 1/3.

Kultur, Freiheit und Würde der Person vernichtend. Auf der anderen Seite stehen die Atlantik-Paktstaaten unter Führung der Vereinigten Staaten, bereit und entschlossen, alles zu tun für den Frieden, aber nur für einen Frieden in Freiheit und Würde, bereit, ihre Rüstung aufs äußerste zu verstärken, um auf diese Weise den von Sowjet-Rußland drohenden Angriff zu verhindern.“ Es sei seine „tiefe Überzeugung, daß wir alle in einem Kampf zwischen Materialismus und Christentum, zwischen Gut und Böse mitten hineingestellt sind, und daß jeder von uns in diesem Kampfe sein Letztes hergeben muß, damit das Gute obsiegt und damit Gott obsiegt.“³⁴

Man wird bei diesen Äußerungen berücksichtigen müssen, daß sie in der Stalin-Ära gemacht worden sind. Aber sie blieben wirksam. Im Ost-West-Gegensatz handelt es sich um den Kampf des Lichtes gegen die Finsternis, des Guten gegen das Böse. Die Linie zu Äußerungen des gegenwärtigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, der sowjetische Kommunismus stelle die Inkarnation des Bösen dar, es sei möglich, daß wir vielleicht vor dem entscheidenden Endkampf von Harmagedon (Offenbarung 16,16) stünden, liegt auf der Hand.

Eine solchermaßen apokalyptisch ideologisierte Politik konnte dann nur heißen: Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem, Wiederbewaffnung und eine Politik der Stärke treiben. Der damalige Bundeskanzler erklärte: „Erst wenn der Westen stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des eisernen Vorhanges zu befreien, in Frieden zu befreien.“ „Dann wird auch der Tag gekommen sein, wo wir mit unseren Brüdern und Schwestern im Osten in Freiheit wiedervereint sein werden.“³⁵

Was konnte eine Kirche, die die deutsche Schuld gegenüber dem Osten aus ihrem Bewußtsein ausgeblendet hatte, in dieser Situation tun? Hier schieden sich in ihr die Geister. Für die einen stand fest, daß Kommunismus und Nationalsozialismus gleichermaßen totalitäre Systeme sind; die Stuttgarter Erklärung ernstnehmen hieß für sie, dem gottlosen und menschenfeindlichen Kommunismus entge-

³⁴ Zit. bei D. KOCH, a.a.O., S. 178. 419.

³⁵ Zit. bei D. KOCH, a.a.O., S. 179. 262.

genzutreten und also die westliche Politik zu rechtfertigen. Die andere Gruppe ging von der Solidarität der Schuld aus, die die Deutschen in „Stuttgart“ bekannt hatten. Die dort geforderte Umkehr verstanden sie als Umkehr des Sinnes gegenüber allen fremden Völkern. Darum waren sie außenpolitisch auf einen Ausgleich bedacht.

Die Gegensätze in der Deutschlandfrage prallten hart aufeinander: Asmussen warf Niemöller vor – beide hatten die Stuttgarter Erklärung unterzeichnet –, unter seiner Leitung sei im Kirchlichen Außenamt „die Gefahr der Politisierung und die Gefahr der Propagierung des Totalitarismus“ größer als im Dritten Reich geworden, das Sowjetsystem werde verharmlost, die Kirchen in der Welt gerieten in tödliche Gefahr, sich durch die Leitung der ökumenischen Arbeit in Deutschland mit dem Kommunismus abzufinden. Landesbischof Wurm – auch ein Unterzeichner von „Stuttgart“ – warf Barth vor, er unterschätze „in fast perverser Weise die ‚moskowitzische Gefahr‘“. Und Eugen Gerstenmeier verkündete auf dem Essener Kirchentag 1950: im Osten, „da ist die Unfreiheit, da ist der Staat im Kern wider Gott und den Menschen“. Angesichts der Aggressionstendenzen des Ostens sei eine Aufrüstung Westdeutschlands „christlich geboten“.³⁶

Während der Rat der EKD 1950 in Essen sich in seiner Mehrheit noch gegen eine Wiederaufrüstung erklärt hatte – „einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anbetrifft“, erklärte derselbe Rat ein knappes Vierteljahr später: „Die Frage, ob eine wie immer gearbete Wiederaufrüstung unvermeidlich ist, kann im Glauben verschieden beantwortet werden.“³⁷

Die Gruppe um Niemöller, Heinemann und Barth hatte dagegen das besondere Unrecht von uns Deutschen gegenüber den Völkern der Sowjetunion nicht aus dem Blick verloren. Ohne die Unterschiede zwischen den politischen Systemen zu verwischen und ohne die Vorgänge in der Stalinzeit zu bagatellisieren oder gar zu rechtfertigen, konnten sie die politische Entwicklung nicht ohne den Zusammenhang gesamtdeutscher Schuld sehen. Darum haben diese Männer weder die Sowjetunion verteufelt, noch die Vereinigten

³⁶ Diese Zitate bei D. KOCH, a.a.O., S. 353 f. 217. 157 f.

³⁷ D. KOCH, a.a.O., S. 158. 219.

Staaten verhimmelt, sondern sie nüchtern als politische Gegner mit ihren je eigenen Machtinteressen gesehen. Natürlich wußten sie, daß die sowjetische Politik unter ideologischem Vorzeichen geschah, aber sie zogen daraus nicht den Schluß, daß daraufhin eine antikommunistische „christliche“ Gegenideologie aufzubauen sei. Ihnen lag daran, das Ost-West-Verhältnis zu entideologisieren, es aus der Hochstilisierung zu einem weltgeschichtlich-apokalyptischen Entweder/Oder herunterzuholen auf die Ebene rationaler Politik.³⁸

Diese Gruppe sah klar, daß die Christen im Osten von ihrem Staat als fünfte Kolonne des Westens angesehen werden würden, wenn der politische Kampf vom Westen aus unter christlicher Parole geschehe. Sie sah also die Folgen, die die Zustimmung zu einer derartigen Politik für die Kirchen und ihre Glieder in der DDR haben müßten und wehrten sich dagegen, daß die Last der gemeinsamen Schuld nur von einem Teil der Kirche getragen werden sollte.³⁹

Das Entscheidende scheint mir freilich dies: für sie war Gott nicht der Anwalt eines weltanschaulich-religiösen Prinzips, nicht die Legitimationsfigur für eine bestimmte Politik, sondern der lebendige Gott, der sich im Tod und in der Auferweckung Jesu Christi für den Menschen erklärt und das Ja seiner Liebe zu dieser Welt gesprochen und sie mit sich versöhnt hat, der die Geschichte in Fluß hält und sie in das Kommen seines Reiches hineinzieht und der sich dabei nicht „im Rahmen des Möglichen“ – des Status quo – des von den Politikern für realistisch Gehaltenen hält, sondern seine eigenen schöpferischen Möglichkeiten hat. Sie hielten es für realistisch, auch in der Politik mit dieser Realität zu rechnen und sich für sie offenzuhalten und sich nicht von den als realpolitisch ausgegebenen Denkschemata beherrschen, sondern sich von Gott die Freiheit zum rechten Tun geben zu lassen.

Ich habe die Folgegeschichte der Stuttgarter Schulderklärung so ausführlich dargelegt, weil sich in der Interpretation dieser Erklärung während der ersten acht Nachkriegsjahre Entscheidungen in unserer Kirche vollzogen haben, die bis heute nachwirken und den geistigen und politischen Weg unseres Volkes mitbestimmt haben. In der Auseinandersetzung um die Atomwaffen und die Nachrü-

³⁸ Zit. bei D. KOCH, a.a.O., S. 491, vgl. auch S. 367. 369. 457. 491.

³⁹ D. KOCH, a.a.O., S. 366 f. 350. 356. 362.

tung sind die Grundeinstellungen, die sich in jenen Jahren gebildet haben, durchaus wiederzuerkennen. Die drei Formen der Schuldverdrängung wirken weiter. Wo man um Schuldvergebung weiß, kann die eigene Geschichte unbeschönigt gesehen werden.

Im übrigen wäre es ungerecht und undankbar, wenn vergessen würde, daß es in der evangelischen Kirche immer wieder Aufbrüche und Neuansätze gegeben hat. Ich nenne nur die 1958 gegründete „Aktion Sühnezeichen“, die Ostdenkschrift der EKD vom Jahre 1965, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, auf die versachlichende Friedensdenkschrift der EKD vom Jahre 1981 mit ihren über die Heidelberger Thesen hinausführenden Denkansätzen und die neueren Friedensaktivitäten in den evangelischen Kirchen.

III.

LEBEN AUS DER SCHULDVERGEBUNG

Inzwischen sind 30 Jahre seit den ersten neun Nachkriegsjahren vergangen, in denen die entscheidenden Weichenstellungen erfolgt sind; das bedrückende Ergebnis haben wir vor Augen. Nichts von dem, was damals politisch verheißen worden ist, ist eingetreten. Stattdessen sind die beiden deutschen Staaten in die beiden einander feindlich gegenüberstehenden Mächtegruppierungen integriert. Das tödliche Wettrüsten ist forciert eingang gekommen und geht unentwegt weiter. Auch wenn die befürchtete Eiszeit nicht – noch nicht? – eingetreten ist und es zwischen den beiden deutschen Staaten auf wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet erfreulicherweise sogar zu Verbesserungen gekommen ist, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf dem heute entscheidenden Gebiet – dem der Erhaltung des Friedens – die zukunftslose Politik militärischer Friedenssicherung unbeirrt weiter betrieben wird und die Gefährdung des Friedens von Tag zu Tag wächst. Die Schuld hieran einfach den Politikern anzulasten, hülfe nicht weiter. Könnte in dieser Situation die Grundüberzeugung der Stuttgarter Schulderklärung weiterhelfen, daß da, wo Schuld erkannt und vergeben ist, Denken und Handeln nicht mehr blockiert sind, sondern Wege frei werden und sich Zukunft auftut?

1. Die Freisetzung zu neuen Anfängen

Es gibt im Neuen Testament zwei bemerkenswerte Stellen, in denen das Bekenntnis und die Vergebung von Schuld in einer indirekten Weise geschehen – ohne ein „Domine peccavi“ und ein „absolvo te“. Als Petrus, der seinen Herrn verleugnet hatte, dem Auferstandenen begegnete, wurde er nur durch dessen dreimalige Frage nach seiner Liebe behutsam an die Schuld der dreimaligen Verleugnung erinnert. Das Schuldbekenntnis signalisierte sich in der Traurigkeit über diese ihm gegenüber offenbar notwendige Befragung, und die Vergebung bestand in der Zuweisung neuer Verantwortung, in der Beauftragung mit der Leitung der Gemeinde (Joh. 21,15-17).

Und als eine Ehebrecherin vor Jesus gebracht wurde und er ihre Ankläger durch die Aufforderung „Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“ zum Verstummen und zum Verschwinden gebracht hatte, sagte er zu ihr: „So verdamme ich dich auch nicht; gehe hin und sündige hinfort nicht mehr!“ (Joh. 8,1-11). Hier signalisierte sich das Schuldbekenntnis in dem offensichtlichen Verwundern der Frau darüber, daß Jesus ihr nicht ihre Schuld vorhielt; die Vergebung bestand in der Ermöglichung eines Lebens, das die alte Schuld nicht wiederholte.

Darin, daß Schuldbekenntnis und Schuldvergebung in dieser indirekten Form geschehen kann, liegt für mich eine Hilfe, wenn ich an den Umgang mit Schuld im Bereich des Politischen denke. Schuld geschieht hier ja nicht einfach nur zwischen Mensch und Mensch – etwa im Verhalten gegenüber dem politischen Gegner –, sondern im Mitverantworten von Entscheidungen, die sich auf Menschen auswirken, wobei diese Mitverantwortung nicht nur dann besteht, wenn ich an solchen Entscheidungen unmittelbar beteiligt gewesen bin, sondern auch, wenn ich in sie eintrete und sie übernehme, sie vertrete und den damit beschrittenen Weg mitgehe und keinen Widerspruch erhebe. Und Schuldvergebung geschieht hier ja nicht in ritualisierter Form.

Umgang mit schuldhafter Geschichte – und es gibt keine andere – würde also im Sinne der Stuttgarter Schulderklärung so geschehen, daß ich frage (weil Christus, dem nichts mehr als der Wunsch am Herzen liegt, mich so fragt): wo sind Entscheidungen getroffen worden, durch die Schaden entstanden ist für die Menschen und ihr

Zusammenleben, Entscheidungen unter Ausblendung der eigenen Schuld (der Schuld meines Volkes oder meiner Gruppe), aus egoistischen Sicherheitsbedürfnissen, auf Kosten der anderen, in unveröhnlicher Behauptung eines starren Rechtsstandpunktes, aus Angst vor der herrschenden Meinung, unter dem Druck handfester Interessen, in Ignorierung der Not in der Dritten Welt, unter falschen oder inzwischen nicht mehr zutreffenden Voraussetzungen und mit ungeprüften Argumenten? Wo kommen in ihnen alte Fehlhaltungen meines Volkes wieder zum Durchbruch?

Genau das meinen diejenigen, die heute im Blick auf von ihnen für verhängnisvoll gehaltene politische Entscheidungen erklären: wir möchten nicht noch einmal ein Schuldbekenntnis ablegen müssen. Sie wollen damit ja nicht sagen, daß sie schuldfrei handeln möchten, so daß sie keiner Vergebung mehr bedürften – ein solches Handeln gibt es nicht –, sondern sie möchten nicht noch einmal an der alten Stelle schuldig werden; sie möchten, daß erkannte Irrwege nicht einfach besinnungslos weitergegangen werden, daß vielmehr im Lichte Christi, der das Leben des Menschen will und dafür das seine hergegeben hat, der inzwischen zurückgelegte Weg kritisch bedacht wird und als irrig, nämlich als menschenschädlich erkannte Unterwegsentscheidungen aufgegeben werden und neue, menschendienliche Schritte getan werden.

Ich halte die Denkschrift der EKD über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ vom Jahre 1965 für einen solchen Schritt. Hier wird es aufgegeben, die Vertriebenen und Umgesiedelten weiterhin in der illusionären Hoffnung auf Rückgliederung und Wiederbesiedlung dieser Gebiete zu belassen.⁴⁰ Und zugleich wird es unterlassen, weiterhin von unverzichtbaren Rechtsansprüchen auf die einstigen

⁴⁰ Ludwig RAISER hat auf den Vorwurf der Lieblosigkeit, die diese Denkschrift gegenüber den Vertriebenen darstelle, geantwortet: „Recht verstandene Liebe zu denen, die unter uns um den Verlust ihrer Heimat Leid tragen, (kann) nach unserer Überzeugung nicht darin bestehen, sie mit politischen juristischen und theologischen Argumenten immer weiter in der Vorstellung bestärken, es sei nur kommunistisches Teufelswerk, was sie am Rückgewinn der Heimat hindere ... Das deutsche Volk ... soll nicht im Wunschdenken und in der Selbstgerechtigkeit, sondern in der Wahrheit leben! Nur so kann auch die notwendige und heilende Verschmelzung gelingen, während alles Reden über unverzichtbare Rechtsansprüche die Wunden immer neu aufreißt.“

deutschen Ostgebiete zu reden, so daß – auch wenn ein förmlicher Rechtsverzicht noch nicht ausdrücklich empfohlen wird –, den Befürchtungen und Verunsicherungen der polnischen Bewohner dieser Gebiete keine neue Nahrung mehr gegeben wird. Die „Schuld der anderen“ – der Polen also – wird nicht verschwiegen; aber sie wird deutlich als ein zweites Wort ausgesprochen, das erst gesagt werden kann, wenn die eigene Schuld als deren Ursache genannt worden ist. Es wird die Einsicht der Polen in ihre Schuld erwartet, aber nicht zur Bedingung für das Eingeständnis eigener Schuld gemacht. „Vom Unrecht der Vertreibung kann ... nicht gesprochen werden, ohne daß die Frage nach der Schuld gestellt wird. Im Namen des deutschen Volkes wurde der Zweite Weltkrieg ausgelöst und in viele Länder getragen. Seine ganze Zerstörungsgewalt hat sich schließlich gegen den Urheber selbst gekehrt. Die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung und das Schicksal der deutschen Ostgebiete ist ein Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk über sich selbst und andere Völker gebracht hat ... Wir müssen ... daran festhalten, daß alle Schuld der anderen die deutsche Schuld nicht erklären oder auslöschen kann.“⁴¹

Hier ist – nach 20 Jahren – das Stuttgarter Schuldbekenntnis im Blick auf Polen konkretisiert worden. Daß das Eingeständnis von Schuld den Weg freimacht zu neuer Kommunikation, zeigt der Brief der katholischen Bischöfe Polens vom 18. November 1965, in dem Vergebung für deutsche Schuld gewährt wird und um Vergebung für polnische Schuld gebeten wird.⁴² Freilich ist dies ein Vorgang zwischen Christen. Aber wenn *sie* nicht beginnen, wird überhaupt nicht begonnen. Vergebung im eigentlichen Sinne gibt es freilich nur in der Kirche Jesu Christi; zwischen den Völkern entspricht dem die „Vernarbung“ (D. Bonhoeffer). „Die Kirche erfährt im Glauben die Vergebung aller ihrer Sünden und einen neuen Anfang durch Gnade; für die Völker gibt es nur ein Vernarben der Schuld in der Rückkehr zur Ordnung, zum Recht, zum Frieden ... Die Kontinuität der vergangenen Schuld, die im Leben der Kirche und der Gläubigen durch Buße und Vergebung abgebrochen wird, bleibt im geschichtlichen Leben der Völker erhalten. Nur darauf kommt es an,

⁴¹ Kirchl. Jb. 1965, S. 59; vgl. auch S. 64.

⁴² Kirchl. Jb. 1966, S. 54.

ob die vergangene Schuld tatsächlich vernarbt ist, und an dieser Stelle gibt es dann auch innerhalb der geschichtlichen außen- und innenpolitischen Auseinandersetzung der Völker so etwas wie Vergebung, die doch nur ein schwacher Schatten der Vergebung ist, die Jesus Christus dem Glauben schenkt ... Voraussetzung für diese innergeschichtliche Vergebung bleibt, daß die Schuld vernarbt ist, indem aus Gewalt Recht, aus Willkür Ordnung, aus Krieg Friede geworden ist.“⁴³

Die Ostdenkschrift der EKD hat den Prozeß der Vernarbung eingeleitet, indem sie bewußtseinsmäßig den Boden vorbereiten half für die neue Ostpolitik der Bundesregierung. Insofern ist der Satz Eugen Kogons, die Stuttgarter Schulderklärung der Evangelischen Kirche habe konkrete Politik nicht zur Folge gehabt⁴⁴, in dieser Allgemeinheit nicht zutreffend; denn die Denkschrift ist eine Konkretisierung von „Stuttgart“.

Vergebung ist nicht nur Entlastung von der alten Schuld, sondern auch Entlassung in neue Möglichkeiten, nicht nur Befreiung von der Vergangenheit, sondern zugleich Befreiung zur Zukunft. Leben aus der Vergebung heißt: das, was einem als Schuld – als das Leben der Menschen beschwerend oder gefährdend – aufgegangen ist oder aufgedeckt worden ist, nicht fortzusetzen, sondern ihm zu widerstehen und neu anzusetzen.

Im 40. Jahr nach dem Stuttgarter Schuldbekennnis scheint es mir an der Zeit zu sein, den Weg, der mit der Wiederbewaffnung beschritten worden ist, kritisch zu überdenken und gegebenenfalls zu einem Neuansatz zu finden. Im Jahre 1950 hat der Rat der EKD seine Aussage, „einer Wiederbewaffnung können wir das Wort nicht reden“, zurückgenommen. Im selben Jahr ist Gustav Heinemann als Minister zurückgetreten und hat in seinem letzten Brief an den damaligen Bundeskanzler unter anderem folgendes geschrieben:

„Wenn das Wort von der Politik aus christlicher Verantwortung unter uns nicht eine Phrase sein soll, dann werden wir gerade in dieser entscheidenden Frage bedenken müssen, was in unserer Situation Gottes Wille ist. Wir sind in zwei blutige Kriege und zwei nationale Katastrophen hineingeraten, weil wir allzu sehr bereit waren,

⁴³ D. BONHOEFFER, *Ethik*, S. 52 ff.

⁴⁴ Zit. bei D. KOCH, a.a.O., S.5.

unser Vertrauen auf die Kraft der Waffen zu setzen. Gott hat uns gezeigt, daß diese Rechnung eine Fehlrechnung ist. Haben wir, wenn wir jetzt schon wieder zu den Waffen greifen wollen, gelernt, daß Gott uns die Geduld und den Mut beibringen will, in gefährvollster Situation im Vertrauen auf seine Hilfe die von uns nicht vorher zu sehenden Möglichkeiten seines Weltregiments real in Rechnung zu stellen?“

Der Bundeskanzler hatte zuvor an Heinemann geschrieben: „Während Sie der Auffassung sind ..., daß man, nachdem uns Gott das Schwert zweimal aus der Hand genommen hat, es nicht zum dritten Mal in die Hand nehmen dürfe ..., bin ich der Auffassung, daß der Frieden nur dadurch erhalten werden kann, daß man durch Aufbau und Bereitstellung einer entsprechenden Streitmacht dem allein als Angreifer in Betracht kommenden Staate Sowjetrußland vor Augen führt, daß ein Bruch des Friedens auch für ihn selbst ein sehr hohes Risiko bedeutet.“⁴⁵

Diese Auffassung hat sich durchgesetzt. Das Argument ist geblieben; es wird von beiden Seiten zur Begründung für ihre Rüstung benutzt – der „allein als Angreifer in Betracht Kommende“ ist jeweils der andere, wofür jeder seine den Gegner anschuldigenden Argumente parat hat. Wohin diese Entwicklung geführt hat, brauche ich nicht zu sagen. Die Situation, in der wir uns befinden, ist ohne jedwede Perspektive, es sei denn die des Todes. Muß die Kirche des Stuttgarter Schuldbekenntnisses heute nicht ein entschiedenes Nein zum Weitergehen auf diesem Weg sagen, nachdem ihr durch die neue Waffenqualität endlich die Augen dafür aufgegangen sind, was das heißt: Krieg führen, und daß es ein *iustum bellum* gerere (Art. XVI der Augsburgen Konfession) jedenfalls heute nicht mehr gibt. Unsere evangelischen Kirchen in der DDR haben dem Geist, der Logik und der Praxis des Abschreckungssystems abgesagt – abgesagt im Sinne einer *abrenuntiatio diabolo* – und stattdessen dem politikfähigen Konzept gemeinsamer Sicherheit zugestimmt.

Muß die Kirche nicht im Sinne der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver fordern, daß völkerrechtlich nicht nur die Anwendung von Atomwaffen, sondern schon deren Besitz als Verbrechen beurteilt werden muß, da der

⁴⁵ Ebd. S. 513.

Besitz dieser Waffen militärisch nur dann einen Sinn hat, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, sie notfalls auch einzusetzen, und also die Bereitschaft zu dem Verbrechen, wahllos Millionen von Menschen grauenvoll umzubringen? Muß die Kirche nicht erklären, daß es heute keinen Wert gibt – weder die westliche Freiheit noch die sozialistischen Errungenschaften –, der es rechtfertigen könnte, daß zu seiner Verteidigung Atomwaffen eingesetzt werden und also millionenfacher Mord verübt würde? Macht sich die Kirche, wenn sie wegen einer fehlenden Alternative das Abschreckungssystem als Mittel der Friedenssicherung noch für vertretbar erklärt, nicht faktisch schuldig am ungehinderten Fortgang der Aufrüstung, auch wenn sie das Gegenteil will?

Angesichts der neuen Tötungssysteme ist natürlich auch die Frage des Waffendienstes neu gestellt. Die Kirchen bei uns haben erklärt, daß Christen es auch unter den gefährlicher gewordenen Bedingungen wagen könnten, bewaffneten Dienst in einer Armee zu tun. Es könnte „gewagt“ werden, haben sie gesagt. Und das heißt: es muß jeder gewissenhaft prüfen, ob er den Dienst mit der Waffe tun kann beziehungsweise ob er ihn noch weiterhin tun kann. Nicht wer den Dienst mit der Waffe ablehnt, sondern der, der ihn zu tun bereit ist, muß dafür ausdrücklich Gewissensgründe geltend machen können.

Dem Soldaten, der sich für den Dienst mit der Waffe entschieden hat, wird nicht unterstellt, daß er gewissenlos gehandelt habe. Wer könnte behaupten, daß einer nicht im Gewissen überzeugt sein könnte, in der noch nicht erlösten Welt und angesichts der weltpolitischen Situation würde er durch Verweigerung des Waffendienstes ein friedensgefährdendes Vakuum schaffen helfen? Die Kirche ist nicht die Richterin über die Gewissen. Jeder steht und fällt seinem Herrn. Die Soldaten bleiben also in der Kirche Brüder, die wie die anderen der Vergebung bedürfen und mit denen also die Gemeinschaft am Tisch des Herrn erhalten bleiben muß. Aber die Kirche darf ihnen die Frage nicht ersparen, ob sie sich getrauen, die Sündenvergebung in Anspruch zu nehmen, wenn sie gezwungen sein sollten, in einem mit Atomwaffen geführten Krieg aktiv mitzuwirken.

In diesem ganzen schwierigen Fragenkomplex wird es mir immer mehr zur Frage, ob die Kirche nicht neu schuldig wird, wenn

sie Gott nur im Rahmen der Sündenstruktur dieser Welt handelnd denkt als den, der sich dem Chaos entgegensetzt und ihm wehrt, und nicht auch als den, der mit seinem kommenden Reich Möglichkeiten in die Geschichte bringt, die den bisherigen Erfahrungsrahmen öffnen für neue Erfahrungen, zum Beispiel die, daß bestimmte Automatismen nicht zwangsläufig eintreten müssen („zwangsläufig“ ist eine atheistische Kategorie), daß also zum Beispiel Verzichte nicht mit Erpressung beantwortet werden müssen. Eine aus Schuldvergebung lebende Kirche ist befreit von der Verhaftung an das Vergangene, von der Fixierung auf das bislang für realistisch Gehaltene und das jetzt für politisch machbar Erklärte; sie empfängt die Wahrnehmungsfähigkeit für politische Möglichkeiten, die in dieser Fixierung überhaupt nicht in den Blick kommen konnten.

Sicher ist Politik die Kunst des Möglichen, aber die Kirche wird daran zu erinnern haben, daß Gott nicht nur innerhalb des vorgegebenen Erfahrungsrahmens zu handeln vermag, sondern ihn öffnen will für die Wahrnehmung neuer, in Politik umsetzbarer Möglichkeiten. Daß damit ein irrationales Element in die Politik eingeführt werde, wäre doch nur dann ein Einwand, wenn die heutige Politik für rational gehalten werden könnte und wenn unterstellt würde, daß Gott in seinem Handeln unvernünftig oder widervernünftig sei. Natürlich wird die Kirche das, was sie sagt, politisch plausibel machen müssen, aber sie wird sich dabei eben gerade nicht davon bestimmen lassen, was bislang für möglich und realistisch gehalten worden ist, sondern sie wird Gottes Möglichkeiten zu entschlüsseln versuchen, die auch die politischen Vernunft einleuchtend werden, sofern sie sich aus ihren bisherigen Fixierungen befreien läßt.

Auch wenn die Bergpredigt kein politisches Handlungsprogramm ist, so enthält sie doch sehr viel mehr politische Vernunft, als wir bisher wahrgenommen haben. Daß zum Beispiel den „Sanftmütigen“ – denen, die nicht mit dem Gegenschlag drohen, die dem anderen entgegenkommen und zu dem Risiko des ersten Schrittes bereit sind, der Besitz des Erdreiches – des Erdreiches! – verheißen wird, das wird sich immer mehr als politisch vernünftig herausstellen. Es geht schlicht um die Frage, die G. Heinemann gestellt hatte, ob in der Politik Gottes unvorhersehbare Möglichkeiten real in Rechnung gestellt werden sollen oder ob man lieber im Rahmen der alten Erfahrungen bleiben will.

Leben aus Schuldvergebung ist Leben-dürfen aus geschenkter Zukunft und nicht Leben-müssen aus verfehlter Vergangenheit. Eine Kirche, die so lebt, weiß: Gottes Reich kommt nicht aus der Geschichte, aber es kommt in die Geschichte; es erweitert die politische Vernunft und macht wahrnehmungsfähig für Lösungen, die in der Richtung dessen liegen, was Gott zu bringen verheißt hat.

2. Ermöglichung konkreter Unterscheidung

Leben aus der Schuldvergebung im Blick auf das Denken ist Ausbruch aus angeerbten Voreingenommenheiten und ideologischen Denkwängen in die Unbefangenheit konkret unterscheidenden Urteilens.

In wie starkem Maße die Nachkriegspolitik ideologisiert gewesen ist und wie wenig die Kirche dieser Ideologisierung hat wehren können, habe ich anzudeuten versucht. Der Westen hat dem atheistischen Kommunismus einen „christlichen“ Antikommunismus entgegengesetzt zu müssen gemeint, und diese Gegenideologie, hat sich mit ihren groben Rastern tief ins westliche Bewußtsein eingeschliffen.

Schuldvergebung wird wirklich in der Abkehr von Irrwegen, also auch von Irrwegen, in die sich das Denken verlaufen hat. Karl Barth hat in seiner Antwort an Emil Brunner, der ihn an sein Nein gegenüber dem „braunen“ Totalitarismus erinnert und ihm ein gleiches Nein gegenüber dem „roten“ Totalitarismus abgefordert hatte, geantwortet: „Die christliche Kirche hat es nicht zeitlos mit diesen oder jenen -ismen und Systemen, sondern mit den jeweils in das Licht des Wortes Gottes und des Glaubens tretenden geschichtlichen Wirklichkeiten zu tun. Sie ist nicht irgendeinem Naturrecht, sondern ihrem lebendigen Herrn verpflichtet. Sie denkt, redet und handelt darum gerade nie ‚prinzipiell‘. Sie urteilt vielmehr geistlich und darum von Fall zu Fäll. Sie verweigert sich darum jeder Systematisierung der politischen Geschichte und ihrer eigenen Teilnahme daran.“⁴⁶

Als ich 1954 – vor genau 30 Jahren – auf den Ruf des sächsischen

⁴⁶ Evangel. Theol. 1948/49, H. 1/3, S. 37. 41.

Landesbischofs hin von Heidelberg nach Dresden übersiedelte, hatte ich natürlich auch ein bestimmtes Bild von einem kommunistischen Staat mitgenommen. Und es war ja nicht alles einfach nur eine böswillige Verzerrung. Ich habe es erst allmählich gelernt, mich von diesem Bild zu lösen. Natürlich wird von der Partei, die den Marxismus-Leninismus vertritt, erklärt, daß es eine ideologische Koexistenz mit anderen Weltanschauungen nicht geben könne, weil diese nicht als gleich wahr angesehen werden können. Damit ist für uns nicht mehr ausgesagt, als wovon auch wir überzeugt sind, daß nämlich der Marxismus-Leninismus nicht den christlichen Glauben und der christliche Glaube nicht den Marxismus-Leninismus integrieren kann. Ein Konflikt entsteht erst dann, wenn aus der Verneinung ideologischer Koexistenz mit dem christlichen Glauben die Bestreitung seines Rechtes auf Existenz würde.

Hier liegt natürlich ein Konfliktfeld bereit. Aber wir haben allmählich gelernt, zwischen dem Kommunismus beziehungsweise Sozialismus als gesellschaftlicher Wirklichkeit und als Ideologie zu unterscheiden. Die Ideologie ist zwar ein entscheidender, aber doch eben nur ein Faktor in der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen verändern auch die Ideologie. Das Verhältnis des christlichen Glaubens zur Ideologie des Marxismus-Leninismus ist weder als totale Konfrontation, noch als partielle Identifikation beschreibbar, sondern ist ein dialektisches: „Zustimmung und Zurückweisung, lernbereites Aufnehmen und kritisches Prüfen ... sind hier stets in Tateinheit zu praktizieren.“⁴⁷ ,

Im Blick auf den gekreuzigten Herrn und in Erwartung seines Reiches versuchen wir also unseren Weg zu gehen im ständigen konkreten Unterscheiden unter der Frage: was ist dem von Gott geliebten, zur Freiheit der Kinder Gottes berufenen Menschen dienlich, wo und wie haben wir uns also zu engagieren oder eben auch zu versagen, uns einzusetzen oder auch zu widersetzen? Wir errichten also gerade keine Gegenideologie, sondern urteilen „geistlich und darum von Fall zu Fall“ (K. Barth). Wir sehen den Kommunismus als ein offenes System in einer offenen Geschichte. Hier sind

⁴⁷ BUND DER EV. KIRCHEN IN DER DDR, Drucksache 2310- 875/76: Wie wird das Evangelium über die Motivation hinaus für das Engagement von Christen im gesellschaftlichen Leben wirksam?

wir aus einer ideologischen Befangenheit – einer Gefangenschaft des Denkens – befreit worden, so daß wir der Wirklichkeit des Kommunismus sachlich und ungeängstigt begegnen können.⁴⁸

Die Herauslösung aus antikommunistischen Denk- und Verhaltenszwängen ist zugleich der Bruch mit einer langen schuldhaften Vergangenheit der Kirche, auf die das Darmstädter Wort aufmerksam gemacht hat. Es geht dabei nicht um eine Idealisierung oder gar Propagierung des kommunistischen Gesellschaftssystems und seiner Machtstrukturen durch die Kirche. Dazu besteht keinerlei Veranlassung. Sondern darum geht es, daß die Kirche in der Auseinandersetzung um den Frieden nur dann hilfreich sein kann, wenn sie alte Schuld nicht wiederholt und sich in dem politisch-ideologischen Antagonismus nicht auf die eine Seite dieses Gegensatzes stellt, also nicht eine ideologische Verstärkerrolle spielt. Sonst fällt sie als Potential zur Konfliktlösung aus.

3. Die Ermutigung zur Übernahme von Verantwortung

„Sündige hinfort nicht mehr“, so hatte Jesus die Ehebrecherin entlassen. Er hatte damit ja nicht gemeint, daß sie in Zukunft überhaupt nicht mehr sündigen würde, sondern daß sie in Zukunft diese bestimmte, erkannte Sünde nicht wiederholen, daß sie ihr vielmehr widerstehen und nicht wieder an dieser Stelle schuldig werden sollte. Aber es wird nicht ausbleiben, daß sie an anderer Stelle schuldig werden wird.

Es geht uns nicht anders. Auch wenn wir einen erkannten Irrweg nicht fortsetzen werden, so werden wir doch auch in Zukunft in Schuld geraten. Wer in Entscheidungen lebt, wird unausbleibbar schuldig.

Wie soll man leben angesichts dieser Tatsache? Zweierlei scheint mir ausgeschlossen zu sein: einmal der vielleicht zunächst bestehend erscheinende Gedanke, die Fragen der Friedensverantwortung seien so weitreichend und setzten ein so hohes Maß an Expertenwissen voraus, daß hier unmöglich allen zugemutet werden dürfe, die Last der Verantwortung zu tragen, daß vielmehr die

⁴⁸ Vgl. die Bemerkung von L. RAISER, Kirchl. Jb. 1965, S. 63.

demokratisch gewählten Verantwortungsträger für das politische Handeln bereit sein müssen zur Übernahme möglicher Schuld. Eine solche gleichsam institutionalisierte proleptische Schuldübernahme durch eine Gruppe ist theologisch ebenso unmöglich, wie die Schuldzuweisung durch die anderen an diese Gruppe. Es gibt zwar eine abgestufte, aber keine abgetretene Verantwortung.

Als die für die ganze Nachkriegsweltgeschichte schicksalhafte Entscheidung über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu fällen war, hat Gustav Heinemann dem Bundeskanzler, der den Bundestag als zuständig für die Frage der Aufrüstung erklärt hatte, vorgeworfen, daß er „in den Formen autoritärer Willensbildung und des stellvertretenden Handelns denke“; Heinemann wußte natürlich, daß im Grundgesetz ein Volksentscheid oder andere plebiszitäre Elemente nicht vorgesehen sind, aber er erklärte: „Streiten wir nicht ... um Verfassungswortlaute. Wo ein Wille zur Mitbeteiligung des Volkes vorhanden ist, gibt es auch Wege, um diese Mitbeteiligung aufzuschließen.“⁴⁹ Die Bereitschaft einer Regierung oder eines Parlamentes zur potentiellen Schuldübernahme, bei Entscheidungen, in denen es um Gedeih und Verderb des Volkes geht, dürfte das eigene Verantwortungsvermögen überziehen und die vorhandene Bereitschaft und Fähigkeit der Bürger unterschätzen, an solch einer Entscheidung mitzuwirken und sie mitzuverantworten.

Die andere Haltung, die mir angesichts des unausbleibbaren Schuldigwerdens ausgeschlossen zu sein scheint, ist die gegenteilige: die Flucht vor der Verantwortung durch den Rückzug in einen unpolitischen Innerlichkeitsraum oder der Ausweg in einen Entscheidungsindifferentismus. Wenn wir dem Schuldigwerden nicht entgehen können und in jedem Falle, mit allen unseren Entscheidungen auf Vergebung angewiesen sind – läuft das dann nicht darauf hinaus, daß es im Grunde gleichgültig ist, welche Entscheidung ich treffe? Keineswegs! Die Zuversicht, daß ich auch in Zukunft mit Gottes Vergebung rechnen darf, macht mir Mut, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen.

Aber das Wissen um Gottes Vergebungsbereitschaft bedeutet keinen Freibrief für die Beliebigkeit meines Tuns, sondern läßt mich erst recht nach Gottes Willen fragen, dem ich mit meinem Entschei-

⁴⁹ Zit. bei D. KOCH, a.a.O., S. 188.

den und Tun entsprechen möchte. Gerade, wenn ich Schuldvergebung nicht mißverstehe als die Beschwichtigung, daß alles nicht so schlimm gewesen sei, sondern sie verstehe als Beseitigung dessen, womit ich durch mein Tun und seine Auswirkungen auf das Leben der Gemeinschaft behaftet bin, werde ich sehr intensiv darum bitten, daß Gott mich durch das Licht seines Wortes beim Abwägen des Für und Wider, bei der Gewichtung der Argumente, im Bedenken der Folgen, im Erkennen eigener Vorurteile und Denkwänge, so leiten möchte, daß sich mir ein klarer Weg zeigt. Ich möchte ja nicht irgendeine Entscheidung treffen, sondern die möglichst beste, nämlich diejenige, die dem Reiche Gottes, in dem „Gerechtigkeit und Friede sich küssen“, in dem die Friedensstifter und die nach Gerechtigkeit Hungernden selig gepriesen werden, am besten entspricht. Da ich aber kein göttliches Wissen habe, sondern immer nur „nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens“ (These 5 der Barmer Theologischen Erklärung) entscheiden kann, ist auch eine solche unter sorgsamster Prüfung getroffene Entscheidung dem Risiko des Irrtums ausgesetzt und der Vergebung bedürftig.

Aber wo ich, unausweichlich vor eine Entscheidung gestellt, in dieser Weise verfahren bin, darf ich dann auch eine Entscheidung wagen und zu ihr stehen. Man wird es mir anmerken, ob ich vor dem lebendigen Gott gestanden und ihm mein gängstiges Gewissen hingehalten habe. Dann darf ich mich an Luthers „*Pecca fortiter*“ halten – sündige kräftig, erschrick nicht vor dem Risiko, nimm die mögliche Schuld auf dich! Aber Luther hat diesem gefährlichen Satz sofort hinzugefügt: „*sed crede fortius!*“ – aber glaube noch kräftiger, nämlich daran, daß Gott deine Entscheidung in seine Hand nimmt und sie, wenn sie trotz allen sorgfältigen Prüfens irrig war, vereiteln oder unwirksam machen und ihre Schadenswirkung eingrenzen kann oder dich neue Einsichten gewinnen läßt und den Mut, den Irrweg aufzugeben. *Pecca fortiter sed crede fortius* – wage es, dich zu entscheiden, und traue es Gott zu, daß er Möglichkeiten hat, an die du – fixiert auf das Bisherige – noch nicht zu denken gewagt hast!

4. Die Bewahrung der Gemeinschaft

Die Einsicht in die Unentrinnbarkeit des Schuldigwerdens muß uns weder zur Leichtfertigkeit verführen noch in die Resignation treiben. Auszuhalten und zu bestehen ist diese Situation, wenn die 5. Bitte des Vater-Unser unser tägliches Gebet wird: „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.“ Schuld ist immer dasjenige, was die Gemeinschaft beeinträchtigt, behindert oder zerstört – die Verweigerung oder Unterlassung der geschuldeten Liebe. Die Bitte um Gottes Vergebung könnten wir nicht wagen, würden wir die Versicherung verweigern, unsererseits den anderen vergeben zu wollen, und diese Versicherung könnten wir nicht geben, dürften wir Gott nicht um Vergebung bitten.

Weil wir Gott, den Vater des gekreuzigten Sohnes, als unseren Vater anrufen und darum bitten dürfen, die Gemeinschaft mit uns und untereinander wiederherzustellen, indem er von uns fortnimmt, was sie zerstört hat, können wir die anderen entlasten von dem, wodurch sie unsere Gemeinschaft beeinträchtigt oder zerbrochen haben. Aber wir können Gott nicht um die Wiederherstellung der Gemeinschaft mit uns bitten, ohne in Entsprechung hierzu die Gemeinschaft mit denen wiederherzustellen, die durch deren Verhalten Schaden gelitten hat.

In der Kirche als der Gemeinschaft der der Schuldvergebung Bedürftigen und zur Schuldvergebung Verpflichteten werden in bestimmten Situationen – zum Beispiel heute in der Friedensfrage – die einen die anderen mit letztem Ernst fragen dürfen und fragen müssen, ob in der Nachfolge Christi jetzt nicht der eine Weg als der einzige geboten und der andere also auszuschließen und vor Christus, dem Herrn, nicht zu verantworten sei. Sie werden die richtige Aussage, daß die Einheit der Kirche nicht in der Gleichheit politischer Überzeugungen und Entscheidungen bestehe, nicht im Sinne eines prinzipiellen Sowohl-als-auch verstehen; sie werden also fragen, ob der von den anderen für möglich gehaltene Weg nicht in Gefahr steht, aus der Einheit mit Christus herauszuführen. Sie werden erklären dürfen und müssen, daß sie diesen Weg aus Glaubensgehorsam nicht mitgehen können. Aber sie werden das nur tun können und tun dürfen, wenn sie sich ihrer Entscheidung geistlich ganz gewiß sind und nachdem sie sich geprüft haben, daß andere Motive,

Ressentiments oder Animositäten nicht mit im Spiel sind. Sie werden sich klarmachen müssen, daß die Nachfolge Christi ein ganzheitlicher Lebensvorgang ist, der nicht nur in politischen Entscheidungen und Vollzügen besteht, für den nicht nur das 5., sondern beispielsweise auch das 6. oder das 8. Gebot gilt und gleich ernst genommen sein will. Irgendwo werden wir alle – wird auch der konsequenteste Pazifist – an der Gemeinschaft schuldig und bedürfen wir und bedarf er der Vergebung Gottes und der der Brüder und Schwestern.

Unter der 5. Bitte des Vater-Unser wird also eine Aufkündigung der Gemeinschaft und also die Versagung der Vergebung nur dann infrage kommen können, wenn der andere sich dem Hören verweigert und nicht mehr zum Gespräch vor dem Angesichte Gottes bereit ist. Wo die 5. Bitte gebetet wird, werden auch Zerreißproben der Gemeinschaft zu bestehen sein und wird der Friede Gottes Herzen und Sinne im Guten bewahren (Phil. 4,7).

Über die Autoren
der Texte in diesem Dokumentationsband

Ulrich Frey (Jg. 1937) | Assessor iur., 1972 – 2000 Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF); langjährig aktiv in Friedensbewegung und Friedensdiensten, beteiligt an der Etablierung des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung seit 1983 im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland und seit 1991 in der Evangelischen Kirche im Rheinland; aktuell: Projektgruppe „Kirchen gegen Atomwaffen“, Arbeitskreis Frieden in der Evangelischen Kirche im Rheinland, Martin-Niemöller-Stiftung e.V., Mitglied des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie. – Buchveröffentlichung: „Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens – Texte aus drei Jahrzehnten“ (edition pace | 2022).

Werner Krusche (1917-2009) | Theologe; Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (1968-1983), Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche der Union für den Bereich DDR (1976-1979), Vorsitzender des Kirchenbundes der DDR (1981-1982), Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen (1981-1982). – Er wurde als Soldat 1942 in der Sowjetunion schwer verwundet. Nach seiner Rückkehr aus britischer Kriegsgefangenschaft nahm er das 1943 begonnene Theologiestudium wieder auf. Im Anschluss an seine Promotion in Heidelberg ging Krusche 1954 vom Westen in die DDR, zunächst als Pfarrer nach Dresden. Die ‚Aussöhnung der Deutschen mit den Völkern der ehemaligen Sowjetunion‘ war einer der Schwerpunkte seines Wirkens.

Wolfram Wette (Jg. 1940) | Prof. Dr. phil., Historiker, Friedensforscher und Autor, emeritierter Professor der Universität Freiburg. 1971 – 1995 Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg, 1990 Habilitation, 1998 – 2005 außerplanmäßiger Professor für Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität

Freiburg. Ehrenprofessor der russischen Universität Lipezk und Träger des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland am Bande. – Veröffentlichungen (Auswahl): „Militarismus und Pazifismus. Auseinandersetzung mit den deutschen Kriegen“, mit einem Vorwort von Fritz Fischer (1991); „Pazifistische Offiziere in Deutschland“ 1871-1933 (1999); „Ehre, wem Ehre gebührt! Täter, Widerständler und Retter 1939-1945“ (2015); „Ernstfall Frieden – Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914“ (2017); „„Nie wieder Krieg!“ – Hat die alte Parole angesichts des Ukraine-Krieges noch eine Zukunft?“ (2023), Aufsatz im Sammelband „Bedrohter Diskurs – Deutsche Stimmen zum Ukraine-Krieg“ (alle Angaben übernommen nach einem Eintrag auf: rosalux.de, Mai 2025).

edition pace

Begründet von Thomas Nauerth & Peter Bürger

John Dear

EIN MENSCH DES FRIEDENS UND DER GEWALTFREIHEIT WERDEN.

Ausgewählte Aufsätze und Reden.

Norderstedt: BoD 2018 – ISBN: 978-3-7460-8898-3

(Paperback; 168 Seiten; 6,99 Euro)

Heinrich Missalla

„GOTT MIT UNS“.

Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914-1918.

Norderstedt: BoD 2018 – ISBN: 978-3-7528-1568-9

(Paperback; 132 Seiten; 5,60 Euro)

Christian Weisner / Friedhelm Meyer / Peter Bürger (Hg.)

„GEDENKT DER HEILIGSPRECHUNG VON OSCAR ROMERO.

DURCH DIE ARMEN DIESER ERDE“

Dokumentation des Ökumenischen Aufrufes zum 1. Mai 2011.

Norderstedt: BoD 2018 – ISBN: 978-3-7460-7979-0

(Paperback; 268 Seiten; 9,99 Euro)

Reinhard J. Voß

DIE KATHOLISCHE KIRCHE IN DER DR KONGO

IM KONTEXT VON GESELLSCHAFT UND ÖKUMENE.

Norderstedt: BoD 2019 – ISBN: 978-3-7481-4482-3

(Paperback; 372 Seiten; 12,99 Euro)

Matthias-W. Engelke

ZELT DER FRIEDENSMACHER

Die christliche Gemeinde in Friedenstheologie und Friedensethik.

Norderstedt: BoD 2019 – ISBN: 978-3-7494-3645-3

(Paperback; 464 Seiten; 15,90 Euro)

IM SOLD DER SCHLÄCHTER

Texte zur Militärseelsorge im Hitlerkrieg

Hg. von R. Schmid, Th. Nauerth, M.-W. Engelke, P. Bürger.

Norderstedt: BoD 2019 – ISBN: 978-3-7481-0172-7

(Paperback; 440 Seiten; 14,99 Euro)

John Dear

GEWALTFREI LEBEN

Aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler,
herausgegeben von Thomas Nauerth.

Norderstedt: BoD 2019 – ISBN: 978-3-7494-5179-1

(Paperback; 192 Seiten; 8,90 Euro)

DIE SEELEN RÜSTEN

Zur Kritik der staatskirchlichen Militärseelsorge.

Hg. von R. Schmid, Th. Nauerth, M.-W. Engelke, P. Bürger.

Norderstedt: BoD 2019 – ISBN: 978-3-7494-6804-1

(Paperback; 456 Seiten; 15,99 Euro)

Peter Bürger

OSCAR ROMERO, DIE SYNODALE KIRCHE

UND ABGRÜNDE DES KLERIKALISMUS.

Zum 40. Todestag des Lebenszeugen aus El Salvador.

Norderstedt: BoD 2020 – ISBN: 978-3-7504-9377-3

(Paperback; 112 Seiten; 8,90 Euro)

Ullrich Hahn

VOM LASSEN DER GEWALT.

Thesen, Texte, Theorien zu Gewaltfreiem Handeln heute.

Hg. von Annette Nauerth & Thomas Nauerth.

Norderstedt: BoD 2020 – ISBN: 978-3-7519-4442-7

(Paperback; 344 Seiten; 14,80 Euro)

Wilhelm Wille

SIE SAGEN FRIEDE, FRIEDE ... Zwanzig Jahre Forum Friedensethik
in der Evangelischen Landeskirche in Baden (FFE).

Norderstedt: BoD 2020 – ISBN: 978-3-7526-2956-9

(Paperback; 492 Seiten; 15,90 Euro)

Thomas Nauerth /

Ökumenisches Institut für Friedenstheologie (Hg.)

WAS IST FRIEDENSTHEOLOGIE ? EIN LESEBUCH.

Norderstedt: BoD 2020 – ISBN: 978-3-7526-4444-9

(Paperback; 256 Seiten; 9,90 Euro)

George Pattery S.J.
GANDHI ALS GLAUBENDER. Eine indisch-christliche Sichtweise.
Aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler.
Herausgegeben von Klaus Hagedorn & Thomas Nauerth.
Norderstedt: BoD 2021 – ISBN: 978-3-7557-0056-2
(Paperback; 240 Seiten; 9,90 Euro)

Ulrich Frey
AUF DEM WEG DER GERECHTIGKEIT UND DES FRIEDENS.
Texte aus drei Jahrzehnten. Herausgegeben von Gottfried Orth.
Norderstedt: BoD 2022 – ISBN: 978-3-7543-8569-2
(Paperback; 452 Seiten; 14,90 Euro)

Thomas Nauerth / Annette M. Stroß (Hg.)
IN DEN SPIEGEL SCHAUEN.
Friedenswissenschaftliche Perspektiven für das 21. Jahrhundert.
Ein Lesebuch mit Texten von Egon Spiegel.
Norderstedt: BoD 2022 – ISBN: 978-3-7562-2081-6
(Paperback; 160 Seiten; 9,90 Euro)

Jochen Vollmer
„FRIEDENSKIRCHE WERDEN – ANKOMMEN
IM POSTKONSTANTINISCHEN ZEITALTER“.
Friedenstheologische Beiträge zur Entgiftung von Kirche und Glauben.
In Zusammenarbeit mit dem OekIF, hg. von Matthias-W. Engelke.
Norderstedt: BoD 2023 – ISBN: 978-3-7583-0420-0
(Paperback; 180 Seiten; 10,99 Euro)

Gottfried Orth (Hg.)
... DASS GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN SICH KÜSSEN.
Helmut Gollwitzer (1908-1993).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7583-7214-8
(Paperback; 188 Seiten; 12,90 Euro).

Gottfried Orth:
ICH MÖCHTE ETWAS FÜR DEN FRIEDEN TUN ...
Ernst Lange oder: Das Paradies könnte heute sein.
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-3070-1
(Paperback; 192 Seiten; 12,90 Euro).

Alfred Hermann Fried

GESCHICHTE DER FRIEDENSBEWEGUNG.

Eine Darstellung zum Pazifismus bis 1912.

(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 1).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN 978-3-7597-0334-7

(Paperback; 256 Seiten; 10,90 Euro)

Ludwig Quidde

ÜBER MILITARISMUS UND PAZIFISMUS.

Vier friedensbewegte Texte aus den Jahren 1893-1926.

(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 2).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN 978-3-7597-0320-0

(Paperback; 184 Seiten; 8,90 Euro)

Richard Barkeley

DIE DEUTSCHE FRIEDENSBEWEGUNG 1870-1933.

Unveränderter Text der Darstellung von 1947 – Bibliographie.

(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 3).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN 978-3-7597-0405-4

(Paperback; 156 Seiten; 8,90 Euro)

Eberhard Bürger

FRIEDENSBEWEGUNGEN IN DER ÖKUMENE UM DIE ZEIT DES ERSTEN

WELTKRIEGS – EIN ÜBERBLICK. (= Regal: Geschichte der Friedens-

bewegung 4). Norderstedt: BoD 2024 – ISBN 978-3-7597-0660-7

(Paperback; 148 Seiten; 8,60 Euro)

Dieter Riesenberger

DIE KATHOLISCHE FRIEDENSBEWEGUNG IN DER WEIMARER REPUBLIK.

Neuedition der Auflage von 1976. – Mit einem Vorwort von Walter Dirks

und einem Nachruf für Dieter Riesenberger von Helmut Donat.

(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 5).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN 978-3-7597-0649-2

(Paperback; 368 Seiten; 14,90 Euro)

David Low Dodge

KRIEG IST MIT DER RELIGION JESU CHRISTI UNVEREINBAR.

Eine pazifistische Pionierschrift aus dem Jahr 1812, mit einer Einführung von Edwin D. Mead – aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler.

(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 6).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-3038-1

(Paperback; 168 Seiten; 8,90 Euro)

Erasmus von Rotterdam

ALLE MÜSSEN DEN KRIEG VERLÄSTERN.

„Die Klage des Friedens“ 1517, übersetzt von Rudolf Liechtenhan –
mit einem Vorwort von Eugen Drewermann.

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7583-8178-2

(Paperback; 128 Seiten; 7,90 Euro)

Ernst Toller: NIE WIEDER FRIEDE.

Eine bittere Komödie über Militarismus und
Antipazifismus aus dem Jahr 1936.

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7583-8246-8

(Paperback; 140 Seiten; 7,80 Euro)

Johann von Bloch

DIE WAHRSCHEINLICHEN POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN
FOLGEN EINES KRIEGES ZWISCHEN GROßMÄCHTEN.

Neuedition der Übersetzung von 1901 mit Begleittexten

von B. Friedberg, Manfred Sapper und Jürgen Scheffran (= edition pace |

Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 1)

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-2313-0

(Paperback; 176 Seiten; 9,90 Euro)

Rudolf Goldscheid

MENSCHENÖKONOMIE, WELTKRIEG UND WELTFRIEDEN.

Ausgewählte Schriften 1912 – 1926. (= edition pace | Regal:

Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 2).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-7885-7

(Paperback; 268 Seiten; 11,90 Euro)

Moritz Adler

WENN DU DEN FRIEDEN WILLST, BEREITE FRIEDEN VOR.

Texte wider den Krieg 1868 – 1899. (= edition pace | Regal:

Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 3).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-9450-5

(Paperback; 272 Seiten; 11,99 Euro)

Eduard Loewenthal

DER KRIEG IST ABZUSCHAFFEN.

Friedensbewegte Schriften für das Europa

der Völker und einen Weltstaatenbund, 1870 – 1912. (= edition pace |

Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 4).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7583-5069-6

(Paperback; 252 Seiten; 11,99 Euro)

Eduard Bernstein

DER FRIEDE IST DAS KOSTBARSTE GUT.

Schriften zum Ersten Weltkrieg. Mit einem Essay von Helmut Donat.

Herausgegeben von Peter Bürger. (= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 5).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7693-1268-3

(Paperback; 352 Seiten; 14,99 Euro)

Adolf von Harnack

MILITIA CHRISTI.

Die christliche Religion und der Soldatenstand
in den ersten drei Jahrhunderten.

Mit einem einleitenden Essay von Franz Segbers.

(= edition pace | Regal: Pazifismus der frühen Kirche 1).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-6020-3

(Paperback; 180 Seiten; 9,99 Euro)

Thomas Gerhards

PAZIFISMUS UND KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG IN DER FRÜHEN KIRCHE.

Eine Quellensammlung. – Mit einer Einleitung von Konrad Lübbert.

Neuedition der sechsten, überarbeiteten Auflage von 1991.

(= edition pace | Regal: Pazifismus der frühen Kirche 2).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7693-2108-1

(Paperback; 108 Seiten; 6,99 Euro)

Egon Spiegel

GEWALTVERZICHT.

Grundlagen einer biblischen Friedenstheologie.

Neuedition nach der Zweiten Auflage 1989. (= edition pace | Regal:

Pazifismus der frühen Kirche 3). Norderstedt: BoD 2024 –

ISBN: 978-3-7693-2404-4 (Paperback; 412 Seiten; 15,99 Euro)

Gerrit Jan Heering

DER SÜNDEFALL DES CHRISTENTUMS.

Eine Untersuchung über Christentum, Staat und Krieg.

Aus dem Holländischen übersetzt durch Octavia Müller-Hofstede

de Groot, 1930. (= edition pace | Regal: Pazifismus der frühen Kirche 4).

Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7693-2488-4

(Paperback; 316 Seiten; 12,99 Euro)

Antony Spiri, Markus Euskirchen, Matthias-W. Engelke,
Stefan Gehrt, Christoph Münchow, Hanns-Werner Heister,
Theodor Ziegler, Rainer Schmid (Hg.):

MILITÄRKONZERTE IN KIRCHEN?

Wissenschaftliche und theologische Beiträge sowie Erfahrungsberichte.

Norderstedt: BoD 2024. – ISBN-13: 978-3-7597-7940-3

(Paperback, 162 Seiten, 10,99 Euro)

Kurt Eisner

TEXTE WIDER DIE DEUTSCHE KRIEGSTÜCHTIGKEIT.

Zusammengestellt von Peter Bürger - mit einem einleitenden Essay
von Volker Ullrich. (= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen
aus jüdischen Familien 6).

Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-7693-5730-1

(Paperback; 448 Seiten; 16,99 Euro).

KURT EISNER ALS REVOLUTIONÄR UND ANKLÄGER
DES DEUTSCHEN MILITARISMUS.

Ein Lesebuch – eingeleitet durch die Darstellung des Weggefährten
Felix Fechenbach. Herausgegeben von Peter Bürger, in Kooperation mit
dem Lebenshaus Schwäbische Alb. (= edition pace | Pazifisten &
Antimilitaristen aus jüdischen Familien 7).

Hamburg: BoD 2025. – ISBN 978-3-7693-6836-9

(Paperback 464 Seiten; 17,99 Euro).

Kurt Eisner

REVOLTE FÜR DEN FRIEDEN

Nachlese, Erinnerung und Kontroversen.

Zusammengestellt von Peter Bürger – Mit Beiträgen von Helmut Donat
und Lothar Wieland. (= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen
aus jüdischen Familien 8).

Hamburg: BoD 2025. – ISBN 978-3-8192-2747-9

(Paperback; 404 Seiten; 16,99 Euro)

Rainer Hoffmann / Hu Qiuhua:

KEIN KRIEG IST DER BESTE KRIEG!

Das chinesische Werk „Die Kunst des Krieges“ (bingfa) von Sunzi – darge-
boten im Vergleich mit Anschauungen des Preußen Carl von Clausewitz.

(= edition pace, Band 32). Hamburg: BoD 2025. – ISBN 978-3-8482-5962-5

(Paperback; 104 Seiten; 6,99 Euro).

Erich Mühsam

DAS GROBE MORDEN. TEXTE GEGEN MILITARISMUS UND KRIEG.

Zusammengestellt von Peter Bürger. Herausgegeben in Kooperation mit dem Lebenshaus Schwäbische Alb. (= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 9).

Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-6558-7

(Paperback; 516 Seiten; 18,99 Euro).

Erich Mühsam

JEDOCH DER MUT IST MEIN GENOSSE. TEXTE ÜBER KAMPF UND REVOLUTION.

Zusammengestellt von Peter Bürger. Herausgegeben in Kooperation mit dem Lebenshaus Schwäbische Alb. (= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 10).

Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-4868-9

(Paperback; 312 Seiten; 13,99 Euro).

Karl Kraus

ZUM EWIGEN GEDÄCHTNIS. TEXTE ZU KRIEG UND FRIEDEN.

Herausgegeben von Bruno Kern. (= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 11).

Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-7878-5

(Paperback 136 Seiten; 7,99 Euro)

DIE VERSÖHNUNG MIT RUSSLAND ALS AUFTRAG.

Eine Textdokumentation mit drei Beiträgen

von Ulrich Frey, Werner Krusche und Wolfram Wette.

edition pace 2025.